

Preußische Allgemeine



75 Jahre

Nr. 29 · 18. Juli 2025

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Recht in Schiefelage

Wie die Linke in Deutschland die Justiz aus dem politischen Gleichgewicht bringen will
Seiten 2 und 5



Maya T. Wie Ungarn unbeirrt Recht gegen linke Polemik verteidigt Seite 3



Königsberg Bedeutende Handelsmetropole als Ost-Tor zur Welt Seite 18

VON RENÉ NEHRING

War es das schon für die schwarz-rote Koalition? Nachdem am 6. Mai die Wahl von Friedrich Merz zum Bundeskanzler erst im zweiten Anlauf geglückt war, musste am vergangenen Freitag die Wahl dreier Richter für das Bundesverfassungsgericht abgesetzt werden. Zu groß war in den Reihen von CDU und CSU der Unwille, eine Juristin in das höchste deutsche Gericht zu entsenden, die in wesentlichen Fragen konträr zu grundsätzlichen Überzeugungen der Union und der Bürger dieses Landes steht.

Dass sowohl eine Kanzlerwahl als auch die Neubesetzung von Verfassungsrichterposten scheitern, hat es in 75 Jahren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Dass dies nun innerhalb weniger Wochen gleich zweimal geschah, hat Gründe. Ein wesentlicher ist der fortschreitende Niedergang von Union und SPD. Konnten die Volksparteien in ihren guten alten Zeiten noch neunzig Prozent der Wählerstimmen und Mandate auf sich vereinen und damit auch manch Grummeln in den eigenen Reihen locker wegstecken, so reichen heute schon wenige unzufriedene Abgeordnete aus, um Absprachen der Koalitionspartner zu gefährden.

Ein historischer Niedergang

Neben den vielen handwerklichen Fragen der gescheiterten Richterwahl – unter anderem, warum die Unions-Fraktionsführung eine Abstimmung über den SPD-Vorschlag Frauke Brosius-Gersdorf zuließ, obwohl früh auch in den eigenen Reihen großer Protest gegen diese Personalie zu vernehmen war – lohnt es deshalb, nach den Ursachen des schwarz-roten Niedergangs zu fragen. Schließlich ist jene Koalition, die in den Jahrzehnten zuvor als absoluter Ausnahmefall gegolten hatte, in der Ära der vormaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel – die zwölf von 16 Jahren

ihrer Amtszeit mit der SPD koalierte – fast schon zu einem Standardmodell deutschen Regierens geworden.

Bis heute erscheinen die schwarz-roten Jahre vielen Deutschen als eine gute Zeit. Da die CDU-Kanzlerin mit den diversen SPD-Vorsitzenden gut konnte, gab es wenig Streit, was durchaus dem Naturell ihrer konfliktscheuen Landsleute entspricht. Dass überdies Geld in Fülle vorhanden war und teilweise sogar Schulden abgebaut werden konnten, lässt diese Ära auch objektiv in einem hellen Licht erscheinen.

Allerdings gab es Gründe für dieses Wohlgefühl, die nichts mit schwarz-roter Politik zu tun hatten. Zum einen war das Geld – Schmiermittel nicht nur der Volkswirtschaften, sondern auch des modernen Sozialstaats – auf den internationalen Finanzmärkten dank niedriger Zinsen so billig zu haben wie nie zuvor. Zum anderen hatte Merks Vorgänger Gerhard Schröder (SPD) mit den Reformen seiner Agenda 2010 das Land wieder fit gemacht, sodass seine Nachfolger anderthalb Jahrzehnte „gut und gern“ (so eine Lieblingsvokabel Merkels) darin leben konnten.

Dass die schwarz-roten Jahre offenbar keineswegs so golden waren, wie es die Protagonisten und ihnen geneigte Medien gern darstellten, zeigt sich unter anderem an den Wahlergebnissen. Konnten CDU/CSU und SPD bei der Bundestagswahl 2005 zusammen noch 69,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, so erzielten

sie bei der Bundestagswahl 2025 in Summe gerade einmal 44,9 Prozent, sodass es nur noch knapp für eine Mehrheit der Abgeordnetenmandate und damit eine Neuaufgabe der einst großen Koalition reichte. Das mithin sichtbarste Ergebnis schwarz-roten Regierens war indes das erstmalige Aufkommen einer politischen Kraft rechts der Union, seit diese in den 1960er Jahren den BHE und die Deutsche Partei geschluckt hatte – der AfD.

Das Ende einer Entwicklung

Doch trotz ihres beispiellosen Niedergangs sind weder die Union noch die SPD daran gegangen, die Ursachen der Entwicklung zu ermitteln und gegebenenfalls einen anderen Kurs einzuschlagen. Solange es für eine Regierungsbeteiligung – und damit für ein paar lukrative Posten – reichte, blieb die Welt für sie in Ordnung. Selbst dass sie nun nicht einmal mehr im Verbund mit den Grünen über eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag verfügen, führte nicht zu Einkehr und Besinnung. Stattdessen wurde kurzerhand noch mit dem alten Bundestag die Verfassung geändert, um mit neuen Schulden die alte Politik fortsetzen zu können.

Der Fall Brosius-Gersdorf zeigt nun, dass zumindest in der Union der Frust über den Niedergang der eigenen Partei die Ebene der Bundestagsabgeordneten erreicht hat. Offenbar sind diese nicht mehr bereit, einen Kurs mitzutragen, der

maßgeblich zum Niedergang ihrer Partei beigetragen hat und weiter beiträgt.

Auf den ersten Blick stecken CDU und CSU nun in einer Zwickmühle. Durch ihr klares Nein zu jeglicher Zusammenarbeit mit der AfD scheinen sie fest eingekleidet zu sein zwischen der „Brandmauer“ nach rechts und den diversen linken Parteien, die die Lage genüsslich ausnutzen, um der Union ihren Kurs aufzuzwingen.

Tatsächlich lässt sich die – nicht nur für die Union – verzwickte Lage durchaus auflösen: und zwar, indem die Politik wieder dem bei fast allen Wahlen der letzten Jahre zum Ausdruck gekommenen Willen der Bürger entspricht. Dafür hat die den Kanzler stellende Union zwei Möglichkeiten: Entweder sie arbeitet – in welcher Form auch immer – mit der neuen politischen Kraft rechts von ihr zusammen und nutzt die dafür vorhandenen Mehrheiten, oder aber sie bringt die Partner links von ihr dazu zu akzeptieren, dass die Deutschen ausweislich der Wahlergebnisse einen echten Politikwechsel wünschen. Dass die Wähler mehrheitlich „rechts“ stimmen, aber kontinuierlich „linke Politik“ bekommen, hält auf Dauer kein demokratisches System aus.

Sollten sich die beiden Volksparteien dieser Einsicht verweigern, wird ihnen auch das gerade wieder diskutierte Verbot der ungeliebten Konkurrenz von rechts nicht helfen können, den eigenen Niedergang abzuwenden.

POLITIK

Die Zeit des „Weiter so“ von Union und SPD ist vorbei

Die gescheiterte Wahl neuer Verfassungsrichter markiert einen Tiefpunkt schwarz-roter Politik – und zeigt, dass es Zeit ist für einen echten Politikwechsel

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die grüne Wärmewende treibt die Kommunen in den finanziellen Ruin
Seite 4

Kultur

Schleswig-Holstein lockt wieder zu Klanggenuss in Scheunen und Gutshäusern
Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Allensteins Innenstadt erlebt endlich eine spürbare Revitalisierung
Seite 13

Lebensstil

Ostfriesland von einer ganz neuen Seite entdecken und erleben
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die SPD zwang die Union zur Zerreißprobe – Kandidatinnen fürs Bundesverfassungsgericht waren ideologisch klar links geprägt – Selbst Ex-Verfassungsrichter warnen vor linker Instrumentalisierung der deutschen Justiz

Wenn Justiz zum politischen Hebel wird

Wie Gerichte zunehmend das Gleichgewicht der Gewaltenteilung und damit die Republik selbst gefährden

VON BERNHARD KNAPSTEIN

Mit der Nominierung der Verfassungsjuristin Frauke Brosius-Gersdorf zur Richterin am Bundesverfassungsgericht hat die SPD den innerkoalitionellen Eklat regelrecht herbeizugewungen. Noch schwerer wiegt, dass hiermit der Versuch unternommen wurde, eine ideologisch geprägte Juristin an die Spitze der höchsten deutschen Gerichtsbarkeit zu hieven – eine Juristin, die weder praktische Erfahrung als Richterin hat noch sich der undogmatischen, rein dem Grundgesetz verpflichteten Linie des Verfassungsgerichts verpflichtet sieht. Brosius-Gersdorf, sowie die ebenfalls ins Rennen geschickte Professorin Ann-Katrin Kaufhold, stehen exemplarisch für einen Wandel, der vielen Beobachtern Sorgen bereitet: die Verwischung der Grenze zwischen Rechtsprechung und politischem Aktivismus. Besonders Brosius-Gersdorfs Auffassung, dass das Grundrecht auf Menschenwürde erst mit der Geburt beginne, widerspricht der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts diametral – die bereits dem ungeborenen Leben eine würdebasierte Schutzposition zuschreibt (vgl. BVerfGE 39, 1 ff.).

Dass die SPD bereit war, diesen Bruch mit der verfassungsrechtlichen Kontinuität in Kauf zu nehmen und die Union vor eine unvermeidliche Zerreißprobe zu stellen, belegt nicht nur ein hohes Maß an ideologischer Radikalität, sondern auch ein verstörendes Verständnis vom Auftrag der Justiz. Die sozialdemokratische Justizpolitik scheint sich nicht mehr mit unabhängiger Kontrolle zu begnügen, sondern will die Rechtsprechung gezielt im Sinne einer gesellschaftlichen Transformation verbiegen. Hierbei hatte der sozialistische Flügel der Partei dominiert.

Die aktuell gefährliche Tendenz zur gesellschaftstransformatorischen Justiz betrifft aber nicht allein die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts. Zahlreiche aktuelle Urteile belegen, dass die Linke den Marsch durch die Institutionen erfolgreich auf allen Ebenen durchgesetzt hat und nun eine parteilich gefärbte Sicht-

weise auf gesellschaftspolitische Fragen den Eingang in die deutsche Gerichtsbarkeit findet.

Pandemie war ein Tiefpunkt der deutschen Rechtsprechung

So hat das Amtsgericht Bamberg (Az.: 27 Cs 1108 Js 11315/24) den Journalisten David Bendels wegen einer satirischen Fotomontage von Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu sieben Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Die Beurteilung der Montage als „Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens“ missachtet grundlegende Prinzipien der Meinungsfreiheit. Selbst Vertreter der politischen Linken wie Ricarda Lang äußerten Zweifel an der Verhältnismäßigkeit des Urteils. Das Landgericht Düsseldorf hat einen 77-jährigen Rentner wegen eines migrationskritischen Facebook-Kommentars zu

einer Geldstrafe verurteilt. Die Aussage, obgleich zugespitzt, bewegte sich nach Ansicht vieler Verfassungsrechtler im Rahmen des Sagbaren. Die politische Dimension des Urteils ist unübersehbar.

Und auch das Bundesverfassungsgericht hat unter seinem Präsidenten Stephan Harbarth die mehr als 450 eingelegten Verfassungsbeschwerden gegen die Corona-Schutzgesetze abgewiesen (1 BVR 781/21 und anderer) und damit die auf Freiheitsrechten und Menschenwürde basierende Stabilität des Rechtsstaats höchststrichterlich gefährdet – ein Tiefpunkt in der jüngeren Rechtsprechung. Trotz massiver Grundrechtseingriffe während der Pandemie – insbesondere in Bezug auf Versammlungsfreiheit, Religions- und Berufsausübung sowie bezogen auf Sterbebegleitung in der Isolation – sah das Gericht keinen Anlass zur verfas-

sungsrechtlichen Korrektur. Kritiker werfen dem Merkel-Zögling Harbarth vor, seine CDU-Vergangenheit als Bundestagsabgeordneter nicht hinreichend von seiner Rolle als Verfassungsrichter getrennt zu haben.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, warnte bereits in mehreren Beiträgen vor einer „Instrumentalisierung der Justiz für politische Zwecke“. Die richterliche Unabhängigkeit sei kein akademischer Wert, sondern ein Grundpfeiler freiheitlicher Ordnung. Auch Rupert Scholz, ehemaliger Bundesverteidigungsminister und Staatsrechtler, kritisierte, dass die Justiz zunehmend „gesetzgeberische Kompetenzen an sich zieht“ und sich dadurch in eine politisch gestaltungsorientierte Institution verwandle. Dies bringe die Gewaltenteilung aus dem Gleichgewicht.

Selbst der vormalige Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle mahnte, das Bundesverfassungsgericht müsse seine „stabilisierende Distanz“ zur Legislative wahren. In einer Zeit, in der Exekutive und Legislative zu unkritischer Selbstverständigung tendieren, komme der Judikative eine besondere Verantwortung zu.

Mahnung zur Unabhängigkeit

Die Personalien Brosius-Gersdorf und Kaufhold sind daher nicht nur eine Frage parteipolitischer Besetzung, sondern eine Grundsatzfrage: Darf das höchste deutsche Gericht in Zukunft von Juristen geprägt werden, die offen dessen eigene Rechtsprechung in Zweifel ziehen und ihre Berufung aus gesellschaftspolitischer Agenda statt aus rechtswissenschaftlicher Exzellenz beziehen?

Wird die Entwicklung der Justiz zu einem politischen – im Gegensatz zu einem rechtsstaatlichen – Hebel nicht gestoppt, droht eine Aushöhlung rechtsstaatlicher Prinzipien durch politische Zweckrationalität. Die Justiz würde zum Akteur gesellschaftlicher Umgestaltung, nicht mehr zur bewahrenden Instanz demokratischer Kontrolle. Ein solches zunehmend realistisches Szenario wäre nicht weniger als ein Umbau des Rechtsstaates selbst. Die Vorlage dazu bot die DDR-Justiz. Ganz im leninistischen Duktus beschwor etwa DDR-Jurist Michael Benjamin, die Aufgabe des sozialistischen Gerichts sei die Überwindung der Überreste der Gewaltenteilung zur Förderung des sozialistischen Einheitsstaats. Im Gegensatz dazu mahnt Hans-Jürgen Papier, die Unabhängigkeit der Justiz sei das Fundament der freiheitlichen Ordnung. Wer daran rühre, riskiere mehr als nur die Integrität einzelner Verfahren.

Es liegt am Souverän, aber auch an der Justiz selbst, einer politischen Vereinnahmung entschieden entgegenzutreten. Die Bindung der Rechtsprechung an Gesetz und Recht, nicht an politische Überzeugung, ist der letzte Anker der freiheitlichen Demokratie. Dem muss sich auch Bundeskanzler und CDU-Parteichef Friedrich Merz entgegenstemmen, will er die Union nicht endgültig ihrer letzten Grundpfeiler berauben.



So schmerzlich der Eklat auch für die verfassungsrechtliche Kontinuität sein mag, so hat der Vorfall dennoch auch klare Sieger hervorgebracht: nämlich die Demokratie per se, die Öffentlichkeit und die Abgeordneten der Union, die sich zu wehren wussten

MAHNUNG ZUR WACHSAMKEIT

Die deutsche Geschichte der Instrumentalisierung

Politische Justiz in der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in der DDR

Die Unabhängigkeit der Justiz ist das Rückgrat jeder rechtsstaatlichen Ordnung. Doch die deutsche Geschichte kennt drei Epochen, in denen diese Unabhängigkeit massiv beschädigt wurde: die Weimarer Republik, das nationalsozialistische Regime und die kommunistische DDR. In allen drei Fällen wurde die Justiz nicht als Kontrollinstanz gegenüber der Macht verstanden, sondern als Werkzeug zur Durchsetzung von Herrschaft – mit gravierenden Folgen für Freiheit, Gerechtigkeit und Vertrauen in den Rechtsstaat.

Die Weimarer Justiz verstand sich nach 1918 weitgehend in Kontinuität des Kaiserreichs stehend. Ihre Richter stammten zumeist aus dem konservativen Bürgertum und standen der jungen Republik skeptisch bis feindlich gegenüber. Diese

Haltung prägte zahlreiche Urteile mit politischem Hintergrund. Linke Straftäter, etwa Kommunisten, wurden häufig mit harter Hand bestraft, während rechte Gewalttäter auffallend milde Urteile erhielten. Das bekannteste Beispiel ist der Kapp-Putsch von 1920 – kaum ein führender Putschist wurde verurteilt. Auch die Mörder des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger und des Außenministers Walter Rathenau (beide 1921/22) erhielten im Vergleich zu linken Angeklagten auffällig niedrige Strafen. Die Rede war damals bereits von einer „Klassenjustiz“, die das Staatsrecht in politischen Krisen den reaktionären Kräften preisgab.

Mit der „Machtergreifung“ Hitlers 1933 wandelte sich die Justiz endgültig vom unabhängigen Organ zur politischen Instanz. Zwar bestand ein Teil der Justiz

formal weiter, doch ihre Aufgabe war nun nicht mehr die Anwendung von Recht im Sinne der Gerechtigkeit, sondern die Durchsetzung nationalsozialistischer Ideologie. Die Pervertierung von Justiz verkörperte wie kein anderer Volksgerichtshof-Präsident Roland Freisler.



Roland Freisler, einer der schlimmsten NS-Richterschergen Foto: Wikimedia

Gesetze wie das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 sorgten für die Entfernung unliebsamer Richter. Mit dem Volksgerichtshof war ab 1934 ein rein politisches Strafgericht geschaffen worden, das in aufsehenerregenden Prozessen Todesurteile sprach – etwa gegen die Mitglieder der „Weißen Rose“ oder nach dem Attentat vom 20. Juli 1944. Urteile wurden nach dem politischen Nutzen gefällt, nicht nach Recht und Gesetz. Die NS-Justiz war eine tragende Säule des Terrorsystems.

Auch in der DDR wurde das geltende Recht der Politik untergeordnet. Die Justiz und ihr Apparat waren vollständig der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unterstellt. Der „demokratische Zentralismus“ schloss eine unabhängige Urteilsbildung faktisch aus.

Politisierte Prozesse gegen Andersdenkende, Kirchenvertreter, Fluchthelfer oder Künstler wie Wolf Biermann dokumentieren die systematische Unterdrückung durch die DDR-Justiz. Öffentliche Schauprozesse, etwa gegen Erich Loest oder Walter Janka, sollten Nachahmer und ähnlich Denkende abschrecken und somit politische Linientreue erzwingen.

Urteile wurden oft schon vorab von Parteigremien festgelegt – ein Bruch jeder rechtsstaatlichen Norm. Die Geschichte der politischen Justiz in Deutschland mahnt zur Wachsamkeit. Wo Gerichte beginnen, gesellschaftliche Umerziehung zu betreiben oder Urteile ideologisch zu färben, verliert die Justiz ihre Legitimität. Rechtsstaatlichkeit ist keine Selbstverständlichkeit – sie muss in jeder Generation neu verteidigt werden. B.K.

Recht statt Freiheit für Maja T.

Der Fall bewegt die deutsch-ungarischen Beziehungen. Während in Berlin Linke und Grüne einen brutalen Schläger zum Opfer deklarieren wollen, stellt Budapest klar, dass in der Donaurepublik der Rechtsstaat auch für Linksextreme gilt

VON BENCE BAUER

Mitte Juli 2025 kündigte Bundesaußenminister Johann Wadepuhl (CDU) an, nach Budapest reisen zu wollen, um mit der ungarischen Regierung über die Haftbedingungen eines in Ungarn einsitzenden Angeklagten in einem Strafprozess zu verhandeln.

Zwar freuen sich die Ungarn grundsätzlich über jeden Besuch aus Deutschland, doch würden sie mit Herrn Wadepuhl lieber über die Zukunft der deutsch-ungarischen Beziehungen sprechen wollen – gerade nachdem aus Deutschland jahrelang Kritik an der ungarischen Politik geäußert wurde, die sich oftmals als falsch herausstellte und mehr über innerdeutsche Debatten selbst aussagte. Stattdessen dient die hochrangige Visite allein dem Zweck von Hafterleichterungen für eine kriminelle Einzelperson. Was eine Rekonstruktion sowohl der historischen Hintergründe als auch der konkreten Umstände der Tat des beziehungsweise der Maja T. – so der Name der angeklagten Person – erfordert.

Historische Hintergründe

Deutschland und Ungarn waren in ihrer gemeinsamen Geschichte über tausend Jahre miteinander auf das Engste verbunden. Ungarn war mittelbar Teil des deutschen Sprach-, Kultur- und Zivilisationsraumes. Dazu gehörte auch, dass die beiden Länder seit der Schlacht auf dem Lechfeld im Jahr 955 in keinem kriegerischen Konflikt mehr gegenüberstanden. Als am 11. Februar 1945, zum Ende des Zweiten Weltkriegs, deutsche und ungarische Truppen sowie Zivilisten den Ausbruch aus der feindlichen sowjetischen Umlagerung der Burg von Buda wagten, starben mehr als 24.000 Menschen, nur etwa 800 erreichten die deutschen Linien.

Dieser Tag ging ein in die Geschichte einer deutsch-ungarischen Schicksalsgemeinschaft, der seitdem auf unterschiedlichste Weise begangen wird. Rechtsradikale gedachten dieses „Tages der Ehre“ mit Aufmärschen, doch die große Mehrheit der Magyaren hielt das Andenken zivilisiert, friedlich und ohne politische Bewertungen wach. Damit wollten sie das Gedenken bewusst nicht den wenigen NS-Romantikern in ihrem Lande überlassen, sondern an das Ereignis als einen ungarischen Trauertag erinnern.

Doch anders als die Linksradikele blieben selbst die radikalsten Rechten in diesem Kontext gewaltfrei. Dennoch war es links-extremen Kräften in Deutschland zunehmend ein Dorn im Auge, dass die Erinnerung an ein vermeintlich „rechtes Ereignis“ – die der Ausbruchversuch vom 11. Februar 1945 auch nach der Ansicht vieler Historiker keineswegs war – auch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer gepflegt wird. Dass dies ausgerechnet im als autokratisch gebrandmarkten Ungarn geschieht, wird als wohlfeiler Beleg der angeblich autoritären Gesinnung der ungarischen Regierungspolitik bewertet. Freilich wurde an den 11. Februar auch schon in der Regierungszeit früherer linker Regierungen erinnert, doch dies passt nicht ins aktuelle Bild.

Auch wird – vor allem in deutschen Medien – gern verschwiegen, dass die Regierung von Viktor Orbán nichts mit rechtsradikalen Umtrieben gemein hat und eine maximal große Distanz zu deren Aktivitäten hält. In Ungarn gilt zumal beim Antisemitismus eine Null-Toleranz-Politik. Die jüdischen Gemeinschaften im Lande erleben eine Renaissance, auch nach deren eigener Darstellung ist Ungarn eines der sichersten Länder für Juden in Europa. Und so führte die harte Linie gegenüber jeglicher Form von Gewalt nicht nur allgemein zu rapide sinkenden Kriminalitätszahlen, vielmehr sind gewalttätiger



Konsequente Antwort auf eine verbrecherische Tat: Maja T. vor Gericht in Ungarn

politischer Extremismus oder gar muslimischer Fanatismus heute völlig unbekannt.

Dass dennoch das friedliche Ungarn zur Zielscheibe eines militanten deutschen Linksextremismus wurde, sagt dann doch mehr über die deutschen Verhältnisse aus. Im Februar 2023 attackierten eigens zu diesem Zweck aus Deutschland eingereiste Linksradikele, die in den Medien oft als Mitglieder der „Hammerbande“ bezeichnet wurden, in mindestens vier Fällen auf Budapests Straßen wahllos Passanten, die sie aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes als vermeintlich Rechtsradikale wahrnahmen. Die Angriffe erfolgten aus dem Hinterhalt, mit Hämmern, Schlagstöcken und Metallstangen, die unschuldigen Angegriffenen wurden von der Bande gemeinschaftlich attackiert und auch noch dann malträtiert, als sie bereits auf dem Boden lagen.

Vorwürfe der Anklage

Die Angreifer versuchten, sich nach vollbrachter Tat unmittelbar ins Ausland abzusetzen, um einer Strafverfolgung zu entgehen, doch einige wurden noch in Ungarn festgenommen. Vielleicht wären sie in Deutschland erfolgreich untergetaucht, doch Ungarn stellte Auslieferungsanträge.

Während ein anderer Tatverdächtiger aufgrund des laufenden Strafprozesses in Deutschland nicht ausgeliefert wurde, überstellten die deutschen Behörden den damals 22-jährigen Simeon T. nach Ungarn. Er soll der Anklage nach an allen vier Attacken beteiligt gewesen sein. Der Tatvorwurf ist schwere Körperverletzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung; in Deutschland käme wohl zusätzlich der Vorwurf des versuchten Mordes dazu, da die Opfer heimtückisch angegriffen wurden.

Am 28. Juni 2024 wurde T. nach Ungarn ausgeflogen, nachdem am Tag zuvor das Kammergericht Berlin sowie der Bundesgerichtshof die Klage gegen die drohende Auslieferung verwarfen. Jedoch stoppte das Bundesverfassungsgericht am folgenden Morgen im einstweiligen Rechtsschutz die Auslieferung und urteilte im Februar 2025 in der Hauptsache, dass das Kammergericht nochmals die Umstände der genauen Haftbedingungen in Ungarn hätte prüfen müssen. Jedoch befand sich T. am 28. Juni 2024 zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Entscheidung

des Bundesverfassungsgerichts bereits auf ungarischem Boden.

Im laufenden Strafprozess in Budapest wies der Angeklagte die Tatvorwürfe zurück und verlas stattdessen eine politische Erklärung, in der die Haftbedingungen ebenso kritisiert wurden wie allgemein der ungarische Rechtsstaat wie auch die Politik des Landes. In Ungarn gilt der Rechtsstaat jedoch für alle, wer andere derart attackiert wie T., muss mit Konsequenzen rechnen. Damit haben die Tatverdächtigen wohl nicht gerechnet, zu sehr wähten sie sich in ihren eigenen Schutzzräumen sicher.

Ein Verbrechen wird zum Politikum

Politisch aufgeladen wurde der Fall, als Politiker der deutschen Linkspartei die sich mittlerweile Maja T. nennende Person in der Haftanstalt in Budapest aufsuchten und dabei Zeter und Mordio schrien. Thematisiert wurde nicht etwa die menschenverachtende Brutalität der Tat, sondern einzig der Umstand, dass die Haftbedingungen nicht den Ansprüchen von Maja T. entsprächen. Zudem bezeichnet sich Maja T. jetzt als queere Person und identifiziert sich als nicht-binär, was dazu führe, dass sie in Isolationshaft sitzen müsse und daher schlecht behandelt werde.

Doch gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Isolationshaft schützt in erster Linie Maja T. vor den Mithäftlingen. Die ungarische Rechtsauffassung orientiert sich am wissenschaftlichen Stand der Biologie: Es gibt nur Mann oder Frau. Die sich als Frau ausgebende Maja T. wurde als Simeon T. geboren und gilt daher nach ungarischer Gesetzeslage als Mann. In einem Männergefängnis könnte die körperliche Unversehrtheit dieser Person wohl kaum garantiert werden, und in Ungarn werden die sich als Frauen bezeichnenden Männer nicht in Frauengefängnisse gesteckt, um die dortigen Frauen zu schützen.

Jedoch werden diese eindeutigen Tatsachen ins Gegenteil verkehrt, und am ersten Jahrestag der Auslieferung besuchten die deutschen Politiker der Grünen Katrin Göring-Eckardt, MdB, und Daniel Freund, MdEP, die Transperson in Budapest. Die schweren Vorwürfe insbesondere an die Adresse der ungarischen Regierung wurden gebetsmühlenartig repetiert und es wurde gefordert, dass Maja T. wieder nach Deutschland rück-

überführt werden sollte. Dem verschließt sich die ungarische Seite. Zwischendurch war Maja T. in einen Hungerstreik getreten, der nach Verlegung in ein Haftkrankenhaus in Süd-ungarn inzwischen beendet ist.

Im Fall von Maja T. kommen alle Befindlichkeiten und Missverständnisse zusammen, die das aktuelle deutsch-ungarische Verhältnis belasten und die ein genaues Sittenbild der deutschen Gesellschaft zeichnen. Die deutsche Politik erhebt Vorwürfe, die wohl viel von der inneren Befindlichkeit Deutschlands verraten. Der eigentliche Anlass, der „Tag der Ehre“ genannte 11. Februar 1945, wäre ohne den Nationalsozialismus und die daraus folgende sowjetische Besetzung Ungarns gar nicht zu denken gewesen.

Ebenso können es viele Ungarn nicht fassen, dass ein gewaltbereiter Linksextremismus in Deutschland um sich greift und diese Gewalt – mit Duldung der deutschen Politik – in friedliche und unbeteiligte Länder exportiert. Dass dabei gegen linksradikale Störenfriede in Deutschland kaum etwas unternommen wird, sondern sie von der Politik auch noch hofiert werden, spricht Bände und lässt Deutschland aus ungarischer Sicht in keinem guten Licht dastehen. Die Forderung, die Regierung in Budapest müsse etwas für Maja T. unternehmen, ist absurd angesichts der klaren Gewaltenteilung, die in Ungarn sehr ernstgenommen wird.

Sympathien für einen Extremisten

Gleich zu Prozessauftritt wurde das ungarische Kulturzentrum in Berlin von der Antifa gewaltsam angegriffen. Ungarn kennt keinen Linksextremismus und möchte mit ihm auch nichts zu tun haben. Straftäter müssen nach ungarischem Rechtsverständnis unabhängig von ihrer politischen Einstellung und sexuellen Orientierung zur Rechenschaft gezogen werden. Im Fall von Maja T. besteht hierfür auch eine Chance, sollte die deutsche Politik den Fall nicht zum Anlass nehmen, ohne sachliche Rechtfertigung noch mehr politischen Druck auf Ungarn auszuüben, um einer fanatisierten radikalen Minderheit entgegenzukommen. Am Sonntag, den 13. Juli, organisierte die Antifa bereits eine große Solidaritätsdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz und campierte vor dem Auswärtigen Amt. In vielen deutschen Großstädten trifft man unentwegt auf „Free Maja“-Motive.

Die Mittäterin von Maja T., eine italienische Lehrerin namens Ilaria Salis, wurde von den italienischen Grünen auf deren Wahlliste zu den Europawahlen am 9. Juni 2024 gesetzt und in das Europäische Parlament gewählt; fünf Tage später musste sie von den ungarischen Behörden freigelassen werden. Seitdem war es nicht möglich, ihre Immunität im EU-Parlament aufheben zu lassen. Von dort, mit einem stattlichen Salär ausgestattet, attackiert sie die ungarische Regierung wegen angeblicher Rechtsstaatsmängel. Es offenbart ein merkwürdiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und von europäischen Werten, wenn wegen schwerer Körperverletzung angeklagte Antifa-Schläger nunmehr als Abgeordnete Belehrungen über Demokratie und Menschenrechte von sich geben.

Vielleicht gibt der Fall aber auch vielen zu denken, dass nicht nur die gegen Ungarn vorgebrachten Anschuldigungen hinsichtlich der Umsetzung von Rechtsstaat und Demokratie keineswegs der Wahrheit entsprechen, sondern dass dies auch andere kritisierte gesellschaftliche Entwicklungen betreffen könnte.

● **Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest. Zuletzt erschien mit „Ungarische Wegmarken“ der zweite Band der Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung (MCC Press 2025).

www.mcc.hu

<https://magyarnemetintezet.hu/de/>

Thematisiert wurde nicht etwa die menschenverachtende Brutalität der Tat, sondern einzig der Umstand, dass die Haftbedingungen nicht den Ansprüchen von Maja T. entsprächen

MELDUNGEN

Kassenbeiträge stabil halten

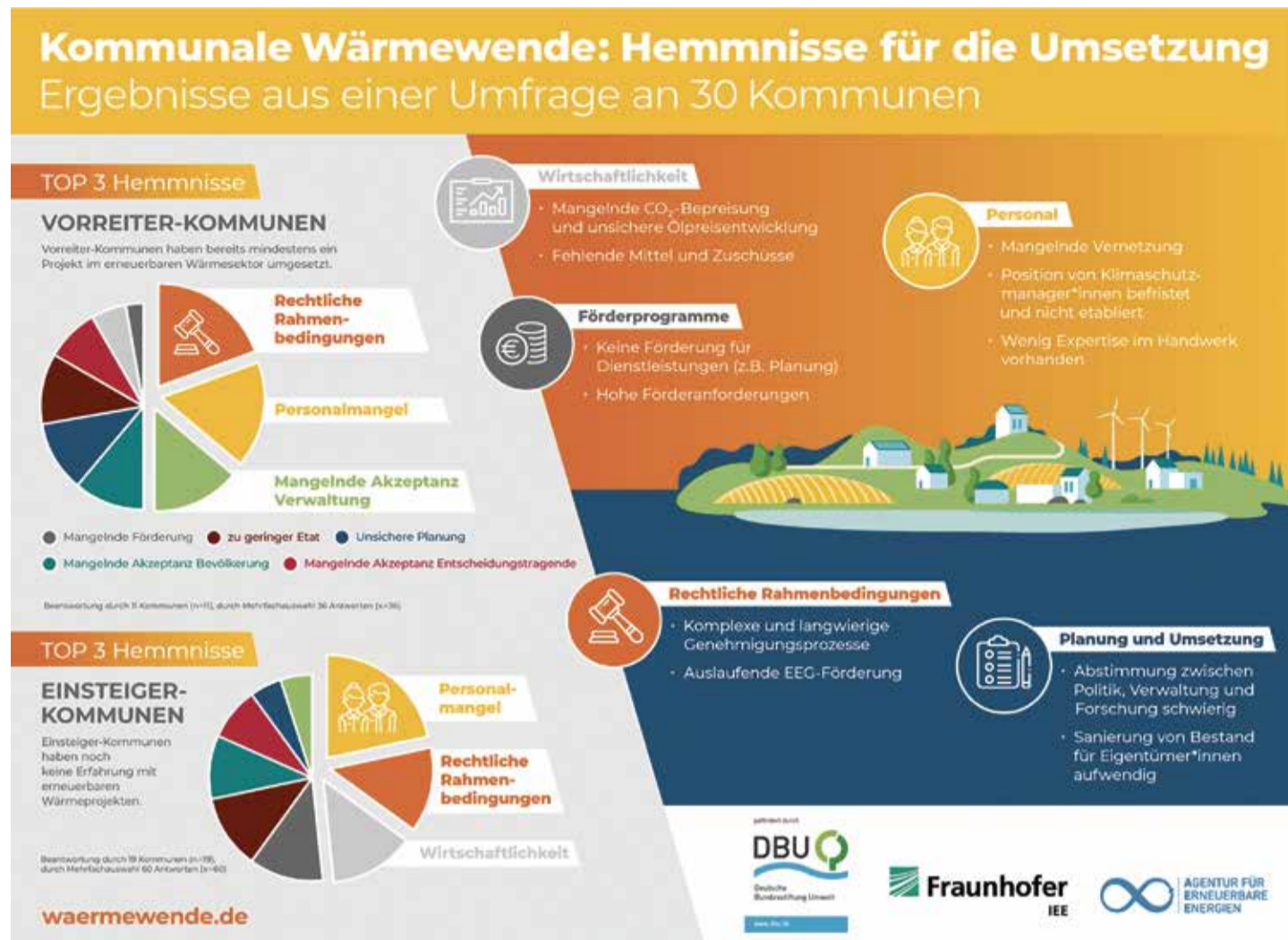
Berlin – Die Bundesregierung will die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) trotz der schlechten Finanzlage stabil halten. Laut Angaben der Regierung hat sich die Finanzlage der Krankenkassen seit 2023 deutlich eingetrübt. So verbuchte die GKV für 2024 ein Defizit von rund 6,6 Milliarden Euro, und auch der Gesundheitsfonds wies im vergangenen Jahr ein Minus in Höhe von 3,7 Milliarden Euro auf. Zwar stiegen die beitragspflichtigen Einnahmen der GKV aufgrund der Tariflohnsteigerungen um 5,6 Prozent, doch die Ausgaben legten mit 7,8 Prozent stärker zu. Als Gründe werden einerseits Preis-, Lohn- und Vergütungssteigerungen für medizinisches und pflegerisches Personal angeführt, andererseits verteuerten sich inflationsbedingt auch die Kosten für medizinische Produkte und Leistungen. Einen Anstieg der GKV-Beiträge will die Regierung durch kurzfristige Initiativen und durch Strukturreformen begrenzen. **MRK**

Gefahr durch Russenspionage

Köln – Mit Blick auf die aktuelle innen- und außenpolitische Lage hat das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) eine 24 Seiten lange „Momentaufnahme und Einordnung“ zu den „Gefährdungen durch russische Spionage, Sabotage und Desinformation“ vorgelegt. Darin kommt es zu dem Fazit, dass sich die „allgemeine Gefährdungslage ... durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine wie auch durch das offensive Vorgehen gegen die Demokratien in Europa deutlich verschärft“ habe. Allerdings sei „nicht jeder vermutete Sabotagevorfall eine Maßnahme russischer Nachrichtendienste“ gewesen, vielmehr „sind bei einer Reihe von Vorfällen keine Hinweise auf eine staatliche Steuerung auszumachen“. Hinsichtlich der Desinformation sieht das BfV vor allem die Absicht, „Unsicherheiten und Spaltungslinien in der deutschen Gesellschaft zu erzeugen beziehungsweise zu vertiefen“. Vor allem durch „diffamierende Attacken auf Personen im politischen Raum“. **W.K.**

Migranten 56-mal krimineller

Berlin – Neue Zahlen der Bundesregierung zeigen, dass jugendliche Ausländer deutlich krimineller sind als ihre deutschen Altersgenossen. Während Syrer aller Jahrgänge mehr als vier Mal häufiger Straftaten begehen als Deutsche, treten syrische Jugendliche sogar fünf Mal häufiger durch Delinquenz in Erscheinung als Einheimische unter 18 Jahren. Noch höher ist die Kriminalitätsbelastung bei den jungen Marokkanern: Sie liegt beim 16-fachen des Wertes von Deutschen gleichen Alters. An der Spitze rangieren algerische Jugendliche, die 56-mal öfter kriminell werden als junge Deutsche. Auffällige Unterschiede zeigen sich auch beim Vergleich der Deliktgruppen: Im Falle der Straßenkriminalität, zu der unter anderem Körperverletzung, sexuelle Belästigung und Raub gehört, liegt die Tatbereitschaft von Syrern und Afghanen acht Mal höher als bei Deutschen. **W.K.**



ENERGIEPOLITIK

Im Würgegriff der Wärmewende

Das Wärmeplanungsgesetz der Ampel bringt Kommunen in finanzielle Nöte

VON HAGEN RITTER

Schon jetzt erreichen viele Kommunen keinen ausgeglichenen Haushalt mehr. In dieser Situation bürdet das noch von der Ampelregierung beschlossene Wärmeplanungsgesetz Städten und Gemeinden weitere finanzielle Belastungen auf. Seit Januar 2024 sind die Kommunen nämlich verpflichtet, Pläne für ihre zukünftige Wärmeversorgung auszuarbeiten. Ziel des noch vom damaligen Klimaminister Robert Habeck (Grüne) auf den Weg gebrachten Projekts ist es, die Fern- und Nahwärmeversorgung in den Kommunen bis 2045 vollständig auf „Klimaneutralität“ umzustellen. Wo keine kommunale Wärmeplanung möglich ist, sollen Haushalte auf Wärmepumpe, Pelletheizung oder Solarthermie umsteigen.

Als Teil der kommunalen Wärmewende sollen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern bereits bis Mitte 2026 eine sogenannte Wärmeplanung vorlegen. Deutschlandweit hat aktuell rund ein

Drittel der 10.754 Kommunen mit der verlangten Wärmeplanung begonnen.

Brandenburgs Landeshauptstadt Potsdam gehört bei der Wärmewende zu den Vorreitern. An dem Beispiel der Stadt zeigt sich aber auch, mit welchen immensen Kosten deutsche Kommunen rechnen müssen, wenn sie bis 2045 die „klimaneutrale“ Heizungswende vollziehen sollen. Insgesamt geht Potsdam von Investitionen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro für den „klimaneutralen“ Umbau der Fernwärmeversorgung in der früheren preußischen Residenzstadt aus.

Extrem teure Tiefengeothermie

Potsdams Stadtverordnete haben Anfang Juli in einer Abstimmung mit großer Mehrheit Kredite in dreistelliger Millionenhöhe für ein wichtiges Teilprojekt der städtischen Wärmewende genehmigt. Nur die Fraktionen von AfD und Freien Wählern stimmten gegen den Beschluss zur Schuldenaufnahme. Konkret geht es um ein Darlehen in Höhe von 375,2 Millionen Euro für das Unternehmen Energie

und Wasser Potsdam GmbH (EWP). Potsdam ist neben dem Energieversorger E.DIS über seine Stadtwerke Mitgesellschafter von EWP. Fließen soll das geliehene Geld in Projekte der Tiefengeothermie. Die Nutzung von Erdwärme soll nach den Plänen der Stadt eine Schlüsselrolle bei der kommunalen Wärmewende einnehmen. Nach Beschluss zur neuen Schuldenaufnahme lobte Potsdams stellvertretender Bürgermeister Burkhard Exner (SPD): „Der Weg für die Wärmewende mit Tiefengeothermie in Potsdam ist frei. Das ist eine große Chance für Potsdam. Aber ein Vorhaben dieser Größenordnung birgt auch deutliche Risiken.“

Von Risiken ist – wie hier beim Beispiel Potsdam – auffallend oft die Rede, wenn es um die Wärmewende der Kommunen geht. Städte und Gemeinden müssen mit ihren Investitionen für kostspielige Klimaprojekte tatsächlich hohe Belastungen stemmen. Der Deutsche Städtetag schätzt den Investitionsbedarf für den Umbau der Wärmenetze auf rund 100 Milliarden Euro. Trotz Förderungen

durch den Bund oder einige Bundesländer müssen Deutschlands Kommunen einen erheblichen Teil der Investitionskosten selbst aufbringen. Auf einen Teil der Städte und Kommunen kommen obendrein noch Kosten durch den Rückbau oder die Stilllegung ihrer städtischen Gasnetze zu.

Diese Belastungen treffen viele Kommunen in einer ohnehin oftmals angespannten Haushaltslage. 2024 lag das Defizit deutschlandweit bei rund 24,8 Milliarden Euro. Dies war das höchste kommunale Finanzierungsdefizit seit der deutschen Vereinigung. Angesichts solcher finanzieller Herausforderungen für die Kommunen ist immer öfter von „neuen Finanzierungswegen und geeigneten Modellen zur Risikoverteilung“ die Rede. Tatsächlich könnte sich mit der „kommunalen Wärmewende“ für die Private-Equity-Branche ein völlig neues Geschäftsfeld aufgetan haben. Dabei könnten anstatt der klammen Kommunen Fonds und Vermögensverwaltungen Kapital für den Umbau der Wärmeversorgung bereitstellen. Kostensteigernd würden sich dabei die Renditeerwartungen der Investoren auswirken. Auch wenn die Kommunen die Kosten selbst stemmen, müssen sie so kalkulieren, dass ihre Stadtwerke die Investitionskosten für die Wärmewende langfristig wieder hereinholen.

Hohe Betriebskosten für Mieter

Das Beispiel Potsdams zeigt, dass die immensen Kosten der Wärmewende auch das Risiko bergen, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter zuspitzt. Im Norden von Potsdam entsteht in Krampnitz in den nächsten 15 Jahren auf einem ehemaligen Kasernengelände ein komplett neuer Stadtteil. Nach dem Willen der Planer setzt das Energiekonzept des neuen Wohnareals von Beginn an auf „CO₂-neutrale“ Wärmeversorgung durch Wärmepumpen, Geothermie, Solarthermie und weitere Erneuerbare Energien. Schon jetzt ist aber absehbar, dass durch dieses Konzept die Kosten für die Wärmeversorgung spürbar höher liegen werden als im übrigen Potsdamer Bestandsnetz für Fernwärme. Befürworter des „klimaneutralen“ Energiekonzepts argumentieren, dass der Energieverbrauch der Neubauten durch eine sehr gute Dämmung deutlich niedriger als in Altbauten liegen könnte. Die Gesamtkosten würden damit für die Bewohner bezahlbar bleiben, so zumindest die Hoffnung.

Kritiker haben im Zusammenhang mit dem Projekt Krampnitz allerdings bereits die Befürchtung geäußert, dass dort zwar auch öffentlich geförderte Wohnungen mit günstigen Kaltmieten entstehen werden, allerdings hohe Betriebskosten die Wohnungen für viele Mieter letztendlich doch unbezahlbar machen werden.

ALARMIERENDER VERDACHT

8400 neue Leichensäcke für die Bundeswehr

Stehen etwa kriegerische Auseinandersetzungen aufgrund dieser morbiden Bestellung bevor?

Luft-, wasser- und gasdicht sollen sie sein und – obwohl aus stabilem Kunststoff – nur einmalig verwendbar. Darüber hinaus sei keine Sterilität erforderlich. So lauten die Eckdaten einer Ausschreibung des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) zum Zweck des Ankaufs von 8400 Leichensäcken.

Nachdem einzelne Medien wie die „Neue Osnabrücker Zeitung“ über das morbide Beschaffungsprojekt berichtet hatten, begann das große Rätselraten. Weil die Bundeswehr in den letzten fünf Jahren insgesamt bloß einhundert Todesfälle von Soldaten und zivilen Mitarbeitern im Dienst verzeichnete, kann es deswegen zu keinem großen Schwund des „Verbrauchsmaterials“ gekommen sein. Wozu also jetzt diese Massenbestellung?

Sowohl das BAAINBw als auch das Unterstützungskommando der Bundeswehr (UstgKdoBw), dem das Kommando Gesundheitsversorgung der Bundeswehr (KdoGesVersBw) untersteht, verwiesen auf Anfrage nur vage darauf, dass die Ausschreibung im Zusammenhang mit der „Erfüllung des Bundeswehrauftrages“ erfolge. Mehr wolle man nicht sagen, um dem Feind keine aussagekräftigen Informationen zu liefern.

Einen indirekten Hinweis auf die Verwendung der Leichensäcke gab Johannes Backus, seines Zeichens Generalstabsoffizier des Heeres und stellvertretender Inspekteur des Sanitätsdienstes im KdoGesVersBw: Wenn das NATO-Bündnis in einen bewaffneten Konflikt eintrete, werde Deutschland gemäß der geltenden Operationspläne als zentrale Drehscheibe bei

der Verwundetenversorgung fungieren. Das ist auch der Grund, warum die zivilen Kliniken hierzulande genau wie die fünf Bundeswehrkrankenhäuser verpflichtet sind, sich auf die medizinische Unterstützung der NATO-Streitkräfte vorzubereiten. Daher könnten die Leichensäcke zunächst in den beiden großen Sanitätsmateriallagern im brandenburgischen Krugau und im westfälischen Epe landen.

Außerdem brachte Florian Warweg vom kritischen Online-Medium „Nachdenkseiten“ während der Regierungspressekonferenz vom 25. Juni noch einen anderen Aspekt der Angelegenheit zur Sprache: „Als Laie geht man davon aus, dass die Bundeswehr per se Leichensäcke auf Vorrat gebunkert hat. Eine Neubestellung impliziert insofern, dass diese Lagerbestände nicht mehr ausreichend sind.“

Resultiere das möglicherweise aus der Lieferung von Leichensäcken an die Ukraine? Hierauf antwortete der Referatsleiter Presse im Verteidigungsministerium, Oberst i. G. Mitko Müller, er werde keine Einzelheiten zu Unterstützungsleistungen an die Ukraine preisgeben. Man müsse aber bedenken, „dass Produkte altern“ und es sich hier auch „um eine reine Ergänzungsbeschaffung aufgrund der Materialalterung bestehender Vorräte“ handeln könne.

Des Weiteren besteht natürlich die Möglichkeit der Verwendung der Leichensäcke im Rahmen der Amtshilfe der Bundeswehr bei Naturkatastrophen. Ungeachtet dessen bleibt dennoch ein unguutes Gefühl, wenn die Bundeswehr mit 8400 Toten rechnet – egal ob Zivilisten oder Soldaten. **Wolfgang Kaufmann**

GEGENREAKTION

Pendler und Wirtschaft unter Druck

Polnische Grenzkontrollen an Oder und Neiße führen zu starken zeitlichen und logistischen Problemen

VON HERMANN MÜLLER

Kein Bundesland ist von polnischen Arbeitskräften so abhängig wie Brandenburg. Fast 14.000 Polen pendeln jeden Tag, um in Brandenburger Unternehmen, Krankenhäusern oder in der Gastronomie zu arbeiten. Beispielsweise kommt beim Autobauer Tesla im Landkreis Märkisch-Oderland ein Viertel der Beschäftigten aus der Republik Polen.

Die Bundesregierung hat zur Eindämmung der illegalen Migration im Mai die Intensivierung der bereits bestehenden Grenzkontrollen eingeführt. Ausdrücklich als Reaktion darauf hat Polens Regierung nun ihrerseits am 7. Juli an Oder und Neiße Grenzkontrollen eingeführt. Ziel ist es offenbar, dass die Bundesregierung auf die Zurückweisung von Ausländern verzichtet, die über Polen illegal nach Deutschland eingereist sind.

Mit der Einführung von Grenzkontrollen reagiert Regierungschef Donald Tusk von der linksliberalen Bürgerplattform vor allem auf Druck, den polnische Ultranationalisten in den letzten Monaten durch Aktionen an Grenzübergängen aufgebaut haben. Ziel dieser Bürgerwehren war es, angebliche Rückführungen von Migranten von Deutschland nach Polen zu verhindern.

Robert Bąkiewicz, eine der Führungsfiguren dieser radikalen Szene, rühmte sich mit Blick auf die Grenzkontrollen sogar: „Wir haben Tusk quasi eine Waffe an den Kopf gehalten.“ Zum Start der Kontrollen erklärte Bąkiewicz zudem in einem Interview: „Heute führt Donald Tusk Grenzkontrollen ein, das heißt, er hört auf Bąkiewicz.“

Kontrolle auffälliger Fahrzeuge

Als Folge finden nun auf beiden Seiten von Oder und Neiße wieder Grenzkontrollen statt. Für die Tausenden polnischen Tagespendler bedeutet dies, dass nun Hin- und Rückweg zum und vom Arbeitsplatz durch längere Wartezeiten und Staus deutlich länger dauern als bisher. Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostbrandenburg berichtet aktuell auch von spürbaren Auswirkungen auf die Logistikbranche. Betroffen von den Kontrollen sind auch die fünftausend Studenten der Europa-Universität Viadrina in



Erster Tag der Grenzkontrollen durch die polnischen Behörden an der Stadtbrücke nach Dammvorstadt

Frankfurt (Oder). Der Campus der Uni liegt in beiden Stadthälften: in der westlichen Hälfte und in der östlichen Frankfurter Dammvorstadt.

Polnische Grenzschützer und Militärpolizei haben von der Regierung in Warschau den Auftrag erhalten, an allen 52 Übergängen entlang von Oder und Neiße Kontrollen durchzuführen. Zusätzlich werden auch 13 Übergänge von Polen zu Litauen kontrolliert. Stichprobenartig checken die polnischen Einsatzkräfte vor allem Busse, Kleinbusse und Autos mit vielen Insassen. „Auch Fahrzeuge mit getönten Scheiben werden im Fokus stehen“, so ein Sprecher des polnischen Grenzschutzes.

Einkauf nur mit Pass

Vor Ort scheint es mitunter weniger entspannt abzulaufen, als dies zum Start der Kontrollen oden Anschein hatte. Bereits nach wenigen Tagen meldeten lokale deutsche Medien die ersten Zurückweisungen von Personen, die aus Richtung Bundesrepublik gekommen waren. Auf

Usedom wurden laut einem Bericht der „Ostsee-Zeitung“ mehrfach deutsche Urlauber zurückgewiesen, die nur einen kurzen Abstecher nach Swinemünde machen wollten. Dies geschah, weil sie den polnischen Grenzschützern angeblich keinen Ausweis und auch keinen Reisepass vorweisen konnten.

Das Auswärtige Amt in Berlin wies unterdessen darauf hin, dass Reisende im Grenzverkehr entgegen der Gewohnheit der vergangenen Jahre derzeit gültige Ausweisdokumente mitführen müssen.

Herausforderung für LKW-Fahrer

In Frankfurt (Oder) waren tschetschenische Frauen von einer Zurückweisung betroffen. Sie wollten offenbar nur kurz in der östlichen Stadthälfte auf einem Polen-Markt Lebensmittel einkaufen. Tatsächlich könnten solche Märkte neben den Pendlern zu den großen Verlierern der von Polen eingeführten Grenzkontrollen gehören. Wirtschaftlich gesehen könnte sich Polens Regierung damit ein Eigentor geschossen haben. Mit den Kontrollen ge-

rät auch die Logistikbranche in eine schwierige Situation. Stecken Transporte vor den Grenzübergängen längere Zeit im Stau, dann hat dies Auswirkungen auf die Lieferzeiten, aber auch auf die vorgeschriebenen Ruhezeiten der Fahrer. Vor diesem Hintergrund fordert der Logistikverband BGL nun Sonderregelungen für Lastwagenabfertigungen.

Forderung nach Pragmatismus

Die deutsch-polnische Industrie- und Handelskammer (AHK Polen) in Warschau befürchtet inzwischen sogar eine Gefahr für die Handelsbeziehungen. Die AHK Polen erklärte: „Wir sehen jeden Eingriff in den freien europäischen Binnenverkehr kritisch, egal auf welcher Seite. Deutschland und Polen sollten pragmatische Lösungen finden, vor allem für die zahlreichen Grenzpendler.“

Als Möglichkeiten werden inzwischen sogar spezielle Passierscheine für Pendler oder die Einrichtung von speziellen Fahrspuren für den Warenverkehr und bestimmte Personengruppen diskutiert.

BERLIN

Versammlungsfreiheit mit Nachbesserungsbedarf

Hass-Demo von Islamisten: Das einst rot-rot-grüne Gesetz sorgt für immer größeren Unmut

In der deutschen Hauptstadt finden jedes Jahr rund 7500 Demonstrationen statt. Dabei profitieren die Veranstalter von einem sehr großzügigen Versammlungsfreiheitsgesetz, das der rot-rot-grüne Senat bereits 2021 beschlossen hatte. Nach einer unappetitlichen hasserfüllten Anti-Israel-Demo vor der ägyptischen Botschaft wird in Berlin nun diskutiert, ob und wie das Demonstrationsrecht nachgebessert werden muss.

Berlins Polizei wollte die von einem Islamismus-Influencer angemeldete Demo eigentlich ohnehin untersagen. Das Verwaltungsgericht hatte das Verbot zunächst auch bestätigt, das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg genehmigte die Demonstration dann allerdings doch. Auf der besagten Demonstration am 5. Juli wurde die vom Oberverwaltungsgericht gemachte Auflage, dass kei-

ne Geschlechtertrennung stattfinden darf, ignoriert. Gut sichtbar demonstrieren Männer und Frauen getrennt. Mehr noch: Demo-Teilnehmer skandierten anti-israelische Parolen und forderten die Einführung eines islamischen Gottesstaats im Nahen Osten.

Unverständnis für Gerichtsurteil

Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik Meisel hält sich normalerweise zurück, wenn es um die Bewertung anderer Behörden oder der Arbeit von Justiz und Parlament geht. Nach der Aufhebung des Demo-Verbots betonte die Polizeipräsidentin jedoch: „In den siebeneinhalb Jahren im Amt als Polizeipräsidentin hat mich noch nie eine gerichtliche Entscheidung so geschmerzt.“

Senatschef Kai Wegner (CDU) begrüßte ausdrücklich, dass die „Versamm-

lungsbehörde alles unternommen hat, um diesen Aufmarsch zu untersagen“. Wegner weiter: „Ein Kalifat – und die damit verbundene Ideologie – ist mit unserem Rechtsstaat und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar und hat in Deutschland nichts verloren.“

Wegner sprach sich dafür aus, den Begriff der öffentlichen Ordnung wieder ins Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz festzuschreiben. Demonstrationen könnten damit künftig leichter untersagt werden, wenn die „öffentliche Ordnung“ gefährdet ist. CDU und SPD hatten bereits zu Beginn ihrer Regierungszeit vereinbart, diese Begrifflichkeit wieder ins Versammlungsfreiheitsgesetz aufzunehmen. Nach Angaben der SPD-geführten Senatsinnenverwaltung läuft derzeit noch die „Evaluation“ des Demo-Gesetzes. Die Neufassung des Gesetzes wird damit frü-

hestens nach der parlamentarischen Sommerpause anlaufen.

Mit der Einführung des Berliner Versammlungsfreiheitsgesetzes im Jahr 2021 hatte die damalige rot-rot-grüne Senatskoalition eine radikale Abkehr vom Versammlungsfreiheitsgesetz vollzogen. Bundesrecht wurde klar durch Landesrecht ersetzt. SPD, Linkspartei und Grüne feierten das Gesetz seinerzeit als ein „deutschlandweites Vorbild für ein demokratieförderndes und grundrechtsbezogenes Versammlungsfreiheitsgesetz“.

Allerdings gab es auch damals schon massive Kritik, deren Richtigkeit sich mittlerweile bestätigt hat. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bemängelte etwa, dass mit dem Gesetz der Polizei lediglich ein Deeskalationsgebot auferlegt worden ist, nicht aber den Veranstaltern von Demonstrationen. H.M.

KOLUMNE

Ein Etappensieg

VON VERA LENGSELD

Letzten Freitag ereignete sich im politischen Berlin etwas, das schon lange nicht mehr vorgekommen ist: Die Politiker mussten sich dem Druck der Öffentlichkeit beugen. Gewählt werden sollten drei neue Verfassungsrichter, zwei von der SPD und einer von der Union. Die SPD hatte sich darauf versteift, zwei linksradikale Kandidatinnen ins Rennen zu schicken: Frauke Brosius-Gersdorf und Ann-Katrin Kaufhold. Beide sind ohne Richterpraxis, dafür als Professor tätig. Brosius-Gersdorf saß einer Kommission vor, die für die Ampel einen Vorschlag für die Reform des Abtreibungsparagraphen erarbeiten sollte. Zwar kam es wegen des vorzeitigen Endes der Ampel nicht mehr dazu, aber das Ergebnis hat die Mächtigen-Verfassungsrichterin der Öffentlichkeit noch vorgestellt. Darin hat sie sich juristisch verkläuselt indirekt für eine Abtreibung bis kurz vor der Geburt ausgesprochen. In einer anderen Schrift hat sie dem ungebornen Kind zwar bestätigt, ein Mensch zu sein – immerhin –, ihm aber im gleichen Atemzug die Menschenwürde abgesprochen, sodass es nicht mehr unter den Schutz des Grundgesetzes fallen würde. Sie hat sich zudem für ein Verbot der AfD ausgesprochen, aber hinzugefügt, dass mit dem Verbot die AfD-Wähler noch nicht „beseitigt“ wären. In der Corona-Krise war sie der Meinung, dass die Grundrechte entzogen werden könnten, wenn jemand sich gegen die Impfungen entscheidet. Die Empörung der Öffentlichkeit richtete sich vor allem gegen Brosius-Gersdorf, deshalb blieb Kaufhold eher weniger beachtet. Aber auch diese Kandidatin ist skandalös. Sie hält Enteignungen im Rahmen der Klimaschutzpolitik für geboten und vertritt die Meinung, dass in Zukunft demokratische Wahlen nicht mehr nötig sein könnten, weil die Politik durch die Experten wissen würde, was die Bevölkerung will. Dieser Vorschlag, zukünftig auf Wahlen zu verzichten, steht übrigens auch in der links-grünen Smart-City-Agenda. Die Unionsspitze, die bis Freitagmorgen bereit war, diese Damen wählen zu lassen, musste dann dem Druck der Proteste – inner- und außerhalb ihrer Reihen – nachgeben. Wie gut!

MELDUNG

Islamistische Kitabetreiber

In Berlins Harzer Str. 51 entsteht eine Kindertagesstätte mit gefährlich islamistischem Hintergrund. Das Land Berlin fördert den Bau mit 4,18 Millionen Euro, wobei 1,6 Millionen bereits geflossen sind. Doch erst jetzt fiel der Senatsverwaltung die islamistische Verbindung auf. Dabei findet sich unter der gleichen Anschrift die Torath-Moschee sowie ein islamisches Zentrum. Geschäftsführer des Kita-Betreibers BNIG ist Mohamed A., zugleich Vorstandsmitglied des Moscheevereins Torath. Dieser ist das Verbindungsbüro des im Irak ansässigen schiitischen Großgelehrten Ayatollah Ali al-Husaini as-Sistani für Deutschland, der Kinderehen befürwortet sowie ehelichen Sex mit Mädchen ab neun Jahren. F.B.

● MELDUNGEN

Rosatom sucht Investoren

Akkuyu – Der staatliche russische Kernkraftkonzern Rosatom sucht Investoren für das erste von ihm erbaute Atomkraftwerk (AKW) in der Türkei, das im kommenden Jahr in Betrieb gehen soll. Der Konzern verhandelt mit potentiellen Käufern über 49 Prozent der Anteile am Kernkraftwerk. Im Jahr 2010 hatten Moskau und Ankara vereinbart, dass Russland das AKW finanziert und baut. Dafür sollten die Russen die Möglichkeit erhalten, den erzeugten Strom über Jahrzehnte auf dem türkischen Markt zu veräußern. Die Vereinbarung enthielt auch einen Passus, der Rosatom die maximale Höhe des Verkaufs von Anteilen zusichert. Ein geplanter Verkauf im Jahr 2017 an türkische Investoren platzte kurz vor dem Abschluss. Rosatom beziffert den Wert der aktuell zum Verkauf stehenden Anteile auf 25 Milliarden US-Dollar. Laut der US-Nachrichtenagentur Bloomberg gehören auch ausländische Konzerne zu den Interessenten. **MRK.**

Kreta ist neuer Asyl-Hotspot

Heraklion – Die griechische Insel Kreta ist zu einem neuen großen Brennpunkt des Asyl-Zustroms nach Europa geworden. Laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen kamen im ersten Halbjahr 16.848 Migranten per Boot aus Libyen nach Griechenland, von denen mehr als 7100 auf Kreta anlandeten. Seit Anfang Juli zählten die Inselbehörden an manchen Tagen bereits 750 Asylsucher pro Tag. Besonders dramatisch ist die Lage auf der kleinen vorgelagerten Insel Gavros, die nur 70 Einwohner hat. Hier trafen im Laufe des Juni über 2500 Asylanten ein. Nach Auskunft des Athener Ministers für maritime Angelegenheiten und Inselfolitik, Vassilis Kikilias, stieg die Zahl der Ankünfte auf Kreta gegenüber dem Vorjahr um 350 Prozent. Der griechische Geheimdienst EYP vermutet, dass die Route von Libyen nach Kreta jetzt systematisch von organisierten Schlepperbanden genutzt wird. **W.K.**

Frankreich will 80 Prozent

Paris – Die französische Regierung soll sich laut einem Bericht des Online-Mediums „Hartpunkt“ hinter die Forderung des Flugzeugbauers Dassault gestellt haben, den Anteil Frankreichs am Rüstungsvorhaben Future Combat Air System (FCAS) stark zu erhöhen. Ziel des Gemeinschaftsprojekts von Deutschland, Frankreich und Spanien ist der Bau eines neuen Kampffjets, der in den 2040er Jahren eingeführt werden soll. Wie „Hartpunkt“ berichtet, soll Frankreich bei dem Projekt nun einen Arbeitsanteil von 80 Prozent beanspruchen. Nach Einschätzung des Fachmediums für Sicherheitspolitik dürfte dies für den deutschen Kampfflugzeugbau langfristig das Ende bedeuten, da dann alle wesentlichen Komponenten in französischer Hand lägen. Der Betriebsratsvorsitzende von Airbus Defence and Space, Thomas Pretzl, bezeichnete das französische Unternehmen Dassault Aviation mittlerweile als falschen Partner für das Projekt. **H.M.**



Neue Bootsladung über den Ärmelkanal: Wenn der britische Premierminister Keir Starmer die illegale Immigration nicht bald in den Griff bekommt, könnte politisch sein letztes Stündchen geschlagen haben **Bild: imago/Anadolu Agency**

GROSSBRITANNIEN

Labours letzte Atemzüge

Premierminister Keir Starmer ist unbeliebt wie nie – Die Opposition unter Nigel Farage wittert ihre Chance und will die Altparteien beerdigen

VON CLAUDIA HANSEN

Es war der schlechteste Start jemals für eine neu gewählte Regierung, einen neu gewählten Premierminister, egal ob Labour oder Konservative“, sagt John Curtice. Das Urteil des Politikwissenschaftlers und Meinungsforschers fasst den Absturz zusammen, den Keir Starmer Labour-Regierung in nur einem Jahr erlebt hat.

Im Juli 2025 hatte Labour einen „Erdbebensieg“ errungen, seitdem rutscht die Partei erdrutschartig ab. Die schwächelnde Wirtschaft, steigende Steuern, Probleme im Gesundheitsdienst, Spenden-Skandale, das Versagen bei der Eindämmung der illegalen Immigration – all das wird dem Premier angelastet. „Broken Britain“, Britannien ist kaputt, lautet ein verbreiteter Slogan. Der versprochene „Wandel“ kommt bei den Briten nicht an. Nur bei 20 Prozent ist der Premier noch populär. Labours Werte sind dramatisch abgestürzt.

Und spiegelbildlich ist die als rechts-populistisch bezeichnete Partei Reform UK von Nigel Farage („Mr Brexit“) in Umfragen in die Höhe geklettert. Sie liegt mit etwa 29 Prozent auf dem ersten Platz – deutlich vor Labour mit nur 24 Prozent. Farages Partei hat im Mai bei Kommunalwahlen triumphiert sowie erste Rathäuser und Kommunalparlament erobert. Die Buchmacher nehmen Wetten an. Farage hat demnach die besten Chancen, nächster Premierminister zu werden.

Die im vergangenen Juli abgewählten Konservativen liegen hingegen weiterhin zerstört am Boden. Sie haben sich unter ihrer Vorsitzenden Kemi Badenoch, einer durchaus eloquenten Schwarzen, nicht erholt, liegen abgeschlagen auf dem dritten Platz. Die Öffentlichkeit hat die 14 Regierungsjahre nicht vergessen, die das Land in keinem guten Zustand hinterlassen haben. „Die Partei ist wie Dead Man Walking“, also wie ein Untoter, sagt ein Tory-Abgeordneter aus Südeuropa.

Es gibt erste Auflösungserscheinungen. In den vergangenen Wochen wechselten mehrere Ex-Abgeordnete, sogar ein ehemaliger Minister und Ex-Parteischäftsführer von den Tories zu Reform. Farage ist ein Menschenfischer. Auf TikTok folgen ihm 1,3 Millionen – mehr als allen anderen Unterhausabgeordneten zusammen.

Farage kreist schon wie ein Geier

Starmer wirkt dagegen abgehoben und steif. Dem Juristen fehle es an einer Vision und einer Erzählung, was seine Regierung eigentlich verbessern wolle im Lande, so Politikprofessor Curtice von der Strathclyde University. Labour verweist stets auf das schwierige Erbe der diversen Tory-Regierungen. Mehr und mehr Bürger haben aber das Gefühl, dass die Linke die Lage auch nicht verbessere. Beispielsweise sind im staatlichen Gesundheitssystem des NHS die Wartezeiten kaum gesunken. Mehr als sieben Millionen Pa-

tienten warten auf einen Arzttermin. Manche warten mehr als ein Jahr lang.

Und dann ist da die starke Immigration. Starmer hatte versprochen, die „Gangs“ der Menschenhändler zu zerschlagen, die für viel Geld illegal Migranten mit Schlauchbooten über den Ärmelkanal auf die Insel schleusen. Doch bislang ist er damit gescheitert. Die Zahl der Bootsmigranten sinkt nicht, sondern sie steigt. Bis zur Jahresmitte kamen schon 20.000, das waren fast 50 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Vor Wochen erklärte der Premier, bei einer ungesteuerten Massenimmigration drohe Großbritannien zu einer „Insel der Fremden“ zu werden. Die Formulierung empörte Linke in seiner Partei. Sie klinge wie ein Satz aus der umstrittenen Rede des Konservativen Enoch Powell, die als „Rivers of Blood“-Rede bekannt wurde. Starmer ruderte zurück und sagte, er „bedauere tief“, die Formulierung gewählt zu haben.

Das war typisch für Starmer: Er ist bekannt für seine peinlichen Kehrtwenden. Unter dem Druck der Labour-Linken hat seine Regierung Anfang Juli eine wichtige Sozialreform geschreddert, die mehrere Milliarden Pfund Kürzungen bei Zahlungen an Kranke beinhaltete. Der sozialistische Flügel von Labour rebellierte dagegen. Angesichts der Revolte zog Starmer die Kürzungen zurück. Am nächsten Tag saß seine Schatzkanzlerin Rachel Reeves weinend im Parlament. Ihre Tränen waren ein sinnfälliger Ausdruck für den Zustand der Regierung. Im Herbst wird es wohl neue Steuererhöhungen geben. Trotz der großen Mehrheit im Parlament sieht die Regierung schon wackelig aus.

Besonders das Versagen in der Migrationskrise treibt die Wähler zu Farages Reform UK. Der Brexit-Politiker hat hier das neue große Thema gefunden. Farage ist der Hobby-Angler, er fährt gelegentlich Journalisten auf seiner Jolle auf den Ärmelkanal und zeigt die Schlauchboote, die übertoll beladen, überwiegend mit dunkelhäutigen jungen Männern, durch die Wellen pflügen.

Starmer hat indessen mit Frankreichs Staatspräsidenten Macron ein Abkommen geschlossen, das die Bootsmigranten abschrecken soll. „One in – one out“, lautet das Motto: Großbritannien darf für jeden Neuankömmling künftig einen Bootsmigranten nach Frankreich zurückschicken. Labour hofft, damit das Problem in den Griff zu bekommen.

Berweil kreist Farage wie ein Geier über den im Sterben liegenden Altparteien. „Immer mehr Leute kommen zu mir und sagen, ich sei der richtige nächste Premierminister“, sagt er lachend im Gespräch mit dem Boulevardblatt „The Sun“. Die einst großen Parteien hören seine Kampfansage – es lacht keiner mehr.

NIEDERLANDE

Sind die EU-Regierungen der NATO hörig?

Brisant-geheime Vereinbarungen verpflichten die Länder zu gezielten Resilienzmaßnahmen

Die Resilienz, also die zivile Bereitschaft, „sich auf Schocks und Störungen vorzubereiten, Widerstand zu leisten, angemessen zu reagieren und sich schnell zu erholen, ... ist eine zentrale Säule der Widerstandsfähigkeit der Alliierten und ein entscheidender Faktor für die kollektive Verteidigung des Bündnisses, und die NATO unterstützt die Alliierten bei der Bewertung und Verbesserung ihrer zivilen Bereitschaft“. So hieß es in einer Erklärung, die das NATO-Generalsekretariat am 13. November 2024 veröffentlichte.

Konkret soll damit die Bevölkerung auf Krisen durch Naturkatastrophen oder neuerliche Pandemien, das Versagen kritischer Infrastrukturen oder auf einen hybriden oder bewaffneten Angriff – nicht zuletzt auch mit Biowaffen – vorbereitet werden. Allerdings ist die Formulierung

„die NATO unterstützt“ ein Euphemismus für verdeckte Einmischung, wie jetzt im Zusammenhang mit einer parlamentarischen Anfrage in den Niederlanden bekannt wurde.

Neben den auf dem NATO-Gipfel von Wilna im Juli 2023 vorgestellten Resilienz-Vereinbarungen, welche eher nur vage Floskeln enthielten, existiert offensichtlich noch ein geheimes Dokument, in dem deutlich präziser ausgeführt wird, wie die gewünschte Resilienz zustande kommen soll – darunter auch auf dem Gebiet des „Klimaschutzes“ und der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Darüber hinaus spielt die Ziffer 64 der Erklärung von Wilna eine zentrale Rolle. Darin heißt es, dass die NATO entschieden gegen „Desinformation und Fehlinformation“ vorgehen wolle, weil feindliche

Aktivitäten auf diesem Gebiet zu einer schleichenden Resilienz-Zersetzung führen würden. Wie die niederländische Regierung auf Anfrage zugab, habe sie sich verpflichtet, alle entsprechenden Vereinbarungen mit der NATO zu erfüllen, daher seien auch die Ziele in dem „nicht öffentlich zugänglichen“ Dokument „politisch bindend“. Ebenso wurde bestätigt, dass es bereits interne Aktivitäten zur Umsetzung gegeben habe. Darüber hinaus gestand die Regierung in Den Haag die Abhaltung einer geheimen Übung zur „nationalen Krisenstruktur“.

Angesichts der Tatsache, dass sich somit gleich mehrere niederländische Ministerien nach NATO-Vorgaben richten müssen, welche gegenüber der Bevölkerung und dem Parlament geheim gehalten werden, sprach der Abgeordnete der

Zweiten Kammer, Pepijn van Houwelingen von der Partei „Forum voor Democratie“, von einem „riesigen schwarzen Loch in unserer Demokratie“. Und ein solches klafft offenbar genauso auch hierzulande.

Auf Anfragen des kritischen Portals „Multipolar“ bestätigte das Bundesinnenministerium die Existenz des geheimen NATO-Dokuments, weigerte sich aber zugleich, weitere Auskünfte über das „nicht öffentlich zugängliche“ Papier zu geben. Ebenso schwieg die Bundesregierung darüber, ob die Vereinbarung den Mitgliedern des Bundestags, des Parlamentarischen Kontrollgremiums oder des Verteidigungsausschusses bekannt sei und ob darüber hinaus geheime Veranstaltungen oder Übungen zu den NATO-Resilienz-Zielen stattgefunden hätten.

Wolfgang Kaufmann

VON HERMANN MÜLLER

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich Union und SPD darauf verständigt, das umstrittene Heizungs-gesetz von 2024 zwar nicht abzuschaffen, aber grundlegend zu überarbeiten. Während in der Koalition noch die Diskussion läuft, wie die Reform genau aussehen soll, meldet sich nun das deutsche Heizungshandwerk zu Wort. Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) fordert eine grundlegende Kehrtwende in der Energiepolitik. Laut einem Strategiepapier des Verbandes ist die von der Ampel unter Federführung der Grünen gemachte Verordnung in seiner jetzigen Form nicht realistisch. Das Gebäudeenergiegesetz, so der korrekte Name, müsse „vereinfacht und entschlackt“ werden.

Der Zentralverband bemängelt, dass der Umbau, etwa von einer Gasheizung zur Wärmepumpenanlage, umständlich und teuer sei und Hausbesitzer trotz Förderung überfordere. Die Realität in deutschen Heizungskellern sehe anders aus als die politischen Vorgaben.

Kippen will der Handwerksverband die strikte Regel, der zufolge spätestens Mitte 2028 neue Heizungen mit 65 Prozent Erneuerbarer Energie laufen müssen. Konkret fordert das Handwerk eine „technologieoffene Energieträgerstrategie zur Dekarbonisierung“ sowie die Möglichkeit, die Vorgaben mit „niedriginvestiven Lösungen“ zu erfüllen. Das Verbot für den Einbau einer Öl- oder Gasheizung soll abgeschafft werden. Die Vermeidung von CO₂ ist laut dem Zentralverband auch mit hocheffizienten Öl- oder Gasbrennwertheizungen möglich. Schon im Koalitionsvertrag haben Union und SPD explizit das Ziel vereinbart, das bisherige Heizungs-gesetz durch „technologieoffene Lösungen“ ersetzen zu wollen, um den Bürgern mehr Entscheidungsfreiheit zu bieten. Statt sich auf eine einzelne Technik wie die Wärmepumpe festzulegen, könnten so vermehrt hybride Lösungen oder auch die Nutzung von Biogas zum Zuge kommen.

Bis 2045 nichts Fossiles mehr

Doch der Ruf des Handwerksverbandes und auch der Reformbeschluss im Koalitionsvertrag kommen vermutlich zu spät. Ungeachtet der demokratischen Meinungsbildung in den Nationalstaaten und Entwicklungen wie dem Regierungswechsel in Deutschland wurde in der EU längst das Tempo in der Angelegenheit weiter erhöht. Als Folge kann ein Verbot von neuen Öl- und Gasheizungen sogar noch schneller kommen, als dies einst die Ampel-Koalition geplant hatte. Die hatte mit dem Heizungs-gesetz die Zielmarke vorgegeben, dass Haushalte ab 2045 keine fossilen Brennstoffe mehr zum Heizen,



Ex-Energieminister Habeck kommt aus dem Lachen gar nicht mehr raus, weil die EU sein Energiegesetz sogar noch beschleunigt

BLOCKADE DER EU

Heizungsverband fordert das Aus der Energiewende

Umständlich, teuer und unrealistisch – das grüne Gebäudeenergiegesetz ist nicht umsetzbar, doch die EU könnte den Wahnsinn sogar beschleunigen

Kochen und für die Warmwasserversorgung nutzen dürfen.

Das EU-Parlament hat bereits im März 2024 vorgeschlagen, dieses Verbot fossiler Brennstoffe 2040 einzuführen. Wird der Vorschlag EU-Recht, müssen die Privathaushalte in der EU ihre Heizungen schon in den nächsten 16 Jahren umrüsten. Bislang ist der Vorschlag des Europaparlaments zum Verbot fossiler Heizungen ab 2040 noch nicht geltend. Die entsprechende Überarbeitung der EU-Richtlinie muss erst noch von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, dem Ministerrat, beschlossen werden. Trotz der aktuell schwierigen Wirtschaftslage des Kontinents scheint die EU-Kommission der Verschärfung der Richtlinie sehr positiv gegenüberzustehen. Brüssel erklärte: „Die Festlegung eines Klimaziels für 2040 wird

der europäischen Industrie, den Investoren, den Bürgern und den Regierungen helfen, in diesem Jahrzehnt Entscheidungen zu treffen, die die EU auf den Weg bringen, ihr Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.“

Im EU-Ministerrat ist für eine Verschärfung der entsprechenden Richtlinie nur eine qualifizierte Mehrheit erforderlich – keine Einstimmigkeit. Deutschland wäre dann gezwungen, sich an die Europavorlage zu halten.

Reformaussichten unklar

Nur ein Trick könnte helfen: Gelänge es, in den Entwurf für die novellierte EU-Richtlinie eine Übergangsregelung einzufügen, könnte Deutschland möglicherweise an seinem bisherigen Zeitplan zur Heizungs-wende 2045 festhalten.

Die Chancen, dass die Vorschläge des Zentralverbands Sanitär Heizung Klima zu einer grundlegenden Wende in der Energiepolitik aufgegriffen werden, sind damit als nicht sonderlich groß einzuschätzen. Gleiches gilt für das Vorhaben der schwarz-roten Koalition, das Heizungs-gesetz der Ampel nicht in Details, sondern grundlegend zu reformieren.

Obendrein droht aber noch ein weiteres Problem. Während die EU beim Aus für fossile Heizungen merklich auf das Tempo drückt, befindet sich hierzulande die Bundesregierung bei der Reform des Heizungs-gesetzes noch immer in einer Diskussionsphase. Für Hauseigentümer bedeutet dies weiterhin Unklarheit, denn auch die Umsetzung von möglichen Förderprogrammen wird sich damit auf längere Sicht verzögern.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Niedergang der deutschen Autoindustrie in China

Ein vorhersehbares Desaster – mit weitreichenden Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Die deutsche Automobilindustrie befindet sich in der Krise und steht unter doppelem Druck: Hohe Produktionskosten in Europa treffen auf sinkende Absätze, besonders in China, dem wichtigsten Auslandsmarkt. Die Branche leidet unter einer Kombination aus interner Schwäche und externer Verdrängung. Der Strukturwandel – vor allem im E-Auto-Bereich – schreitet voran, ohne dass eine kohärente Gesamtstrategie erkennbar wäre. Die Zahlen sprechen für sich: Mercedes-Benz meldete für das zweite Quartal einen Rückgang der Auslieferungen um 19 Prozent in China – insgesamt 140.400 Autos.

Porsche verzeichnete im ersten Halbjahr einen globalen Absatzrückgang um sechs Prozent, wobei die Verkäufe in China um satte 28 Prozent einbrachen. BMW sah sich mit einem Absatzrückgang von

etwa 13 Prozent in China konfrontiert. Der chinesische Automarkt bleibt zwar auch 2025 mit rund 30 Millionen Neuzulassungen pro Jahr der mit Abstand größte der Welt – etwa zehnmal so groß wie der deutsche –, aber entwickelt sich für deutsche Hersteller zum Krisenherd.

Dabei war China lange Zeit ein Wachstumsanker für die heimische Automobilindustrie, doch innerhalb von nur fünf Jahren hat sich ihr Marktanteil dort halbiert und liegt inzwischen insgesamt bei etwa 15 Prozent. Tendenz: fallend.

Dramatisch ist der Rückfall von VW im Verbrennersegment: Mit 400.000 verkauften Fahrzeugen fällt der Konzern im ersten Quartal hinter den chinesischen Konkurrenten Geely zurück, der mit 420.000 Fahrzeugen und einem Marktanteil von 13 Prozent neuer Spitzenreiter ist.

China investiert kräftig: Große Autohersteller wie Geely wissen, dass die Zukunft nicht nur E-Fahrzeugen gehört. Dabei wird vor allem auch auf die Entwicklung sparsamer Verbrennungsmotoren gesetzt, die sogenannten ICEs (Internal Combustion Engines). Im E-Auto-Segment drängt BYD mit enormer Wucht auf den Markt. Der Konzern konnte seine Absatzzahlen im Dezember 2024 weltweit um 800 Prozent steigern und damit Tesla als bisherigen Marktführer verdrängen.

Das Desaster für deutsche Autokonzerne in China hat Konsequenzen. VW kündigte an, bis 2030 rund ein Viertel aller Arbeitsplätze abzubauen zu wollen. Auch Zulieferer wie ZF reagieren: Der Getriebespezialist plant den Abbau von 14.000 Stellen, was ein deutliches Zeichen für den Ernst der Lage ist. Gleichzeitig sind

die Neuzulassungen in Deutschland im zweiten Quartal um 1,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken – trotz leichter Zugewinne bei den Marktanteilen von BMW, Mercedes und VW. Unterm Strich steht die deutsche Autoindustrie damit sowohl im Ausland als auch im Inland massiv unter Druck.

Besonders brisant: Während die deutschen Hersteller ihre verbleibenden Margen vor allem mit klassischen Verbrennerfahrzeugen erzielen, drängen chinesische Marken nun auch gezielt in dieses Segment und auf den deutschen Markt vor und verschärfen damit den Wettbewerb entscheidend. Dieser schleichende Niedergang ist keine bloße Marktberreinigung, sondern das Resultat aktiver chinesischer Industriepolitik – und deutsches Managementversagen. *Christian Rudnitzki*

MELDUNGEN

Arbeitgeber zahlen nicht

Berlin – Etliche Arbeitgeber in der Bundesrepublik schulden der staatlichen Rentenversicherung Geld. Bei den Betriebsprüfungen der Rentenkasse im Vorjahr kam heraus, dass die Arbeitgeber fast eine Milliarde Euro zu wenig an Beiträgen abgeführt hatten. Die Deutsche Rentenversicherung veranstaltet in regelmäßigen Abständen Prüfungen, um einer Verjährung ihrer Ansprüche vorzubeugen. Allerdings ist der damit verbundene Zeitaufwand enorm – oft benötigen die Revisoren Monate, bis das Ergebnis vorliegt. Deshalb setzt die Rentenversicherung nun auf Künstliche Intelligenz, welche die von den Arbeitgebern eingereichten Dokumente nach Auffälligkeiten durchsucht, woraufhin bei Bedarf menschliche Betriebsprüfer in Aktion treten. Dabei hat das Programm eine Trefferquote von mehr als 95 Prozent. Überraschenderweise fand die Rentenversicherung bei ihren Nachforschungen 86 Millionen Euro an zu viel gezahlten Beiträgen. *W.K.*

BlackRock steigt aus

New York – Der US-amerikanische Investmentriesen BlackRock stellt nicht nur seine kostenlose Beratungsarbeit für die Ukraine ein, sondern beendet auch die Suche nach Kapitalgebern, die bereit wären, sich an einem Ukraine-Wiederaufbaufonds zu beteiligen. Diese Entscheidung fiel bereits im Januar nach dem Amtsantritt von Donald Trump, wurde aber erst jetzt durch Berichte des Wirtschaftsmagazins „Bloomberg“ bekannt. Als Grund nannte BlackRock den „Mangel an Interesse und die zu hohe politische Unsicherheit“. In den Fonds sollten mindestens 500 Millionen US-Dollar von institutionellen Anlegern und zwei Milliarden aus den Händen von Privatpersonen fließen. Kiew steht somit vor der Herausforderung, diesen Ausfall zu kompensieren. Dabei hofft es auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der einen europäischen Ersatzfonds initiieren will, wobei aber unklar ist, ob dieser tatsächlich reale Chancen hat. *W.K.*

Digital-Euro kostet zu viel

London – Aus einer aktuellen Studie der britischen Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers International (PwC) geht hervor, dass die von der Europäischen Zentralbank (EZB) forcierte Einführung des Digitalen Euro die Banken im Euro-Raum um die 30 Milliarden Euro kosten wird. Besonders teuer kommt die Geldinstitute dabei wohl die Anpassung der technischen Infrastruktur, also die Umstellung der Internetportale, Bezahlkarten, Terminals im Handel, Geldautomaten und Apps für Mobilgeräte. Dabei scheinen die von PwC geschätzten Kosten von neun Millionen Euro pro Bank allein für die Veränderungen an den Geldautomaten noch niedrig. Der Digitale Euro soll schon im Oktober eingeführt werden, obwohl er von der Mehrheit der Europäer abgelehnt wird. Das resultiert primär daraus, dass die Digitalwährung eine umfassende Überwachung der Bürger ermöglicht. *W.K.*

KOMMENTARE

Schlimme Tendenzen

JENS EICHLER

Dass SPD-Fraktionschef Matthias Miersch die Haltung der katholischen Kirche zur umstrittenen Kandidatin für ein Richteramt am Bundesverfassungsgericht, Frauke Brosius-Gersdorf, kurzerhand polemisch als „Hetze“ abstempelt, zeigt das Problem in der politischen Kultur unseres Landes: Kritik, wenn sie nicht aus dem rot-grünen Lager stammt, wird nicht mehr als Beitrag zur Debatte gesehen, sondern reflexartig diffamiert und moralisch abgewertet. Der juristisch undefinierte Begriff „Hetze“ wird mittlerweile so inflationär und beliebig eingesetzt, dass er in Fällen wie diesem geradezu entlarvend wirkt.

Bambergers Erzbischof Herwig Gössl hatte auf berechnete Sorgen hingewiesen – nicht polemisch –, als er die Haltung von Brosius-Gersdorf zum Lebensrecht ungeborener Kinder einen „innenpolitischen Skandal“ nannte. Er wolle sich nicht vorstellen, „in welchen Abgrund der Intoleranz und Menschenverachtung wir gleiten, wenn die Verantwortung vor Gott immer mehr aus dem

Bewusstsein der Menschen verschwindet“. Aus Kirchensicht sind das Fragen zur Menschenwürde und zur Rolle des BVG als Hüter der Verfassung. Dass diese Einwände von der SPD sofort als „Hetze“ gebrandmarkt werden, ist Ausdruck einer schlimmen Tendenz: Die SPD scheint jede andere Meinung entweder nicht mehr aushalten zu können oder bewusst als feindlich zu deuten, um Kritik gleich im Keim zu ersticken.

Dabei ist es geradezu ironisch, dass sich die katholische Kirche – die in den letzten Jahren durch viele ihrer Repräsentanten auffällig oft linksliberale Positionen vertreten hat – nun, wenn sie einmal konservativere Töne anschlägt, sofort selbst unter Beschuss sieht.

Wer sich fragt, wie tolerant eine Partei wie hier die SPD wirklich ist, muss nur beobachten, wie sie mit Andersdenkenden umgeht. Miersch' Reaktion liefert die Antwort: Wer nicht die SPD-Linie vertritt, ist ein „Hetzer“. Aber Demokratie lebt vom Streit, nicht vom Schweigen. Wer Kritik und Meinungsfreiheit zur Hetze erklärt, hat am Ende nicht mehr viel von beidem übrig.

Entlarvend des Mitleid

RENÉ NEHRING

Die Doppelmoral könnte größer kaum sein. Seit Monaten zeigen Politiker wie Katrin Göring-Eckardt (Grüne) oder Heidi Reichinnek (Die Linke) ihr Mitgefühl für Maja T. – und somit für eine Person, die beschuldigt wird, als Mitglied der „Hammerbande“ arglose Menschen, die sie für Rechtsextremisten hielten, mit brutalen Schlägen gegen den Kopf angegriffen zu haben. Die Attacken, die unter anderem multiple Schädel- und Gesichtsfrakturen verursachten, werden von der Justiz des EU-Mitgliedsstaates Ungarn zu Recht als schwere Körperverletzung verfolgt (siehe Seite 3).

Doch obwohl unstrittig ist, wer hier Täter und wer Opfer ist, wird Maja T. von Teilen der linken und grünen Szene als unschuldige Person dargestellt, die unter menschenunwürdigen Haftbedingungen in Ungarn leiden würde. Göring-Eckardt reiste gar nach Budapest, um ihre Solidarität zu bekunden, und sprach

von einer „Katastrophe mitten in Europa“ – wohlgermerkt nicht etwa mit Blick auf die Opfer der Gewalt, sondern auf die Haftbedingungen von Maja T.

Für das Leid jener Personen, die von Maja T. niedergeschlagen wurden, zeigen Grüne und Linke bislang keinerlei Mitgefühl. Diese Opfer sind für sie offenbar nur Kollateralschäden in einem Kampf, dessen Verfechter sich selbst über jeden Zweifel erhaben sehen. Wohin diese Haltung führt, hat das kommunistische Schreckensregime mit seinen über 100 Millionen Toten gezeigt.

Nachdenklich sollte dieser Fall nicht zuletzt all jene stimmen, die angesichts komplizierter Mehrheitslagen im Bundestag meinen, in Grünen und Linken zuverlässige Partner gefunden zu haben. Wer den konsequenten Umgang eines Rechtsstaates mit Gewaltverbrechern anprangert und keinerlei Mitgefühl für die wahren Opfer zeigt, steht nicht in der Mitte, sondern am extremistischen Rand des politischen Spektrums.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Von Russland enttäuscht: US-Präsident Trump, hier im Gespräch mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte

GASTBEITRAG

Kein Kriegsende in Sicht

ALEXANDER RAHR

Der Ukrainekrieg geht unvermindert weiter. Die Friedensbemühungen Donald Trumps sind – das muss offen gesagt werden – gescheitert. Der US-Präsident hat nun selbst die Geduld mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verloren und Russland Anfang der Woche ein Ultimatum gestellt: In 50 Tagen, so Trump, müsse ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine auf dem Tisch liegen, ansonsten werde es weitreichende Sanktionen gegen Moskau Handelspartner geben. Zudem kündigte er neue Waffenlieferungen an die Ukraine an, die von den europäischen NATO-Partnern bezahlt werden sollen.

Ob damit eine diplomatische Lösung des Konflikts näher rückt, darf bezweifelt werden. Der kontinuierliche Einsatz russischer Truppen in der Ukraine in den letzten Monaten zeigt, dass Putin Trumps Vorschlag, den Krieg einzufrieren und im Gegenzug die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Washington wiederzubeleben, ausgeschlagen hat. Ganz offensichtlich will Putin den Krieg nicht beenden, ohne seine Ziele erreicht zu haben. Dazu gehört neben der Anerkennung der Annexion von vier ukrainischen Provinzen auch die Entmilitarisierung der Ukraine, das Zurückweichen der NATO von den russischen Grenzen und ein Wechsel der Regierung in Kiew. Falls diese Ziele nicht erreicht werden sollten, will Russland zumindest große Teile der Ostukraine erobern, um daraus einen Puffer gegen die NATO zu bilden.

Russland setzt auf Sieg

Putin glaubt offenbar, in dem Krieg einen Punkt erreicht zu haben, an dem er diesen militärisch gewinnen kann, obwohl die russischen Truppen noch weit davon entfernt sind, die Gebiete Saporischja und Cherson vollständig einzunehmen. In der Analyse Moskaus scheint die Strategie der Abnutzung der ukrainischen Streitkräfte zu wirken, sodass Putin auf eine früher oder später erfolgende Kapitulation der gegnerischen Armee setzt.

Die Ukraine will jedoch von einer Kapitulation nichts wissen, obwohl ihr mit jedem Tag Krieg große Mengen an Soldaten sowie Territorien verloren gehen. Kiew setzt auf weitere massive Waffenlieferungen, die die Europäer – allen voran Deutschland – liefern und bezahlen wollen. Anders als Trump ermutigen die Europäer den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, den Krieg fortzuführen. Dass dieser maßgeblich mit Drohnen ausgetragen wird, und damit mit Militärtechnik, die deutlich billiger ist als die bis-

herigen Waffensysteme, dürfte den Konflikt ebenfalls verlängern. Die Todeszahlen an der Front werden von beiden Seiten geheim gehalten, um die Öffentlichkeit nicht abzulenken.

Dass Trumps jüngste Drohungen Moskau wahrscheinlich wenig beeindrucken werden, liegt auch am amerikanischen Präsidenten selbst. Denn Trump verhält sich erratisch, mal will er den kompletten Waffenstopp für die Ukraine, mal liefert er doch wieder die versprochene Kriegsausrüstung. Absehbar ist jedoch, dass die USA die Verantwortung für den Ukraine-Konflikt künftig den verbündeten Europäern überlassen wollen – für die USA ist der Zermürbungskrieg zu teuer und vor allem sinnlos geworden.

Auch die Europäer setzen auf Sieg

In Europa wird derzeit Friedrich Merz zum Wortführer. Der Bundeskanzler will keine diplomatische Lösung, bei der die Ukraine Territorien verliert und die westliche Sicherheitsarchitektur geschwächt wird. Merz glaubt, endlich auch Trump wieder ins Boot geholt zu haben. Das scheinbar wiedererlangte Schutzversprechen der USA für Europa soll Deutschland und den anderen EU-Ländern mehr Mut und Durchsetzungskraft bei der Eindämmung Russlands verleihen.

Sollte Merz recht haben, könnte dies Deutschland die Möglichkeit eröffnen, auch die Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern – ein Schritt, den der vorherige Bundeskanzler Olaf Scholz aus Angst vor einer Eskalation stets vermeiden hatte. Anders als Scholz scheint der neue Kanzler von der Aussicht auf russische Vergeltungsschläge unbeeindruckt und sogar von der Möglichkeit einer militärischen Niederlage Russlands überzeugt zu sein. Sein Selbstvertrauen beruht maßgeblich auf der seiner Ansicht nach unübertroffenen Stärke US-amerikanischer Waffen – dem ultimativen Schutzschild der europäischen Sicherheit.

Merz' Botschaft ist eindeutig: Abschreckung durch Stärke, nicht durch Dialog. Dass Deutschland unter seiner Führung von der russischen Bevölkerung neuerdings als der größte Feind Russlands gesehen wird, scheint ihm egal zu sein. Auch die deutsche Gesellschaft scheint dies wenig zu bekümmern.

Allerdings fällt Merz' harte Haltung in eine Zeit wachsender Unruhe in Europa. Der Kanzler eilt von Gipfel zu Gipfel, müsste aber eigentlich erkennen, dass – wie zuletzt bei den israelischen Militärschlägen gegen den Iran – Deutschland und die Europäer jenseits der bekannten Scheckbuchdiplomatie in der neu entstehenden machtbasierten Weltordnung keine Rolle spielen.

Derweil werden in Europa die Rufe nach strategischer Zurückhaltung lauter, zumal die Aussicht auf einen langwierigen Konflikt in der Ukraine sowohl die europäische Stabilität als auch die globale Wirtschaft bedroht. Kritiker argumentieren, ein konfliktorientierter Ansatz laufe Gefahr, die Komplexität der regionalen Sicherheit und das Potential unbeabsichtigter Folgen zu ignorieren. Die Annahme, Russland könne durch wirtschaftlichen und militärischen Druck zur Unterwerfung gezwungen werden, sei gefährlich simpel. Tatsächlich bietet die Geschichte kaum Beispiele dafür, dass Großmächte auf Isolation und Zwang mit Zugeständnissen statt mit Eskalation reagiert hätten.

Die nun von Trump angekündigten Sanktionen richten sich weniger gegen Russland als gegen dessen vermeintliche Unterstützer – China, Indien, Türkei und andere Staaten des Globalen Südens, die weiter mit Moskau Handel treiben und Finanzgeschäfte tätigen. Es wäre selbstherrlich seitens der EU und der USA anzunehmen, dass diese Staaten sich dem westlichen Druck beugen werden. Zu groß ist beispielsweise ihre Abhängigkeit von russischen Energielieferungen.

Und so besteht die Gefahr, dass das Ziel, Moskau zum Einlenken zu bewegen, verfehlt wird, dafür jedoch die Welt in gegnerische Wirtschaftsblöcke zerfällt und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nachhaltig beschädigt werden.

Überschätzung der eigenen Kräfte

Nicht zuletzt wird die neue Sanktionspolitik der EU und der USA neue Gräben zu China aufreißen, das bislang im Ukraine-Krieg militärisch neutral war. Sollte sich Peking in seinen Interessen vom Westen bedroht fühlen, wird es einen deutlich engeren Schulterschluss mit Moskau suchen.

Generell ist die Überschätzung der eigenen Stärke bei allen Konfliktparteien erschreckend. Keine Seite sucht den Kompromiss, niemand ist bereit zum Nachgeben, alle Parteien setzen auf weitere Konfrontation. Dass sich in wenigen Tagen die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki – die den Kalten Krieg entscheidend entschärfte – zum 50. Mal jährt, ist nirgendwo ein Thema.

Insofern muss sich die Welt besorgt fragen, ob wir nicht am Anfang einer viel gefährlicheren Entwicklung stehen.

● **Dr. Alexander Rahr** ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft. Er war Berater für diverse deutsche und russische Firmen und ist Autor mehrerer Bücher über Russland, unter anderem einer Biographie über Wladimir Putin, den er mehrfach persönlich getroffen hat.
www.eurasien-gesellschaft.org

Klassikgenuss in Scheunen und Gutshäusern

Seit 40 Jahren belebt das Schleswig-Holstein Musikfestival den Norden des Landes – Intendant Christian Kuhnt erklärt den Erfolg

VON ANDREAS GUBALLA

Es war schon eine kleine Sensation, als 1985 mit dem vom Pianisten und Dirigenten Justus Frantz gegründeten ersten Schleswig-Holstein Musikfestival (SHMF) das landwirtschaftlich geprägte Flächenland zur internationalen Konzertbühne wurde. Plötzlich traten weltbekannte Künstler wie der US-amerikanische Komponist, Dirigent und Pianist Leonard Bernstein oder der US-amerikanische Violinist Yehudi Menuhin in Scheunen und Gutshäusern im eher provinziell geprägten Norden auf.

Inzwischen hat sich das Festival längst zu einer festen Größe im alljährlichen Kulturkalender etabliert. Mit über 200 Veranstaltungen während des Sommers verwandelt es so manchen entlegenen Winkel des Bundeslandes zu einem musikalischen Hotspot. Kirchen, Werften, Herrenhäuser und Parks laden auch in diesem Jahr dazu ein, Musik an ungewöhnlichen Orten zu erleben.

„Das Festival war von Anfang an eine musikalische Bürgerinitiative“, betont Christian Kuhnt, der dem Festival seit 2013 als Intendant vorsteht. Mit über 8600 Vereinsmitgliedern und Hunderten ehrenamtlichen Beiräten, die Künstler mit Kuchen, Blumen und persönlicher Betreuung empfangen, sei das SHMF tief in der Region verwurzelt – und doch international ausgerichtet. „Diese enge Verbindung von Heimatverbundenheit und Weltgewandtheit ist ein Markenzeichen des Festivals“, so Kuhnt „und macht jedes Konzert zu einem einzigartigen Erlebnis.“

Musikmetropole Istanbul im Fokus

Auf der Gästeliste stehen in diesem Jahr viele Weggefährten, die bereits bei den Anfängen des Festivals dabei waren. „Es war uns ganz wichtig, mit unseren eng verbundenen Freunden gemeinsam zu feiern. Dass zum Beispiel Weltstar Anne-Sophie Mutter mit dem Royal Philharmonic Orchestra aus London wieder zu uns



Ein eingespieltes Paar: Violinist Ray Chen und Dirigent Christoph Eschenbach beim Eröffnungskonzert mit dem Festivalorchester

kommt, ist eine ganz besondere Ehre. Midori ist wieder dabei, die 1986 eine ganz junge Geigerin war“, so Kuhnt.

Eine weitere Besonderheit sei das Wiedersehen mit Stefan Vladar, der 1986 als junger Pianist in Gut Hasselburg spielte – das Jubiläumskonzert dort gibt es nun „zum D-Mark-Preis“, einfach in Euro umgerechnet. „Und dass Herbert Grönemeyer kommt, mit ‚seinem‘ Orchester, den Bochumer Symphonikern, und als Dirigent zu erleben sein wird, ist für uns schon ein ganz besonderes Schmankerl.“

Zur Eröffnung des diesjährigen Festivals interpretierte der australisch-taiwanische Violinist Ray Chen gemeinsam mit dem NDR Elbphilharmonie Orchester Felix Mendelssohns Violinkonzert. Die musikalische Leitung übernahm der aus

Breslau stammende Christoph Eschenbach, der im Februar seinen 85. Geburtstag feiern konnte.

Der Maestro ist vom Festival inzwischen nicht mehr wegzudenken. Bereits seit Anbeginn trat er als Pianist und Dirigent beim SHMF, auf und von 1999 bis 2002 war er dessen Künstlerischer Leiter. Seit 2004 kann er sich zudem als Principal Conductor des Festivalorchesters bezeichnen, also jenem von Bernstein 1987 gegründeten Klangkörper, der sich ausschließlich aus internationalen Musikstudenten zusammensetzt. Mit ihnen machte sich Eschenbach selbst ein eigenes Geburtstagsgeschenk, ließ er die Eröffnung doch mit Bruckners Sinfonie Nr. 7 ausklingen, die er als „einen der größten Schätze“ bezeichnete.

Alljährlich gab es beim SHMF einen Länderschwerpunkt. Das hat sich unter Kuhnt geändert: Er setzt auf eine Musikmetropole. Dieses Jahr ist es Istanbul. Mit dem Pianisten, Komponisten und Bürgerrechtsaktivist Fazıl Say steht dabei ein türkischer Porträtkünstler im Mittelpunkt. In 17 Konzerten erklingt seine Musik – darunter fünf Sinfonien und zahlreiche Kammerwerke. Say verbindet wie kein anderer Klassik mit Jazz, westliche Musiktradition mit orientalischen Klängen. Seine Herkunft inspirierte das Festival zur Entdeckung Istanbuls als musikalischen Schwerpunkt. „Diese Stadt ist ein kultureller Schmelztiegel“, sagt Kuhnt. Das Programm greift ihre Vielfalt auf – von osmanischer Hofmusik bis zu moderner türkischer Klassik.

Neben Say kehren auch viele ehemalige Porträtkünstler zurück, etwa die argentinische Cellistin Sol Gabetta oder der israelische Mandolinist Avi Avital, der eine Uraufführung von Say präsentieren wird. Der mit 10.000 Euro dotierte „Bernstein Award“ geht dieses Mal an den japanischen Pianisten Hayato Sumino, der wie seine Vorgänger nicht nur Preisträger, sondern Teil der „Festivalfamilie“ wird.

Und dann ist da noch „Wolltraut“ – das rosa Schaf auf den Plakaten, das längst zum Kultsymbol geworden ist. Es steht für die heitere Hartnäckigkeit des Nordens – und für das SHMF selbst: unerschütterlich, wetterfest, gut gelaunt.

Karten für viele Veranstaltungen sind bereits vergriffen, doch Intendant Kuhnt rät zur Spontanität: „Es gibt so viele musikalische Perlen abseits der großen Namen. Wer neugierig ist, wird belohnt.“

Mit einer klanggewaltigen und glanzvollen Aufführung von Verdis berühmtem „Messa da Requiem“ beendete das Schleswig-Holstein Musikfestival vor 40 Jahren seine allererste Ausgabe im Lübecker Dom. Grund genug für Intendant Kuhnt, nun auch zum runden Geburtstag des Festivals als Abschluss des diesjährigen Sommers Verdis monumentales Meisterwerk mit über 240 Mitwirkenden in Chor, Orchester und als Solisten in der Musik- und Kongresshalle Lübeck zur Aufführung zu bringen.

„Wie kaum eine andere Komposition vermag diese opernhafte Messe aufgrund ihrer theatralischen Dramatik und ihres schier unerschöpflichen Melodienreichtums die Zuhörerinnen und Zuhörer bis heute tief in der Seele zu berühren“, erläutert Kuhnt. Wie sagte Verdi selbst so treffend: „Es gibt keine italienische Musik, auch keine deutsche, und keine türkische – aber es gibt Musik.“ Es ist ein Motto, das auch zum 40. Geburtstag des SHMF ganz gut passt.

● Das vollständige Programm und Eintrittskarten sind unter www.shmf.de erhältlich. Kartentelefon (0431) 237070

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Frischer Wind für alte Kunst

Amtswechsel in der Berliner Antikensammlung – Martin Maischberger wird neuer Sammlungsleiter

Wer der Berliner Antikensammlung vorsteht, hat ein hohes Maß an Verantwortung, denn die vom brandenburgischen Kurfürsten Friedrich Wilhelm 1671 angelegte Sammlung gilt als eine der bedeutendsten weltweit. Dabei hat sie noch nicht einmal ein eigenes Ausstellungshaus. Ihre antiken Skulpturen, Sarkophage, Vasen und Terrakotten aus der Mittelmeerregion stellt sie vornehmlich in den Häusern auf der Berliner Museumsinsel aus. In der James-Simon-Galerie sind aktuell noch bis zum 12. Oktober die im Schlamm eines toskanischen Thermalbads gefundenen „Bronzen von San Casciano“ zu sehen (die PAZ berichtete).

Diese von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK) als „Sensationsfund“ bezeichneten antiken Bronzen hat noch der seit 2003 amtierende Direktor der Antikensammlung, Andreas Scholl, in die Wege geleitet. Ende des Jahres wird er in den Ruhestand treten. Ihm wird Anfang 2026 sein bisheriger Stellvertreter Martin Maischberger folgen.

Der aus München stammende Altertumsforscher und klassische Archäologe ist der Bruder der ARD-Talkmasterin Sandra Maischberger. Bereits seit 2007 ist er Vizedirektor der Antikensammlung und damit bestens vertraut mit allen Kernaufgaben eines Museums, von der wissen-

schaftlichen Sammlungsbearbeitung über die Einwerbung von Drittmitteln und die Ausstellungsrealisierungen bis zur Restaurierungs- und Umzugsbetreuung.

Maischberger möchte die Präsentation der Sammlung im Alten Museum, in Teilen des Neuen Museums und des Per-

gamonmuseums noch stärker als bislang an Diskurse der Gegenwart anbinden und thematisch weiten: „Die enzyklopädische Breite der Antikensammlung bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte auch für unsere Gegenwartsthemen, wie etwa in der jüngsten Ausstellung Göttinnen und Gattinnen – Frauen im antiken Mythos. Auch den Dialog zwischen antiker und zeitgenössischer Kunst möchte ich intensivieren“, sagte er. Neben den bestehenden Kontakten in die Herkunftsländer Italien, Griechenland und Türkei plant er, die internationale Zusammenarbeit mit anderen großen Häusern auszubauen. Provenienzforschung zur Sammlung sieht er als weiteres Schwerpunktthema.

Marion Ackermann, die seit Anfang Juni amtierende neue Präsidentin der SPK, verspricht, dass Maischberger „einerseits die Sammlung ausgezeichnet kennt und betreut, andererseits neue Aspekte in der Präsentation einbringen wird, um neue Besuchergruppen anzusprechen.“

H. Tews/SPK



Ab 2026 neuer Direktor der Antikensammlung: Martin Maischberger

● MELDUNGEN

Corinth-Schau in Berlin

Berlin – Zum 100. Todestag von Lovis Corinth (siehe PAZ vom 11. Juli) beleuchtet die Alte Nationalgalerie vom 18. Juli bis 2. November Werke des ostpreussischen Künstlers und seiner Frau, der Malerin Charlotte Berend-Corinth. Zu sehen sind auch Reproduktionen von Bildern, die aufgrund der NS-Aktion „Entartete Kunst“ in andere Museen gelangten. *tws*

Neues Palais öffnet Galerie

Potsdam – Nach fast zweieinhalb Jahrzehnten ist seit Dienstag die Obere Galerie im Potsdamer Neuen Palais erstmals wieder für das Publikum geöffnet. Dort sind sechs von Friedrich dem Großen erworbene Gemälde zu sehen, darunter zwei der römischen Malerin Artemisia Gentileschi. *tws*

VEREINIGTE STAATEN

Das militärische Gesicht des Vietnam-Desasters

Vor 20 Jahren starb der Oberbefehlshaber der US-Truppen im Vietnamkrieg Vier-Sterne General William Westmoreland

VON MANFRED HARMS

Der am 16. März 1914 in Spartanburg, South Carolina, zur Welt gekommene und vor 20 Jahren, am 18. Juli 2005, in Charleston, ebenfalls South Carolina, verstorbene Vier-Sterne-General William C. Westmoreland gilt als einer der umstrittensten US-Militärs. Der Absolvent der Militärakademie in Westpoint hatte eine erfolgreiche Karriere mit Einsätzen in Nordafrika und Westeuropa während des Zweiten Weltkriegs sowie im Koreakrieg hinter sich, als er 1964 in den Generalsrang befördert wurde. Kurz darauf ernannte man ihn zum formellen Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Südvietnam.

Mit einer sogenannten Abnutzungstrategie (War of Attrition) gegenüber den südvietnamesischen Untergrundkämpfern von der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (NFB) in Verbindung mit einer großen Truppenaufstockung sorgte er für die endgültige „Amerikanisierung“ des Krieges. Unter Westmorelands Oberkommando kam es zu einem massiven Anstieg der zunächst noch Militärberater genannten US-Soldaten von 20.000 auf schließlich eine halbe Million bei seiner Entlassung im Juni 1968.

„Mann des Jahres“ 1965

Auslöser seiner Abberufung waren die groß angelegten Angriffe Nordvietnams und der NFB im Rahmen der Tet-Offensive vom 30. Januar bis zum 25. Februar 1968. Es war nicht zuletzt ein Ergebnis seiner Strategie des kombinierten massiven Einsatzes von US-Artillerie und -Luftwaffe, dass die Offensive militärisch abgewehrt werden konnte und schließlich mit schweren Verlusten des Gegners endete. Die Tet-Offensive, bei der die Angreifer an mehr als hundert Stellen gleichzeitig Städ-



Im Jahre 1967 unweit von Saigon auf dem militärischen Logistikstützpunkt Newport: William Westmoreland Bild: U.S. National Archives and Records Administration

te und Gemeinden in Südvietnam am Tag des vietnamesischen Neujahrsfestes (Tet Nguyen Dan) angriffen, erwies sich jedoch wegen seiner psychologischen Wirkung als Wendepunkt des Krieges zugunsten der Angreifer. Denn der Überraschungsangriff, begleitet von Bildern von unerwarteten Verlusten, Zerstörung und Blutvergießen im US-amerikanischen Fernsehen, bewirkte einen Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA. Die dort ausgestrahlte Tötung eines gefangengenommenen wehrlosen NFB-Kämpfers durch den südvietnamesischen General Nguyen Ngoc Loan vor laufender Kamera und ein entsprechendes publikumswirksames schockierendes Pressefoto des Associated-Press-Fotografen Eddie Adams schockierten die US-amerikanische Öffentlichkeit. Dies trug dazu bei, dass die bisher von einer großen Mehrheit der US-Amerikaner akzeptierte Rolle des entschlossenen Verteidigers westlicher Freiheit und Demokratie ins Wanken geriet.

Mit der Tet-Offensive offenbarte sich eine Realität des Vietnamkrieges, die mit Westmorelands optimistischen Lagebeurteilungen zum Kriegsverlauf und den täglichen Berichten über die hohen Verlustzahlen der gegnerischen Truppen nicht übereinstimmte. Dadurch verlor er das Vertrauen auch des demokratischen Präsidenten Lyndon B. Johnson, der sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung schließlich zur Entlassung des Generals gezwungen sah. Zuvor hatte Westmoreland Johnson noch mit der Forderung nach weiteren 206.000 Mann sowie einer Mobilisierung der Reserveeinheiten konfrontiert.

Ironischerweise wurde Westmorelands Forderung nach Ausweitung des Krieges auf die Nachbarländer Kambodscha und Laos zwecks Zerstörung der feindlichen Nachschublinien und Militärbasen zwei

Jahre später im Rahmen der von Johnsons republikanischem Nachfolger ab 1969, Richard Nixon, proklamierten Strategie der Vietnamisierung des Krieges tatsächlich umgesetzt. Dies führte unter General Creighton Abrams zur Intensivierung der Luftwaffeneinsätze gegen nordvietnamesische Nachschubbasen und Aufmarschräume bei gleichzeitiger drastischer Reduzierung der US-Truppen in Vietnam.

Gescheiterte Kandidatur 1974

In moralischer Hinsicht bewies Westmoreland aber auch Standfestigkeit, als Enthüllungen über Kriegsverbrechen von US-Soldaten an der Zivilbevölkerung in einem südvietnamesischen Dorf, das sogenannte Massaker von My Lai vom 16. März 1968, die amerikanische Öffentlichkeit schockierten. Er widersetzte sich erfolgreich den Vertuschungsversuchen der neu gewählten Nixon-Regierung und bestand auf einer umfassenden und unparteiischen Untersuchung durch Generalleutnant William R. Peers, der 1969 zum Leiter einer gleichnamigen Untersuchungskommission ernannt wurde. 1970 veröffentlichte Peers einen umfangreichen Bericht über das Massaker. Westmoreland bemühte sich nach My Lai auch um die Aufklärung von zwei weiteren Massakern, Phong Nhi und Phong Nhat.

Westmoreland wurde aus Vietnam wegbefördert und fiel die Karriereleiter hinauf. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1972 war er als Chief of Staff of the Army (Generalstabschef des Heeres) der ranghöchste Offizier der United States Army, blieb aber ohne großen politischen und militärischen Einfluss. 1974 scheiterte der „Mann des Jahres“ 1965 des „Time Magazine“ mit einer Kandidatur als Gouverneur seines Heimatbundesstaats South Carolina bereits bei den parteiinternen Vorwahlen der Republikaner.

EUROPA

Als Bulgaren Jagd auf Mitteldeutsche machten

Viele DDR-Bewohner fielen dem bulgarischen Grenzregime zum Opfer – Sofia und Berlin zeigen wenig Interesse an Aufarbeitung

Inzwischen ist Bulgarien Partner der Bundesrepublik Deutschland in NATO und EU und wird nun sogar in die Europäische Währungsunion aufgenommen. Vor dem Ende des Kalten Krieges machten viele Mitteldeutsche jedoch eher negative Erfahrungen mit dem damaligen Bruderland.

Wie die DDR gehörte auch Bulgarien damals zur sozialistischen Staatengemeinschaft, zum Ostblock. Der Balkanstaat grenzte an die NATO-Mitglieder Griechenland und Türkei sowie das blockfreie Jugoslawien. Dies veranlasste etliche DDR-Bewohner, während ihres Urlaubs in dem Land die Flucht in den Westen zu wagen.

Allerdings war das bulgarische Grenzregime ab 1952 ähnlich streng wie das der DDR. Sechs bis 15 Kilometer vor der Grenze lag eine Sperrzone, die nur mit polizeilicher Genehmigung betreten werden durfte. Und zwei Kilometer vor dem eigentlichen Grenzzaun gab es noch einen Signalzaun, dessen Überwindung die Grenzwächter alarmierte. Darüber hinaus besaß die bulgarische Staatssicherheit (DS) ein regelrechtes Heer von Zuträgern in den Grenzgebieten. Dazu gehörten über 4000 „Vertrauenswürdige Personen“ unter der Bevölkerung, die mit Geld- und Sachprämien motiviert wurden und zum Teil auch Waffen erhielten.

Des Weiteren galt für die Grenztruppen der Volksrepublik ab August 1952 ein

ausdrücklicher Schießbefehl. Aus den noch existierenden Akten geht hervor, dass an den bulgarischen Grenzen bis 1989 mindestens 400 Personen durch Waffeneinsatz getötet wurden.

Um der Flucht von DDR-Bewohnern über Bulgarien in den Westen vorzubeugen, kooperierte die Stasi in Berlin ab 1954 und insbesondere ab 1967 mit dem bulgarischen Partnerdienst. Gleichzeitig entsandte die Stasi eigene Leute nach Bulgarien, die in Observationsgruppen mit bis zu 20 Mitgliedern agierten oder sich unter DDR-Urlauber mischten, um deren Fluchtpläne aufzudecken.

Das war eine Reaktion der SED-Führung in Ost-Berlin auf die steigende Anzahl von Fluchten über Bulgarien nach dem Mauerbau im August 1961. 1962 registrierte die bulgarische Staatssicherheit 89 Fluchtversuche von DDR-Bürgern, von denen neun erfolgreich waren. Drei Jahre später gab es bereits 140 solcher „Grenzverletzungen“, davon 30 mit positivem Ausgang für die Flüchtlinge. Und 1966/67 zählte der DS jeweils fast 300 „Angriffe auf die Grenze“ durch Deutsche.

Alles in allem sollen rund 2000 Menschen aus der DDR versucht haben, über Bulgarien in den Westen zu gelangen, und etwa 500 schafften dies auch. Der Rest wurde festgenommen und zur Aburteilung in die „Heimat“ überstellt. Außer-

dem endete der Versuch, den Eisernen Vorhang auf dem Balkan zu überwinden, für mindestens 16 DDR-Bürger mit dem Tod. Das Vorgehen der bulgarischen Grenzer dabei lief mehrfach auf lupenreinen Mord hinaus.

Typisch ist hier beispielsweise der Fall von Günter Pschera, der sich am 31. August 1967 gemeinsam mit seinem Freund Peter Müller an die bulgarisch-türkische Grenze bei Evrenezovo heranschlich. Das bemerkten einige Kinder, die sogleich den Bürgermeister Vasil Dimitrov benachrichtigten, der seinerseits die Grenztruppen alarmierte. Bei Anbruch der Nacht kampierten Pschera und Müller in einer Sandgrube drei Kilometer vor der Grenze. Dort trafen kurz nach Mitternacht vier Grenzer ein. Die Soldaten feuerten ohne jegliche Vorwarnung aus fünf Metern Entfernung auf die Schlafenden und prügelten dann auch noch mit ihren Gewehrkolben auf die Angeschossenen ein. Pschera starb infolgedessen, während Müller trotz zweier Treffer in den Bauch überlebte und nach Ost-Berlin ausgeflogen wurde, wo er wegen des Versuchs des „ungesetzlichen Verlassens der DDR über das sozialistische Ausland“ ins Gefängnis wanderte. Um ihren Mord zu kaschieren, drückten die bulgarischen Grenzer dem toten Pschera ein Messer in die Hand und fälschten Fußspuren am Grenzzaun, wonach sie dann von

einem „scharfen Gefecht mit den Grenzverletzern“ fabulierten.

Das zweite markante Beispiel für einen bulgarischen Grenzermord ist die Erschießung von Brigitte von Kistowski und Klaus Prautzsch am 13. August 1975 an der griechischen Grenze bei Dospat. Obwohl sich die beiden Flüchtlinge schon auf dem Territorium des Nachbarlandes befanden, wurden sie mit 140 Schüssen in den Rücken niedergestreckt und dann tot auf bulgarischen Boden zurückgezerrt.

Ebenso deutet im Falle von Reinhard Poser aus dem damaligen Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, vieles auf Mord hin. Der 21-Jährige soll sich am 8. August 1974 bei Rezovo „mit dem Gesicht zum Landesinnern in Richtung Türkei bewegt“ haben, als die bulgarischen Grenzer das Feuer auf ihn eröffneten, woraufhin er 20 Meter vor der türkischen Grenze verstarb. Dass Poser im Rückwärtsgang fliehen wollte, erscheint vollkommen absurd – vielmehr war er wohl im Begriff, sich zu ergeben, als die Kugeln ihn frontal trafen.

Bezeichnend ist des Weiteren der Fall von Frank Schachtschneider. Dessen Tötung am 19. August 1988 wurde von den Grenzern damit erklärt, einer ihrer Spürhunde habe sich in den Arm des Schützen Pantelejmonov verbissen, woraufhin aus einem Warnschuss ein versehentlich Volltreffer in den Hinterkopf geworden sei.

Dubios waren darüber hinaus die Umstände des Todes der gleichermaßen mit Kalaschnikow-Feuerstößen niedergestreckten DDR-Bewohner Werner Gambke, Karl-Heinz Engelmann, Siegfried Gammisch, Wera Sanders, Eberhard Melichar, Bernd Schaffner, Rudolf Nettbohl, Detlef Heiner, Andreas Stütznner und Michael Weber. Auch hier muss man vom ungerechtfertigten Gebrauch der Waffe ausgehen.

Perfide war indes nicht nur die Tötungslust mancher bulgarischer Grenzer, sondern auch deren Umgang mit den Opfern. Bis Mitte der 70er Jahre wurden diese anonym im Grenzstreifen verscharrt. Erst der massive Protest der Angehörigen über das Internationale Rote Kreuz erzwang einen würdigeren Umgang mit den sterblichen Überresten.

Die juristische Aufarbeitung des bulgarischen Grenzregimes und der illegalen Tötung von Flüchtlingen unterblieb bis zum heutigen Tag. Viele Akten des DS und der Grenztruppen verschwanden nach und nach, sodass nur noch Teile der Unterlagen erhalten blieben. Proteste der Bundesregierung gegen das bulgarische Vorgehen gab es bis heute keine, und eigene Ermittlungen zur Identifizierung der Täter stellten die deutschen Behörden auch niemals an. Bulgarien in die NATO und EU zu integrieren, hatte wohl Vorrang für Berlin. *Wolfgang Kaufmann*

VON JENS EICHLER

Jimmy Hoffa war wohl eine der schillerndsten und zugleich umstrittensten Figuren der amerikanischen Arbeiterbewegung des vergangenen 20. Jahrhunderts. Sein Aufstieg vom einfachen Lagerarbeiter zum mächtigen Präsidenten der Teamsters-Gewerkschaft, seine engen Verbindungen zur Mafia und sein mysteriöses Verschwinden 1975 haben ihn zu einer Legende gemacht, deren Geschichte bis heute fasziniert.

James Riddle Hoffa wurde am 14. Februar 1913 in Brazil, Indiana, geboren. Nach dem frühen Tod seines Vaters zog die Familie nach Detroit, wo Hoffa die Schule verließ und verschiedene Jobs annahm. Seine erste Begegnung mit der Arbeitswelt prägte ihn nachhaltig: Als Lagerarbeiter bei der Kroger Food Company organisierte er 1932 einen erfolgreichen Streik, der eine Lohnerhöhung zur Folge hatte. Dieser Erfolg markierte den Beginn seiner Karriere als Gewerkschafter. Denn plötzlich hatte Hoffa vom süßen Nektar des Erfolgs gekostet.

Hoffa trat der International Brotherhood of Teamsters (IBT) bei und stieg schnell in den Reihen auf. 1957 wurde er zum Präsidenten dieser einflussreichen Gewerkschaft gewählt, die unter seiner Führung über die Jahre hinweg zur größten in den Vereinigten Staaten wurde – immerhin mit über 2,3 Millionen Mitgliedern. Er war bekannt für seine charismatische Art und seine Fähigkeit, die Interessen der Arbeiter energisch zu vertreten.

Verbindungen zur Mafia

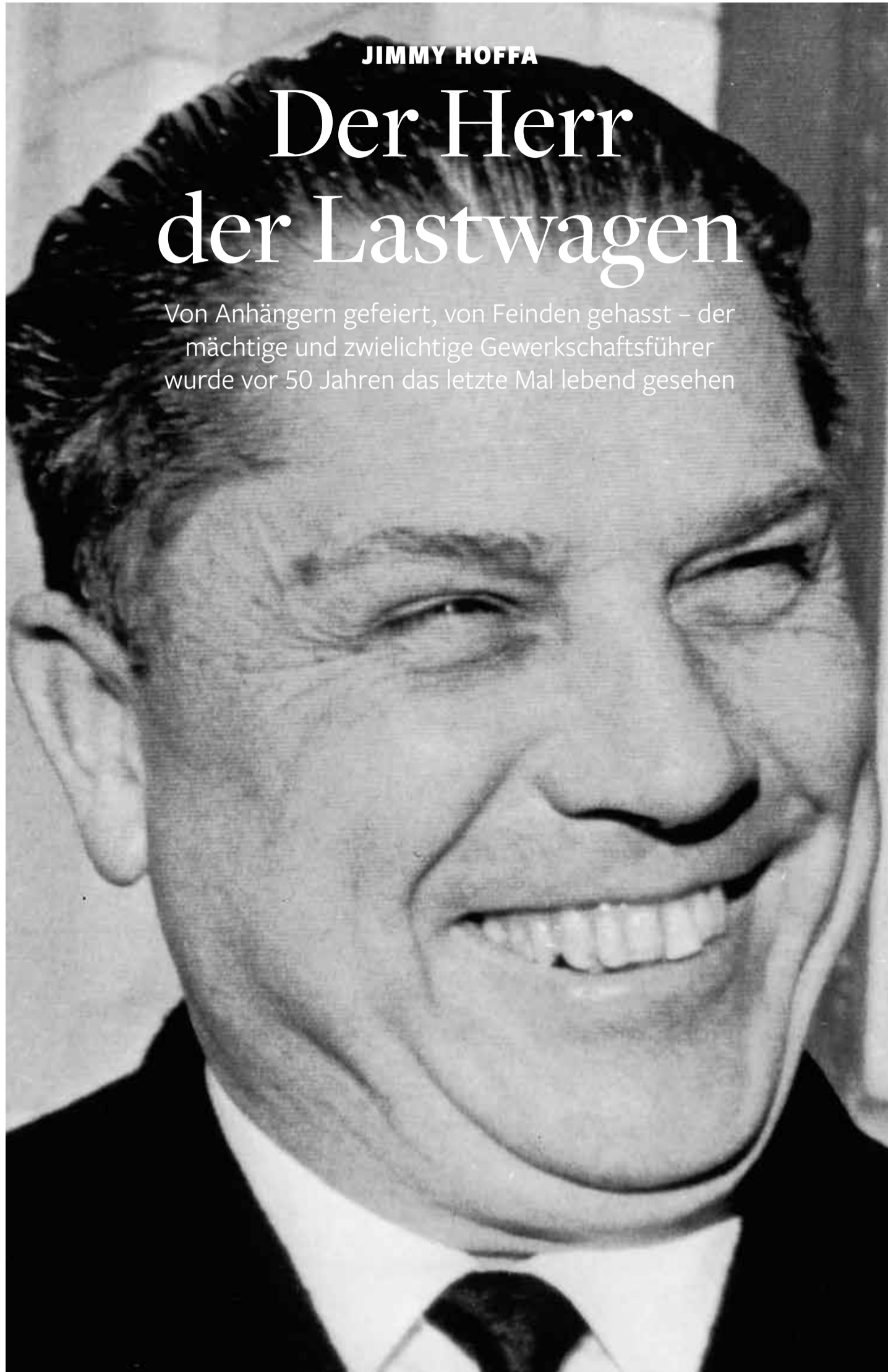
Hoffas Aufstieg war jedoch nicht frei von Gerüchten, heimlichen Anschuldigungen und Kontroversen. Denn er pflegte offenkundig enge Beziehungen zur Mafia, insbesondere zur Cosa Nostra, und nutzte diese Verbindungen, um die Macht der Teamsters zu festigen. Der von ihm mitgegründete Central States Pension Fund wurde genutzt, um Mafia-Projekte wie den Bau von Casinos in Las Vegas zu finanzieren.

Die gute Verbindung Hoffas zur Cosa Nostra war durch einen Zufall zustande gekommen: Seine Ex-Freundin Sylvia Pivano, mit der er vier Jahre lang zusammengelebt hatte, heiratete einen kleinen Mafioso und wurde schließlich, nachdem die Liebe erloschen war, die Freundin von Frank Coppola.

Dieser gute Kontakt war für Hoffa deshalb wiederum so wichtig, weil die Mobster sich bisher immer klar auf die Seite der Unternehmen geschlagen hatten. Die Schlägereien in New York – beispielsweise die sogenannten Labor Slugger Wars – sind bis heute legendär. Hoffa konnte nun 1937 Coppola und damit die Mafia davon überzeugen, sich bei den Arbeitskämpfen herauszuhalten. Hoffa und die IBT gewannen ihren Streik und die Gewerkschaft konnte durch diesen Erfolg etwa 4000 neue Mitglieder gewinnen.

Griff in die Gewerkschaftskasse

Um Präsident der IBT zu werden, akzeptierte Hoffa eine Reihe sogenannter paper locals. Das waren schlichte Niederlassungen der Gewerkschaft, die aber von der Mafia kontrolliert wurden. Hierfür war Johnny Dioguardi zuständig, ein Mitglied der Lucchese-Familie aus New York. Darüber hinaus übten in anderen Filialen häufig verschiedene Schläger oder sonstige Angehörige der Mafia die eigentliche Kontrolle aus oder waren in sogenannten no-show jobs untergebracht; das bedeutet, sie standen auf der Lohnliste der jeweiligen Niederlassung, aber waren zu keinem Zeitpunkt in irgendeiner Form persönlich vor Ort oder leisteten echte, ehrliche Gewerkschaftsarbeit. Außerdem ließ zum Beispiel Anthony „Tony Ducks“ Corallo, Boss der Lucchese-Familie, im „local 239“ in New York City Beschäftigte abrechnen, die nur auf dem Papier existierten. So wurden dort monatlich rund 69.000 US-Dollar aus der Gewerkschaftskasse abgeschöpft.



Der charismatische Gewerkschaftsführer James alias Jimmy Hoffa nach einer Anhörung am 20. Januar 1964 in Chattanooga. Hoffa war von 1957 bis 1971 Präsident der einflussreichen Teamsters Union
Bild: picture-alliance / dpa | UPI

James Squillante, der zu den Killern von Albert Anastasia gehörte, war als „King of the garbage collection racket“ (König des Abfallwirtschaftsverbrechen) bekannt. Die Infiltration der Müllwerker durch die Mafia in New York City verlief parallel zu der Entwicklung bei der Teamsters-Gewerkschaft insgesamt – zu der die Müllwerker gehörten – und begann bereits 1955, als sich die Müllwerker über das „Local 813“ der Gewerkschaft organisierten, das ab den 1960er Jahren dann von James Failla aus der Gambino-Familie beherrscht wurde.

All diese Verbindungen brachten Hoffa immer schärfer ins Visier der Justiz. Bis 1964 die Handschellen klickten und er in zwei separaten Prozessen wegen Bestechung, Verschwörung und Betrugs verurteilt wurde. Hoffa trat 1967 eine 13-jährige Haftstrafe an. Doch trotz seiner Inhaftierung blieb er Präsident der mächtigen Teamsters und erhielt weiterhin ein hohes Gehalt sowie großzügige Unterstützung bei seinen Anwaltskosten.

Im Jahr 1971 wurde Hoffa vom damaligen US-Präsident Richard Nixon begnadigt – unter der Bedingung, dass er sich bis 1980 nicht mehr weiter gewerkschaftlich betätigen würde. Hoffa ignorierte die-

se Auflage und versuchte, seine Position bei den Teamsters zurückzugewinnen, was zu einem erbitterten Machtkampf mit den damaligen IBT-Köpfen führte. Der Konflikt eskalierte, wobei Gewalt und Einschüchterung übliche Mittel waren.

Von der Leiche zu Filmruhm

Am 30. Juli 1975 verschwand Hoffa spurlos. Er hatte sich mit dem Mafiaboss Anthony Giacalone und dem Gewerkschaftskollegen Anthony Provenzano im Restaurant Machus Red Fox in Bloomfield Hills, Michigan, verabredet. Beide bestritten später, ein Treffen geplant zu haben, und präsentierten Alibis. Hoffas Auto wurde unverschlossen auf dem Parkplatz des Restaurants gefunden, von ihm selbst aber fehlte jede Spur.

Augenzeugen berichteten, dass Hoffa in ein anderes Fahrzeug eingestiegen sei. Später entdeckte das FBI Hoffas DNA in einem Auto, das von seinem Vertrauten Charles „Chuckie“ O’Brien genutzt wurde. Trotz intensiver Ermittlungen und zahlreicher Theorien über seinen Verbleib wurde Hoffa oder seine Leiche nie gefunden. Erst sieben Jahre später, im Jahr 1982, wurde der „Herr der Lastwagen“ offiziell für tot erklärt.

Das Verschwinden von Jimmy Hoffa hat zahlreiche Theorien hervorgebracht. Einige glauben, er sei von der Mafia ermordet und seine Leiche in einer Schrottpresse entsorgt worden. Andere vermuten, er sei in einem Stahlfass vergraben oder in einem Stadion einbetoniert worden. Trotz diverser Suchaktionen, darunter Ausgrabungen auf Farmen und Müllhalden, blieb jede Spur erfolglos.

Hoffas Leben wurde mehrfach verfilmt, darunter „Hoffa“ mit Jack Nicholson oder „The Irishman“ mit Al Pacino. Diese Darstellungen haben dazu beigetragen, Hoffas Legende als charismatischer, aber umstrittener Führer zu festigen.

Faszination einer zwielichtigen Person

Jimmy Hoffa bleibt eine faszinierende Figur der amerikanischen Geschichte. Sein Engagement für die Rechte der Arbeiter, seine Verbindungen zur organisierten Kriminalität und sein ungeklärtes Verschwinden machen ihn zu einem Symbol für die Komplexität der Machtstrukturen in der Arbeitswelt des 20. Jahrhunderts. Seine Geschichte ist ein Spiegelbild der Spannungen zwischen Idealismus und Korruption, Loyalität und Verrat.

HANS FALLADA

Kulturtag und Ausstellung in Carwitz

Auch dieses Jahr nimmt die Hans-Fallada-Gesellschaft den Geburtstag von Hans Fallada beziehungsweise Rudolf Wilhelm Friedrich Ditzten am 21. Juli zum Anlass, mit dem Literaturzentrum Neubrandenburg und in Kooperation mit der Stiftung Mecklenburg zu Hans-Fallada-Tagen einzuladen. Es sind die 34., und diesmal sind sie mit der Sonderausstellung „Bühne frei für Fallada – Plakate und Programme“ kombiniert, die im Scheunensaal des Hans-Fallada-Museums zu sehen ist, in dem die meisten Programmpunkte stattfinden. Beim Hans-Fallada-Museum in Carwitz, einem Ortsteil der Gemeinde Feldberger Seenlandschaft im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg-Vorpommern, direkt an der Grenze zum Land Brandenburg, handelt es sich um das ehemalige Eigenheim des Erzählers, das er von 1933 bis 1944 mit seiner Familie bewohnte und in dem 1995 die Hans-Fallada-Gesellschaft den Museumsbetrieb aufgenommen hat. Zu dem Areal gehört auch eine ehemalige Scheune mit einem „Scheunensaal“ genannten modernen Veranstaltungsraum.

In jenem Raum geht es am 18. Juli um 16 Uhr los mit den diesjährigen Hans-Fallada-Tagen. Der Eröffnung durch den Vorsitzenden der Hans-Fallada-Gesellschaft, Michael Töteberg, folgt unter anderem die Präsentation der Sonderausstellung mit dem Germanisten, Historiker, Buchautor und Schuldirektor i.R. Johannes Matthias Schläpfer-Wochner. Ab 20 Uhr liest der Autor Michael Kleeberg zugunsten des Hans-Fallada-Museums aus seiner „Karlmann-Trilogie“.

Der nächste öffentliche Programmpunkt ist am darauffolgenden Nachmittag eine Kinderveranstaltung am gewohnten Ort. Falk Ulke spielt ab 15 Uhr das von ihm stammende Puppentheaterstück „Mäuseken Wackelohr“ nach Falladas „Geschichten aus der Murkelei“. Eine halbe Stunde nach dem Theaterstück, also um 15.30 Uhr, beginnt in der Dorfkirche Carwitz eine Lesung mit der Autorin sowie Hans-Fallada- und Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin Helga Schubert: „Das Böse im historisch Guten“ oder „Warum schreiben?“ Um 19 Uhr folgt wieder im Scheunensaal eine Lesung mit dem Autor und Kabarettisten Bernd-Lutz Lange: „Café Continental“ und „Freie Spitzen“. Bei schlechtem Wetter ebenfalls im Scheunensaal, sonst im Innenhof zwischen diesem und dem Hauptgebäude, wird ab 22 Uhr im Rahmen der 20. Carwitzer Museumsnacht der gut einstündige deutsche Film „Kuhle Wampe oder: Wem gehört die Welt?“ vorgeführt.

Der dritte und letzte der Kulturtage beginnt um 10.30 Uhr am Grab Falladas auf dem Alten Friedhof Carwitz mit einer Ehrung des gebürtigen Pommern zu seinem 132. Geburtstag. Lutz Dettmann liest, Johannes Groh spielt auf dem Cello. Wieder im Scheunensaal hält der Pantomime Elie Levy einen Vortrag über die „Geheimnisse der Körpersprache“. Den Abschluss bildet ab 16 Uhr im Museum ein literarisch-musikalischer Gartenrundgang mit Museumsleiter Stefan Knüppel, der Schauspielerin Carina Wiese und dem Harfenisten Niels Badenhop. PAZ

● Nähere Informationen erteilt das Hans-Fallada-Museum Carwitz, OT Carwitz, Zum Bohnenwerder 2, 17258 Feldberger Seenlandschaft, Telefon (039831) 20359.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vorhersagen sind schwierig, vor allem, wenn sie die Zukunft betreffen.“ So lautet ein beliebtes Bonmot, das unter anderem Mark Twain und Winston Churchill zugeschrieben wird. Ursache vieler fehlerhafter Prognosen ist, dass das Verhalten von hochkomplexen Systemen wie der Weltwirtschaft oder dem Klima von unzähligen Faktoren bestimmt wird.

Ungeachtet dessen propagierte der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas 1979 eine „Zukunftsethik“, welche auf dem Ausmalen der Folgen von „ganz gewiss“ eintretenden Katastrophen beruht: Weil der Mensch oftmals unfähig sei, auf rationale Weise zu begreifen, dass sein Tun negative Konsequenzen haben werde, müsse man dafür sorgen, dass ihm aus Furcht das Blut in den Adern gefriere.

Jonas' Ideen griff der einflussreiche französische Präsidentenberater Jacques Attali während der Schweinegrippe-Pandemie von 2009 auf: „Die Geschichte lehrt uns, dass die Menschheit nur dann signifikante Fortschritte erzielt, wenn sie wirklich Angst hat.“ Hieran anknüpfend entwickelte Attalis Landsmann, der Ingenieur und Philosoph Jean-Pierre Dupuy, nachfolgend sein Konzept des Katastrophismus.

Das Konzept läuft im Kern darauf hinaus, in möglichst aggressiver Weise schockierende Worst-Case-Szenarien zu verbreiten, also die denkbar schlimmste Entwicklung als die einzig mögliche hinzustellen. Der Zweck des Ganzen ist dabei, einen gesellschaftlichen Ausnahmezustand herbeizuführen, aus dem dann die erwünschten Neuerungen erwachsen können.

Ein zutiefst elitäres Projekt

Dabei argumentiert der Katastrophist stets und ständig „vom Ende her“ – eine Herangehensweise, die auch typisch für die langjährige Bundeskanzlerin Angela Merkel war, als es beispielsweise um den Atomausstieg ging: Statt aus der gegenwärtigen Position in eine ungewisse, aber grundsätzlich offene Zukunft zu blicken und sämtliche Chancen und Risiken einzukalkulieren, werden ultimative Schreckensszenarien wie eine Nuklearkatastrophe beschworen, um aus diesen Schreckbildern sogleich „alternativlose Lehren“ für die Gegenwart und die angeblich unhinterfragbare Vorgehensweise zu ziehen.

Das beeinflusst letztlich sogar die Sprache. So kommen vor allem solche Formulierungen zum Einsatz, die einen Abschluss suggerieren, obwohl dessen Eintreten überhaupt nicht sicher ist. Erinnert sei hier beispielsweise an die legendäre Prognose von Merkels Gesundheitsminister Jens Spahn vom November 2021



Bizarrer Endzeitkult: Anhänger der Klimasekte „Extinction Rebellion“ bei einem Auftritt in New York im April 2022

Bild: picture alliance / NurPhoto | Karla Ann Cote

PSYCHOLOGIE

Wie die Drohung mit der Apokalypse zum Machtinstrument wird

„Katastrophismus“ als Herrschaftsstrategie: Mit der Angst der Menschen lassen sich Kritik und Diskussion ersticken – und politischer Wille umso leichter durchsetzen

hinsichtlich der Corona-Entwicklung: „Wahrscheinlich wird am Ende des Winters so ziemlich jeder in Deutschland geimpft, genesen oder gestorben sein.“ Des Weiteren verwenden die Katastrophisten statt des Wortes „kann“ sehr viel lieber den Begriff „muss“: Angesichts des drohenden Unheils müsse man dies und jenes tun oder unterlassen.

Ansonsten ist der Katastrophismus auch ein zutiefst elitäres Projekt, denn er basiert auf der Annahme, dass nur wenige Auserwählte in der Lage seien, die Gefahr in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen. Das gilt nicht bloß für die angeblichen Corona-Weisen vom Schlage eines Christian Drosten oder Karl Lauterbach, sondern ebenso auch für Klimaforscher und all jene Politiker, welche nun zur Rettung „unserer Demokratie“ vor dem Faschismus blasen, der ihrer Meinung nach in Gestalt der AfD daherkommt. Damit die Menschen, welche mit Hilfe

der Technik der Verhaltenssteuerung durch katastrophistische Schwarzmalerei beherrscht werden sollen, bereit sind, sich von dem vorhergesagten Ungemach beeinflussen zu lassen, müssen sie die ersten Auswirkungen der kommenden Katastrophe bereits in der Gegenwart zu spüren bekommen. So werden heute zentrale Wetterdaten manipuliert, damit der Eindruck entsteht, dass wir uns schon inmitten der klimabedingten Apokalypse befinden.

Verantwortliche scheuen Korrektur

Die katastrophistische Verhaltensmanipulation funktioniert allerdings nur, wenn außer den Medien auch ein wesentlicher Prozentsatz der Bevölkerung mitspielt: Je mehr Leute involviert sind, desto glaubwürdiger wird das Ganze. Daher auch der Druck, wenn die Menschen nicht freiwillig Teil des Katastrophenszenarios werden wollen. Dann hagelt es beispielsweise

Vorschriften zum Klima- und Umweltschutz oder medizinisch nicht gedeckte Corona-Regeln (etwa die medizinisch unsinnige Maskenpflicht im Freien), um die Masse auf Linie zu bringen, wonach deren erzwungenes Verhalten als Beweis für den „Ernst der Lage“ dient. Das äußere Erscheinungsbild der Bürger sollte die Katastrophensituation befeuern.

Nicht selten artet eine solche Verhaltenssteuerung in physische oder psychische Gewalt aus, wie die Corona-Pandemie mit ihren rigorosen Polizeieinsätzen oder dem Mobbing gegen Ungeimpfte ebenfalls eindrücklich zeigte. Ansonsten gilt: Wenn sich eine Gesellschaft erst einmal durch negative Illusionen von der Zukunft und die dadurch ausgelöste Massenhysterie auf den Weg der Verblendung begeben hat, dann führt häufig kein Weg mehr zurück – zumal die Verantwortlichen alles dafür tun, dass nachträgliche Korrekturen der von

ihnen vermittelten Wahnbilder unterbleiben. Deshalb werden hierzulande wohl nicht einmal die Lügner, welche den Ausstieg aus der Kernenergie herbeigeführt haben, vor Gericht landen. Dafür ist eine vom Katastrophismus zermürbte Gesellschaft außerdem auch viel zu lethargisch.

Dabei stehen dem Einzelnen durchaus Mittel und Wege zur Verfügung, um sich aus der katastrophistischen Falle zu befreien. Hierzu gehört der Blick auf die Vergangenheit: Unerfreuliche Vorhersagen für die Zukunft gab es schon immer, aber wie viele davon sind eingetroffen und wie viele nicht? Die hohe Fehlerquote der Katastrophisten zeugt von deren Unfähigkeit, brauchbare Prognosen abzuliefern. Darüber hinaus sollte jeder mündige Bürger danach streben, wichtige Dinge selbst in die Hand zu nehmen und Entwicklungen aktiv zu steuern, wo immer dies möglich ist.

MOGELN MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ

Das Plagiat aus dem Rechner

Studie deckt auf: Manche Forscher verwenden ChatGPT für ihre Texte, ohne das Hilfsmittel offenzulegen

Das seit Ende 2022 verfügbare, auf Künstlicher Intelligenz (KI) beruhende Sprachmodell ChatGPT wird mittlerweile wie weitere Tools (OpenAI, Grok etc.) häufig bei der Erstellung von Texten herangezogen, obwohl es zahlreiche Mängel aufweist. So liefert ChatGPT immer wieder veraltete, ungenaue, irreführende oder falsche Antworten – manchmal phantasiert die KI sogar „Informationen“ herbei, wenn ihre Suche nach relevantem Wissen nichts Verwertbares ergab.

Das passiert selbst in dem Fall, in dem der Befehl vorliegt, nur auf nachweislich existierende Quellen zurückzugreifen. Ansonsten fällt auf, dass ChatGPT oft

überfordert ist, sobald es um detaillierte Kenntnisse über einen Sachverhalt geht. Deshalb haben die großen wissenschaftlichen Fachverlage wie Springer, Wiley oder Elsevier alsbald enge Grenzen bei der Nutzung von Sprach-KI-Modellen im Zuge der Erstellung von Artikeln gesetzt: Die Programme dürfen lediglich zur Korrektur der Texte verwendet werden, wobei die Autoren eine solche Hilfe zudem ausdrücklich angeben müssen.

Es ist also untersagt, Inhalte von Sprach-KI-Tools generieren zu lassen. Doch genau dagegen verstoßen offensichtlich etliche Forscher, wie der polnische Informatikspezialist Artur Strzelecki von

der Universität Kattowitz in einem dieses Jahr veröffentlichten Aufsatz für das Magazin „Learned Publishing“ nachwies.

Darin präsentiert Strzelecki das Ergebnis seiner Auswertung von Beiträgen in Fachzeitschriften oder auf wissenschaftlichen Online-Veröffentlichungsplattformen im Zeitraum zwischen November 2022 und September 2024. Anhand der für ChatGPT typischen Formulierungen und Fehlleistungen bei der Texterstellung fand er 1362 durch die Sprach-KI verfasste Artikel, wobei deren „Autoren“ in aller Regel nicht auf die unerlaubte Hilfestellung hingewiesen hatten. 89 solcher Beiträge mit fehlender Kennzeichnung haben es sogar

in renommierte Blätter geschafft. Besonders betroffen waren laut Strzelecki Fachjournale aus den Bereichen Medizin, Informatik und Ingenieurwissenschaften mit 19, 17 und 16 Artikeln, die von ChatGPT angefertigt wurden. Aber auch Umwelt-Forscher, Soziologen, Pädagogen, Management-Experten und Wirtschaftswissenschaftler haben sich wiederholt von der KI die Arbeit abnehmen lassen, ohne dies – so wie vorgeschrieben – zu erwähnen.

Angesichts von 2,5 Millionen vor der Veröffentlichung geprüften Beiträgen in Fachmagazinen allein im Jahr 2023 scheinen die von Strzelecki aufgedeckten Fehltritte kein sonderliches Gewicht zu besit-

zen. Allerdings gibt es sicher auch zahlreiche Autoren, welche die verräterischen ChatGPT-Merkmale kennen und ihr Tun besser verbergen. Darüber hinaus können falsche Informationen in führenden Journalen Schneeballeffekte erzeugen, wenn sie sich innerhalb der Forscher-gemeinde verbreiten. Und natürlich sinkt auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft, welche heutzutage ohnehin schon unter einem schweren Glaubwürdigkeitsproblem leidet. W.K.

Persönlicher Nachsatz: Der Verfasser dieses Artikels schreibt seine Texte für die PAZ weiterhin ohne jedwede Verwendung von KI-Sprachmodellen.

ALLENSTEIN

Die Altstadt lädt dazu ein, neu entdeckt zu werden

Belebung des historischen Zentrums als Ziel – Politiker, Geschäftsleute und Bürger ziehen seit diesem Sommer an einem Strang

VON DAWID KAZANSKI

Die Altstadt von Allenstein beginnt sich in diesem Sommer spürbar zu erholen. Nach den vergangenen, von der Pandemie und Inflation geprägten Jahren, in denen Gastronomen und Geschäftsleute über schwindende Besucherzahlen, mangelnde Veranstaltungen und vernachlässigte Infrastruktur klagten, setzt die Stadtverwaltung nun konkrete Maßnahmen um, die den frischen Wind bringen.

Stadtpräsident Robert Szewczyk zeigt dabei sowohl Entschlossenheit als auch Offenheit. Im direkten Dialog mit Anwohnern und Unternehmern werden Probleme benannt, und es wird gemeinsam nach Lösungen gesucht. Und erste Ergebnisse sind bereits spürbar.

Wesentlicher Baustein der Wiederbelebung ist die verbesserte Erreichbarkeit der Altstadt. Die Einführung nächtlicher Straßenbahnfahrten zwischen den südlich gelegenen Stadtteilen und dem Zentrum ermöglicht auch abendliche Besuche. Gleichzeitig wurden die Bedingungen für die Außengastronomie gelockert, was vielen Restaurants erlaubt, Biergärten zu betreiben. Das verleiht dem historischen Stadtkern einen fast mediterranen Charme.

Einen entscheidenden Beitrag zur Neubelebung der Stadt leistet die neu eingeführte Stelle eines Koordinators für die Entwicklung des Innenstadtbereiches, der die Altstadt ganzjährig betreut. Es handelt sich um ein aktives Bindeglied zwischen Stadtverwaltung, Künstlern, Geschäftsleuten und Bewohnern. Das Management behandelt konkrete Problemfelder, plant Veranstaltungen, stimmt Genehmigungen effizienter ab und kümmert sich um die ästhetische und funktionale Aufwertung des öffentlichen Raums. Es sorgt dafür, dass Maßnahmen nicht isoliert, sondern im städtischen Gesamtbild gedacht werden: von der Beleuchtung über die Reinigung



Buntes Treiben in Allenstein: Zahlreiche Händler bieten an ihren Ständen Produkte aus der Region an

Foto: D.K.

bis hin zur Einrichtung des Stadtraums. Auch kleinere Details wie die Entfernung beschädigter Werbetafeln, neue Wegweiser oder saisonale Dekorationen fallen in diesen Aufgabenbereich.

Das Ziel ist klar: eine lebenswerte, attraktive und ganzjährig belebte Altstadt zu schaffen. Gleichzeitig bringen sich auch die Unternehmer der Altstadt aktiv ein und haben eine Liste konkreter Forderungen an den Stadtpräsidenten übergeben. Sie

drängen unter anderem auf finanzielle Mittel zur Sanierung der historischen Hausfassaden, deren gegenwärtiger Zustand vielerorts den Eindruck von Vernachlässigung hinterlässt. Auch das schwache oder fehlende Licht in abgelegeneren Gassen wird als Problem benannt. Für viele Betreiber ist das nicht nur ein Sicherheitsaspekt, sondern auch eine Frage der Atmosphäre. Zudem schlagen sie die Einführung ganzjähriger Außengastronomie

vor. Gemeint sind feste, beheizbare Biergärten, die auch in der kalten Jahreszeit Gäste anziehen könnten. Ein zentrales Anliegen bleibt die bessere Anbindung der Altstadt an andere Stadtteile mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Denn ohne gute Erreichbarkeit bleiben selbst die besten Angebote ungenutzt.

Das Resultat der jüngsten Bemühungen ist ein reiches Sommerprogramm mit rund 150 kostenlosen Veranstaltungen, das

Besucher aller Altersgruppen anzieht. Besonders erfolgreich waren in diesem Zusammenhang Unterhaltungsangebote rund um den Kindertag, die nicht nur die Altstadt füllten, sondern auch den Gastronomen einen spürbaren Umsatzschub bescherten. Ein positives Signal, das Hoffnung macht.

150 kostenlose Veranstaltungen

Ein weiterer Höhepunkt ist der neu eingeführte Sonntagsmarkt, der in den Sommermonaten in der Altstadt stattfindet. Hier präsentieren lokale Produzenten und Handwerker ihre regionalen, saisonalen und mit viel Herzblut hergestellten Waren. Frische Kräuter, handgemachte Seifen, Käse von kleinen Höfen oder Honig direkt vom Imker – der Markt bietet ein authentisches Erlebnis für Einheimische wie Touristen.

Die Stadt erhebt keine Standgebühren, sofern die Produkte den hohen Qualitätsanforderungen entsprechen. Das fördert die Vielfalt des Angebots und unterstützt kleine Betriebe auf nachhaltige Weise. Auch die gastronomische Landschaft selbst verändert sich. Mit dem „Orient Café“ wurde beispielsweise ein neues, familiengeführtes Lokal eröffnet, das orientalische Aromen mit Reiseleidenschaft verbindet. Bald wird auch die beliebte Pfannkuchenkette „Manekin“ in das historische Kino „Awangarda“ einziehen. Das lässt sich als ein Zeichen dafür verstehen, dass Unternehmer wieder an das Potential der Altstadt glauben, die nun Schritt für Schritt zu einem lebendigen, kulturell vielfältigen Ort wird. Die Herausforderungen sind groß. Insbesondere im Winter braucht die Altstadt neue Initiativen. Doch erstmals seit Langem arbeiten Stadtverwaltung, Geschäftsleute und Bewohner gemeinsam – mit Ideen und dem festen Glauben daran, dass das Allensteiner Herz wieder höher schlagen kann. Die Altstadt lädt somit dazu ein, neu entdeckt zu werden.

BAHNVERKEHR

In 45 Minuten von Lyck nach Korschen

Der erste Teil der Streckenmodernisierung wurde abgeschlossen – Fertigstellung aller Bauarbeiten im nächsten Jahr

Nach dem Abschluss der Bauarbeiten zwischen Lyck und Lötzen ist seit Juni der erste Teil der Rekonstruktion der Bahnstrecke zwischen Lyck und Korschen fertiggestellt. In der ersten Stufe nach der Inbetriebnahme fahren nun auf der Strecke täglich drei Regionalzugpaare von Lyck mit Zwischenhalten in Woszczellen [Woszczele], Alt Jucha [Stare Juchy], Widminnen [Wydminy] und Schedliska [Siedliska], die für die Strecke 45 Minuten benötigen. Hinzu kommt ein Intercity (IC) zwischen Białystok und Lötzen ohne Zwischenhalt ab Lyck, der 42 Minuten unterwegs ist. Ergänzt wird das Angebot durch fünf Bus-Paare zwischen Lyck und Korschen [Korsze], die eine Stunde und 15 Minuten für die Strecke brauchen. Für den Fahrgastkomfort wurden die Bahnsteiganlagen an den drei Bahnhöfen Lötzen, Widminnen und Alt Jucha umgebaut.

In Lötzen erhielten die Bahnsteige erhöhte Bahnsteigkanten, um den Einstieg in die Züge zu erleichtern. Der Mittelbahnsteig wird über eine Unterführung mit Rampe, der auch Menschen mit ein-

geschränkter Mobilität einen bequemen Zugang bietet, erreicht. Der Zugang vom Hausbahnsteig erfolgt direkt vom Bahnhofplatz aus. Fußgänger können in Lötzen durch einen neuen Tunnel unter den Gleisen in der Straße Unii Europejskiej, der einen Bahnübergang ablöst, sicher zum Stadtstrand gelangen. Die Brücke über den Lötzen-Kanal wurde erneuert und an der Św.-Brunona-Straße entstand ein Eisenbahnviadukt zur Marina.

Die Investition der Polnischen Staatsbahnen PKP in Höhe von umgerechnet gut 153 Millionen Euro wird aus EU-Mitteln – dem operationellen Programm „Infrastruktur und Umwelt“ und dem Europäischen Fonds für Infrastruktur, Klima und Umwelt – kofinanziert. Dafür wurden auf dem 49 Kilometer langen Abschnitt die gesamten Gleise sowie Bauten wie Brücken, Viadukte und Durchlässe vollständig erneuert. Der Zugverkehr wird über neue elektronische Anlagen gewährleistet. 26 Bahnübergänge und Fußgängerüberwege wurden gesichert und zwei Überführungen in Lötzen und Wid-

minnen, die aufgelassene Bahnübergänge ersetzen, verbessern den Straßenverkehr.

Die nächste Phase ist die Strecke von Lötzen nach Korschen, die bis 2026 fertiggestellt werden soll. Hier haben die Gleisarbeiten auf der gesamten Länge begonnen, in Groß Stürlack [Sterlawki Wielkie] wird in Kürze ein Straßenviadukt seiner Bestimmung übergeben, das einen Bahnübergang ersetzt. Die Fertig-

stellung aller Arbeiten am Abschnitt Lötzen-Korschen ist für die Jahresmitte 2026 geplant.

Die Züge zwischen Lyck und Lötzen fahren jetzt noch im Dieselmotortrieb und auch nach Korschen werden zuerst Dieselmotortriebe verkehren. Die Oberleitung ist jedoch schon fertiggestellt beziehungsweise wird mit dem Streckenneubau errichtet. Für die Stromversorgung

müssen neue Umspannwerke gebaut werden. Die Planungsarbeiten und die Einholung behördlicher Genehmigungen sind derzeit im Gange. Die Fertigstellung der Bauarbeiten ist für das dritte Quartal 2026 geplant. Der Wert der Arbeiten beläuft sich auf umgerechnet 67 Millionen Euro aus Mitteln des Nationalen Wiederaufbauplans.

Nach der Inbetriebnahme der elektrifizierten Strecke werden die Züge auf der Strecke Lyck-Lötzen-Korschen doppelt so schnell fahren wie vor der Modernisierung – 160 statt 80 Kilometer pro Stunde. Dadurch verkürzt sich die Fahrzeit Richtung Allenstein um etwa 50 Minuten, die Gesamtreisezeit beträgt dann weniger als zwei Stunden. Güterzüge können mit 120 Stundenkilometern verkehren. Die Elektrifizierung der Strecke reduziert auch die Umweltbelastung und erhöht die Kapazität der Strecke, auf der mehr Züge fahren können. Dadurch kann auch ein attraktiveres Angebot für die Fahrgäste erstellt werden. Manfred E. Fritsche



Fertiggestellter Teilabschnitt: Gleisanlage beim Bahnhof Alt Jucha

BILD: DAMIAN SZTREMOWSKI/PP

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Maeckle, Irmgard, geb. **Pallach**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Topeit, Hermann, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 19. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Ahlgrimm, Edith, geb. **Gaidies**, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Fiedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Holubek, Sonja, geb. **Gall**, aus Wehlau, am 22. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Heybowitz, Horst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Santelmann, Irmgard, geb. **Kijewski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli

Winzel, Helene, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Muchow, Erna, geb. **Rehfeld**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli

Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

Wesolowski, Erna, geb. **Bogumil**, aus Lötzen, am 18. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gohlke, Erna, geb. **Rykowski**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Niederbröker, Margot, geb. **Wachowski**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Schulz, Thea, geb. **Dieckmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gromer, Karola, geb. **Braunschweig**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juli

Hilscher, Erika, geb. **Ohmke**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

Kaminski, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. Juli

Köhler, Gertrud, geb. **Krafft**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Bohn, Elfriede, geb. **Gross**, aus Kunzendorf, Kreis Mohrunen, am 18. Juli

Burkatzki, Wilhelm, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Juli

Erdmann, Lothar, aus Treuburg, am 19. Juli

Fiedrich, Herta, geb. **Zagorny**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Hunger, Ilse, geb. **Reiser**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. Juli

Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Schmidtke, Hildegard, aus Lyck, Morgenstraße 30, am 21. Juli

Schulz, Manfred, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brennemann, Ernst, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli

Dworak, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juli

Glowienka, Helga, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 22. Juli

Marzowka, Margarete, geb. **Kiejewski**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bienert, Erwin, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 22. Juli

Hanke, Werner, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Kaminski, Kurt, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Kukla, Paul, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Ostermeier, Gisela, geb. **Körber**, aus Lyck, Hindenburgstraße 11, am 21. Juli

Röber, Edith, geb. **Saszik**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Schneider, Ruth, geb. **Kronberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Juli

Straka, Hildegard, geb. **Gramatzki**, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 21. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bacher, Dora, geb. **Belgard**, aus Schönwiese, Kreis Preußisch Eylau, am 21. Juli

Dame, Kay, aus Lötzen, am 21. Juli

Glas, Horst, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 24. Juli

Grabowski, Gundula, geb. **Godau**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Hochgräbe, Ingrid, geb. **Marquardt**, aus Rothebude, Kreis Treuburg, am 22. Juli

Malow, Elfriede, geb. **Christochowitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 22. Juli

Pscolla, Helmut, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 20. Juli

Schulz, Ulrich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Juli

Stein, Hildegard, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli

Toll, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Wirsbina, Edith, geb. **Kaliski**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adomeit, Fritz, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 24. Juli

Baltschinat, Hedwig-Elisabeth, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Juli

Boiar, Ernst, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Juli

Brzenk, Helmut, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. Juli

Freitag, Elli, geb. **Luxa**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 22. Juli

Funck, Irmgard, geb. **Tobe**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Gumbold, Christa, geb. **Weinreich**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 24. Juli

Kensy, Herward, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Kiupel, Alfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 23. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Liesenfeld, Anni, geb. **Deptolla**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Manier, Waltraut, geb. **Lendzian**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli

Ross, Elli, geb. **Saborowski**, aus Andreken, Kreis Lyck, am 18. Juli

Sauerbaum, Ingrid, geb. **Olden**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

Steiger, Edeltraud, geb. **Bolscho**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 19. Juli

Widwald, Edith, geb. **Rauch**, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 18. Juli

Wiedwald, Erhard, aus Waltersdorf, Kreis Mohrunen, am 22. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

19. bis 21. September: Geschichtsseminar in Helmstedt

4. bis 5. Oktober: 15. Kommunalpolitischer Kongress (gT) in Allenstein

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal

8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexnat, Gisela, geb. **Reiner**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 19. Juli

Böttcher, Christel, geb. **Lorenz**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 24. Juli

Horch, Martin, aus Fischhausen, am 21. Juli

Kommorowski, Paul, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 23. Juli

Koslowski, Bernd, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 21. Juli

Masberg, Artur, aus Steinau, Kreis Neidenburg, am 20. Juli

Neumann, Herbert, aus Brasdorf, Kreis Samland, am 23. Juli

Schulze, Gerd, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 18. Juli

Zielinski, Gerhard, aus Wachau, Kreis Sensburg, am 14. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Huuck, Marianne, geb. **Sommer**, aus Lochstädt, Kreis Fischhausen, am 20. Juli

Kauert, Edeltraut, geb. **Stach**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 19. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dvoretzki, Evgeny, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 18. Juli

Kemper, Ingrid, geb. **Armin**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 23. Juli

Mahler, Marianne, geb. **Gallein**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 22. Juli

Puzicha, Herbert, aus Kobbelsahl, Kreis Ortelsburg, am 19. Juli

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Sammlungsaufruf: 80 Jahre Flucht und Vertreibung

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung sucht Familienerinnerungen an Flucht, Vertreibung und Ankommen.

Teilen auch Sie die in Ihren Familien überlieferten Erinnerungen an Flucht und Vertreibung. Schreiben Sie auf, was Sie erlebt oder Eltern und Familienangehörige berichtet haben. Suchen Sie nach Tagebüchern, Briefen, Notizen, Fotos oder anderen Dokumenten und helfen Sie mit, diese für kommende Generationen und die Wissenschaft dauerhaft zu bewahren. Das Zeitzeugenarchiv enthält Zeugnisse von Flucht und Vertreibung, die mahnen und berühren. Ihre Geschichte zählt – gegen das Vergessen. Einsendungen per E-Mail an: geschichten@f-v-v.de.

Mehr Informationen im Internet unter www.f-v-v.de oder Telefon (030) 2062998-0.

Das Dokumentationszentrum ist ein einzigartiger Lern- und Erinnerungsort zum Thema Flucht, Vertreibung und Zwangsmigrationen in Geschichte und Gegenwart. Das 2021 eröffnete Haus befindet sich mitten in Berlin unweit des Potsdamer Platzes, Stresemannstraße 90. Dem Publikum bietet es eine Ständige Ausstellung, sehenswerte Sonderausstellungen, eine einladende Bibliothek mit Zeitzeugenarchiv sowie ein vielfältiges Programm mit Führungen, innovativen Workshops und Veranstaltungen.

Veranstaltung

Dienstag, 22. Juli, Einlass um 17.30 Uhr, Beginn um 18 bis 19.30 Uhr, Dokumentationszentrum

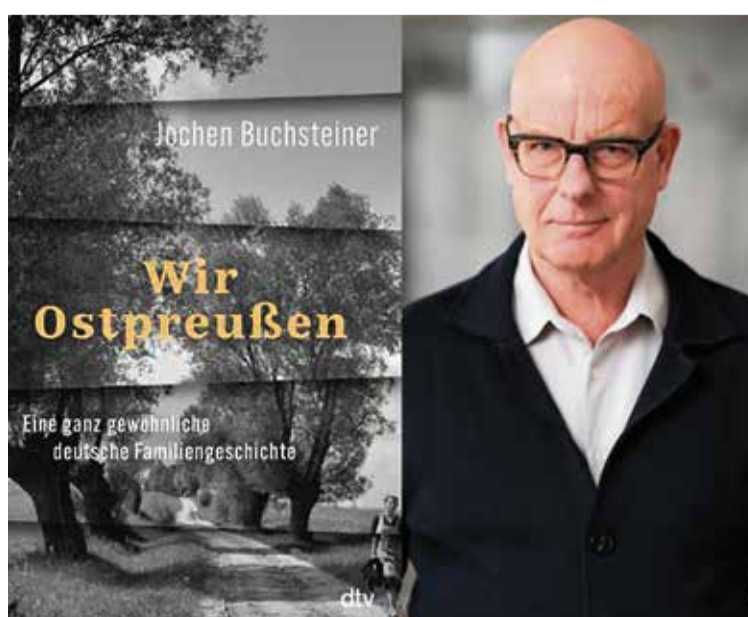
rum Flucht, Vertreibung, Versöhnung: **Wir Ostpreußen – Eine ganz gewöhnliche deutsche Familiengeschichte.**

Der Fluchtbericht seiner Großmutter ist Ausgangspunkt für Jochen Buchsteiner Buch über Ostpreußen. Er verfolgt den Weg der Gutsbesitzerfamilie in den Westen und spürt dabei dem Verlust nach, der nicht nur den Betroffenen entstanden ist. Es entsteht ein Portrait der deutschen Provinz, die in ihrer Tragik, aber auch in ihrer kulturellen Einzigartigkeit sichtbar wird. Eine Familienerzählung, die einen aktuellen Blick auf die deutsche Vergangenheit wagt.

Vor der Lesung und einem Gespräch mit Jochen Buchsteiner begrüßt Dr. Gundula Baven-damm, Direktorin Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Gäste und das Publikum. Die Journalistin Julie Kurz moderiert die Veranstaltung. Im Anschluss gibt es einen kleinen Empfang. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung erforderlich. Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem dtv Verlag.

In der Ausgabe 28 der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vom 11. Juli ist zu diesem Titel eine Rezension erschienen.

Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
Stresemannstraße 90
10963 Berlin
www.flucht-vertreibung-versoehnung.de



Dienstag, 22. Juli: Lesung und Gespräch

Bild: Arnd Hoffmann

Zusendungen für die Ausgabe 31/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 31/2025 (Erstverkaufstag 1. August) **bis spätestens Dienstag, den 22. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Grodeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: grodeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 14. September, 14 Uhr, 13 Uhr Einlass, Hegel-saal der Liederhalle Stuttgart, Berliner Platz 3, Eintritt 5,- Euro: Festveranstaltung zum Tag der Heimat. Stuttgart-Bad Cannstatt – Sonntag, 14. September, 11 Uhr, Mahnmahl für die Opfer von Flucht und Vertreibung im Kurpark beim Kursaal: Kranzniederlegung. Diese Gedenkfeier wird von der Karpatendeutschen Landsmannschaft unter der Leitung von Brunhilde Reitmeier-Zwick gestaltet. Das Grußwort spricht Bernd-Marcel Löffler, Bezirksvorsteher von Stuttgart-Bad Cannstatt.

Der Bund der Vertriebenen (BdV) Landesverband Baden-Württemberg lädt herzlich ein zur zentralen Festveranstaltung zum Tag der Heimat in der Landeshauptstadt Stuttgart. Die diesjährige Veranstaltung steht unter dem bundesweiten Leitspruch: „80 Jahre: Erinnern – Bewahren – Gestalten“. Damit wird an die Geschehnisse von Flucht und Vertreibung vor 80 Jahren erinnert, der kulturelle Beitrag der Heimatvertriebenen gewürdigt und der Blick in eine gemeinsame Zukunft gerichtet.

Den musikalischen Auftakt gestaltet die Blaskapelle der Siebenbürger Sachsen aus Stuttgart. Nach der Begrüßung durch den BdV-Landesvorsitzenden Hartmut Liebscher spricht Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Innern, die diesjährige Festansprache. Durch das Programm führt Moderator Norman Thalheimer. Das Schlusswort übernimmt Pfarrer Franz Pit-zal, geboren in Iglau/Böhmen.

Ein vielfältiges kulturelles Rahmenprogramm verleiht dem Tag der Heimat eine besondere Note. Mitwirkende sind die Jugendtanzgruppe der Siebenbürger Sachsen Ludwigsburg, die Tanzschule „Natalie“ der Deutschen aus Russland, der Chor „Sanktandres“ der Landsmannschaft der Banater Schwaben, das Ungarndeutsche Folklore-Ensemble Wernau, der Chor „Freundschaft“ der Deutschen aus Russland, die Egerländer Familienmusik Hess und die Blasmusik Karpaten-express der Siebenbürger Sachsen.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Ostpreußischer Gottesdienst

Hamburg-Harburg – Sonntag, 27. Juli, 10 Uhr, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9: Ostpreußischer Heimatgottesdienst mit Pastorin Sabine Kaiser-Reiss und anschließendem Gespräch bei Kaffee, Tee und Gebäck im Gemeindefestsaal. Erreichbar mit der Bahn S3 und S5, Station Hamburg-Rathaus; von dort fünf Minuten Fußweg.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender:** Joachim Mross, **Schriftführer:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

GHH – Ferienwoche

Düsseldorf – Montag, 4. August, bis Donnerstag, 7. August, Stiftung

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Tierische Spuren im östlichen Europa Auf den Social Media Kanälen des Deutschen Kulturforums östliches Europa geht es dieses Jahr wild zur Sache: Alle zwei Wochen werden auf Instagram und Facebook ein neues Tier vorgestellt, das im östlichen Europa zuhause ist, sein Unwesen treibt oder anderweitig seine Spuren in Kultur und Geschichte hinterlassen hat. Die vielseitigen Beziehungen zwischen Menschen und Tieren sind oft überraschend, manchmal lustig oder dramatisch. Die Spurensuche führt durch alle Regionen und Zeiten – von den Delfinen im Schwarzen Meer bis zu den Fledermäusen in Siebenbürgen, vom böhmischen Löwen zu den ostpreu-

ßischen Skudden. Dabei werden die jeweiligen Tierarten kurz beschrieben und ihr kulturhistorischer Einfluss auf die Region verdeutlicht. Welche Rolle spielt der Stör in der Donau? Warum ist der Greif ein beliebtes Wappentier? Welche Tiere werden im Krieg eingesetzt?

Auch der Mensch beeinflusst und verändert die Lebensräume der Tiere: Viele der gezeigten Arten sind durch Klimawandel, Überfischung, Tourismus oder Flächenversiegelung vom Aussterben bedroht. Diese Reihe leistet damit einen Beitrag zur Umweltbildung und schärft das Bewusstsein für Themen wie Nachhaltigkeit und Naturschutz. www.youtube.com/@deutsches-kulturforum/shorts



Bild: Deutsches Kulturforum östliches Europa

Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Internet: www.g-h-h.de; Kinderferienwoche: Heimatgeschichten, Geschichte und Natur erleben rund um Düsseldorf.

Der Sommer lädt ein, die Wurzeln der Region zu entdecken. Mit Ausflügen in die nähere Umgebung soll die Geschichte der Bergischen Landes und des Niederrheins erforscht und die Gegend vor der Haustür kennengelernt werden. Burgen, Flüsse und Wälder laden ein, die heimatischen Gefilde zu durchstreifen und mehr über das

Land und seine Nachbarn zu erfahren.

Die Ferienwoche, eine gemeinsame Veranstaltung von Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus und Initiative erLeben e.V., richtet sich an Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren, die ihre (neue) Heimat gemeinsam erkunden möchten.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung bis zum Mittwoch, 30. Juli erforderlich bei: Dr. Sabine Grabowski, Telefon (0211) 16991-13, oder per E-Mail: grabowski@g-h-h.de.

GHH – Ungleiche Worte

Düsseldorf – Donnerstag, 14. August, 19 Uhr: Veranstaltungsreihe „80 Jahre Kriegsende in Europa“ Ungleiche Worte. Margret Boveri (1900–1975), „Tage des Überlebens. Berlin 1945“ und Margaret Bourke-White (1904–1971), „Deutschland, April 1945“, mit Dr. Katja Schlenker und Prof. Dr. Winfrid Halder.

Informationen zu Veranstaltungen der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus unter www.g-h-h.de



Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, **Gst.:** Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 12. bis Sonnabend, 13. September, Hotel Harmonie, Am Pferdemarkt 3: Angerburger Tage mit „Begrüßungsabend“ am Freitag, 19 Uhr, hierzu bitte anmelden, und Gedenken am Patenschaftsstein, Sonnabend, 10.30 Uhr, Mitgliederversammlung, 11 Uhr, Filmvorführung, 14 Uhr, und gemütlichen Beisammensein am Sonnabend.



Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

Geschäftsstelle: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Hedesheim

Kirchengemeinden

Prökuls – Sonntag, 27. Juli, 13 Uhr, Drawöhlen-Friedhof [Drevena]: Feier.

Schwenzeln – Sonntag, 17. August, 13 Uhr, Schwenzeln Friedhof [Svencele]: Feier.

75 Jahre Charta

Stuttgart – Dienstag, 5. August, 13 bis 17 Uhr, Weißer Saal, Neues Schloss, Schlossplatz 4: Zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat am Jubiläumstag mit einem Festakt „75 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, Tag der Heimat, mit einer Festrede des Bundeskanzler Friedrich Merz.

Vor 75 Jahren wurde die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dieses „Grundgesetzes“ der Vertriebenen, am 5. August 1950 in Bad Cannstatt von 30 Vertretern der deutschen Heimatvertriebenen unterzeichnet und öffentlichkeitswirksam am Folgetag in Stuttgart vor den Ruinen des Neuen Schlosses verkündet.

Zu den Unterzeichnern der Charta gehörte auch der Gründer der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM) Dr. Ottomar Schreiber, der im Oktober 1948 die Landsmannschaft Ostpreußen gründete und deren erster Sprecher war. Um dies angemessen zu würdigen, wird der Bund der Vertriebenen seine zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in diesem Jahr am Jubiläumstag sowie am historischen Ort durchführen.

Die Teilnahme am Festakt im Weißen Saal im Neuen Schloss ist nur mit Einlasskarten möglich. Diese sind zu bestellen beim Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn, oder per Mail: info@bdvbund.de. Bereits um 10 Uhr findet eine Kranzniederlegung am Vertriebenenendenkmal im Kurpark Bad Cannstatt statt.

Vertretertag

Fürstenau – Dienstag, 12. August, 9 Uhr, Hotel Wilken, Große Straße 7: Vertretertag.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus

Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Neben Berichten der einzelnen Mandatsträger, Kassenbericht und vorgesehenen Satzungsänderungen stehen auch die Neuwahlen des Bundesvorstands und Kreisvertreter an.

Anregungen und/oder Anträge bis spätestens 5. August postalisch an die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (AdM), Kirschblütenstra-

ße 13, 68542 Heddesheim, oder elektronisch per E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de senden.

Treffen

Köln - Sonnabend, 2. August, 14 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück, Dellbrücker Hauptstraße 61: Treffen der Memellandgruppe Köln. Wie immer besteht die Möglichkeit ab 13 Uhr ein Mittagessen einzunehmen. Ingrid Schröder, 1. Vorsitzende Gruppe Köln

35 Jahre Verein Heide

Heydekrug - Am 31. Mai hatte der zur AdM gehörende Verein Heide in den Garten ihres Vereinshauses zur Jubiläumsfeier eingeladen und rund 100 Vereinsmitglieder und Gäste kamen. Die Vorsitzende Gerlinda Stunguriane begrüßte die Besucher und erinnerte an die Gründung des Vereins im Jahr 1990 und an den Einzug in das Vereinshaus im Jahr 1996. Doch in den vergangenen Jahren hat sich ein Renovierungs- und Reparaturstau gezeigt, der ohne entsprechende finanzielle Mittel nicht behoben werden kann. Obwohl die Vorstandsmitglieder ehrenamtlich tätig sind und keinerlei finanzielle Zahlungen erhalten, die Vermietung der vorhandenen Gästezimmer sehr gering ist, reichen die Mitgliedsbeiträge nur für das Allernötigste. Zum Schluss bedankte sich die Vorsitzende bei den Spendern für das Essen, die Getränken und den Kuchen.

Glückwünsche überbrachten Irena Praskeviciene, Vorsitzende vom Deutschen Kulturverein Kaunas, Mechthild und Dieter Massin aus Ahlen, Heiko Kreßin, Vorsitzender vom Deutschen Kulturverein Memel und Uwe Jurgsties, Bundesvorsitzender der AdM, der nach einem kurzen Rückblick auf das Vereinsleben der Vorsitzenden, deren Mann, der sie die ganzen Jahrzehnte unterstützt und allen Vorstandsmitgliedern für die Arbeit dankte.

Musikalisch wurde die Feier von Zermena Kreßin (Cello) und Laima Junduliene (Akkordeon) vom Deutschen Kulturverein Memel und dem Chor vom Verein Heide unter Leitung von Valteris



Beim Rundgang durch die Memeler Altstadt: Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (4. von rechts) mit seiner Ehefrau Elke Büdenbender, der litauische Staatspräsident Gitanas Nausėda (3. von rechts) mit seiner Gattin Diana Nausėdienė sowie der Bürgermeister der Stadt Arvydas Vaitkus (3. von links) mit seiner Ehefrau Ilona Vaitkienė. Mit dabei Rasa Müller und Arnold Piklups vom Verein der Deutschen in Memel

Matulis umrahmt. Nach der Feierstunde waren alle eingeladen zu deftigen Fleischkäsebrötchen, die von Klaus Seppmann und Andreas Eschenburg zubereitet wurden, freien Getränken und Kaffee und Kuchen. Nach vielen anregenden Gesprächen, Erinnerungen und Liedvorträgen des Chors endete gegen Abend ein sehr schönes und harmonisches Jubiläumsfest. U. J.



Steinmeier in Memel

Memel - Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nahm am 6. Juli als Ehrengast an den Feierlichkeiten zum litauischen „Tag der Staatsgründung“ (Staatsgründung

und Krönung von König Mindaugas im Jahr 1253) in der litauischen Hauptstadt Wilna teil. Nach Staatsgesprächen und dem Besuch der in Litauen stationierten Panzerbrigade 45 „Litauen“ der Bundeswehr ging es am 7. Juli zusammen mit dem litauischen Staatspräsidenten Gitanas Nausėda weiter nach Memel, Nausėdas Heimatstadt, und auf die Kurische Nehrung nach Nidden, unter anderem in das Thomas-Mann-Haus.

Bei einem Rundgang der Präsidenten mit ihren Ehefrauen und dem Bürgermeister Arvydas Vaitkus durch die Altstadt von Memel hatten Vorstandsmitglieder des Vereins der Deutschen die Möglichkeit, mit dem deutschen Bundespräsidenten und dem litauischen Staatspräsidenten zu sprechen. Den beiden Staatsmännern wurde dabei über den Verein der

Deutschen in Memel und die Arbeit im vereinseigenen Simon-Dachhaus berichtet. Verein der Deutschen



Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

76. Heimatkreistreffen

Verden - Wochenende, 19. bis 21. September, Landhotel Zur Lin-



Ohne die ehrenamtliche Arbeit - auch im Hintergrund - nicht möglich: 35 Jahre Verein Heide in Heydekrug. Hier die Vorsitzende Gerlinda Stunguriane mit ihrem Ehemann Bild: Uwe Jurgsties

Rätsel

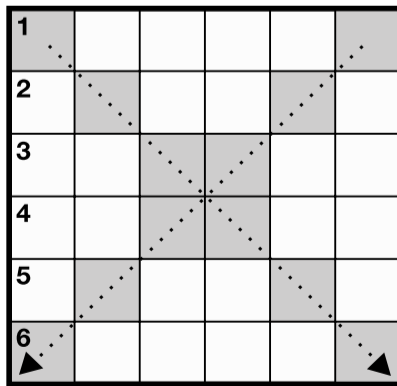
A large crossword puzzle grid with clues in German. The clues include: Winter-sport-anlage, Fluss zur Wolga, Doppelkontinent, Insel der Kykladen, Malgerät, Aristokratie, dünner Pfannkuchen (franz.), Sportruderboot, Visier-teil, Getreidebündel zum Aufstellen, Sinnesorgan, Frauen-gestalt bei Lessing, Dunst über Großstädten, Kraft-fahrzeugart (Kzw.), Südasiat, ein Sternbild, bevor, grau melierter Kamm-garnstoff, Aufgeld, Himmelsrichtung, Lang-spieß, römi-scher Sonnengott, Leber-absonderung, Heim- und Nutz- tier, Mess-gerät f. Brenn- stoff, Vorsilbe: Zehntel einer Einheit, runde, grünl- iche Pflaume, selten, knapp, nordita- lienische Stadt u. Provinz, Würde, Ansehen, Wahl- übung im Sport, eingezäuntes Gebiet für Wild, langschwän- ziger Papagei, so, in solcher Weise, Regel, Richt- schnur, Platz, Stelle, Küsten- vogel, Abkür- zung für Sekunde, mäßig warm, Spiel-, Wett- kampfk- lasse, lang- schwan- ziger Papagei, so, in solcher Weise, Regel, Richt- schnur, Platz, Stelle, Küsten- vogel, eine der Musen, Opern- solo- gesang, poetisch: Löwe, stehen- des Binnen- gewässer, Haus- vorbau, Affe, Weiß- hand- gibbon, Idol, Kult- figur, chem. Element, Selten- erdmetall, austral- ischer Lauf- vogel, Bruder des Moses, eine Zahl, ver- lassen; lang- weilig, jmd., der andere gesund macht, Wert- papier, Musik: Tonge- schlecht, weithin hörbar, Elek- tronik- messe in Berlin, Manns- bild, Bursche, Zeichen für Kilowatt, Geburts- narbe, bewusst falsche Aussage, kreis- förmig, Handels- brauch, ital. Barock- maler (Guido), Garten- zier- pflanze, Kompo- nist; Interpret, Zwergen- land in „Gullivers Reisen“, früherer Lanzen- reiter, schwed. Chemiker u. Erfinder (Alfred), besitz- anzei- gendes Fürwort, nörgeln, klein- lich tadeln, veraltet: Geräte-, Wagen- schuppen, niederl. Show- master: Carrell, Wagnis, poetisch: Atem, Anteil, Anspruch (an einer Mine), Laub- baum, bibli- scher Stamm- vater, Hühner- produkt, sehr kurze Kleidung, Ausruf des Miss- fallens, Pelz rus- sischer Eichhörn- chen, Schuld- summe, Fehl- betrag, unnutze-, wertlose Gegen- stände, Soße zum Ein- tunken, bunte Bühnen- schau, Herr- scher- stuhl, Richter in isla- mischen Ländern, eingeschaltet, nicht aus, germa- nische Gottheit, Haupt- stadt von Tibet, Honig- wein, britische Insel, Honig- wein.

Sudoku

A 9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled. The numbers are: Row 1: 3; Row 2: 9, 7, 1, 6, 3; Row 3: 6, 9, 4, 2; Row 4: 7, 5, 2, 8; Row 5: 8; Row 6: 4, 7, 5, 1; Row 7: 8, 5, 6, 1; Row 8: 3, 7, 4, 5, 2; Row 9: 2.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



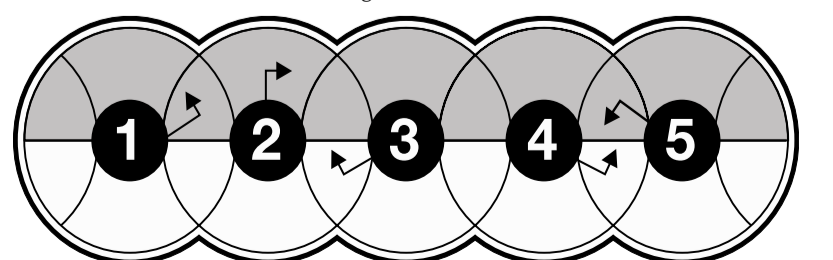
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportgeräte.

- 1 Glücksspiel
2 Gesangsrolle (Bühne)
3 Lebewesen
4 Schulleiter
5 Eilbote
6 Polstermöbelstück

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Pralinenpackung.

- 1 italienischer Polarflieger, 2 Hülsenfrüchte, 3 Bad am Mittelrhein, 4 Flachsfaser; Gewebeat, 5 diebischer Vogel



Heimatkreisgemeinschaften

de, Thedinghauser Straße 16: 76. Heimatkreistreffen. Hierzu sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft, also alle Kreisblattbezieher, und Familienangehörige sowie Freunde und Bekannte herzlich eingeladen.

Das Landhotel liegt auf der anderen Seite der Aller, etwa 1,4 Kilometer vom Bahnhof entfernt. Bei Bedarf werden Sie gerne vom Bahnhof abgeholt, melden Sie sich bitte unter (0174) 2900486.

Freitag, 19. September, 9.30 bis 11 Uhr, Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Delegation aus Ostpreußen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. 14.30 Uhr, Kreishaus, Haupteingang, 1. OG, Raum 1099: Gesamtvorstandssitzung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau.

Sonnabend, 20. September, 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Shuttlebus vom Landhotel zum Bürgerpark. 10 Uhr, Bürgerpark: Kranzniederlegung und Ansprache von Pfarrer Hermann. 11 Uhr, Landhotel: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden. Im Anschluss, Umtrunk mit original ostpreußischem Pilsener und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern aus unserer Heimat. 14 Uhr, Landhotel, Raum 1099: Mitgliederversammlung. 15.30 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen. 16.30 Uhr: Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft,

beantwortet Fragen zur Familienforschung und gibt Einblicke in die Familienforschung. 18 Uhr: Referat von Dietmar Anger „Ännchen von Tharau“, eine Legende aus dem Heimatkreis Pr. Eylau. 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden Gerichte à la carte. 19.30 Uhr: Heimatabend, es wird ein Film über Pr. Eylau gezeigt, gemeinsam gesungen, ein weiterer Film über Ostpreußen gezeigt und danach wird es ein gemütliches Beisammensein geben.

Sonntag, 21. September, 9.30 bis 12 Uhr: Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67: Das Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet. 10 Uhr: gemeinsames zweites Frühstück – Klein Mittag – zum Plachandern mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen, denn Ostpreußen sind sehr gesprächig. Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen beantwortet. Vielleicht können Fragen beantwortet werden, die Eltern oder Großeltern nicht mehr beantworten können. Es werden, wie auch in den vergangenen Jahren, zahlreiche Bildtafeln aufgestellt.

Weitere Informationen: Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Nach vorheriger Anmeldung, spätestens bis zum 15. September, und Nennung des Wunsches per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de wird

die Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Fragen beantworten oder im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen.

Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr.

Es werden traditionell Spezialitäten aus Ostpreußen wie Marzipan und Spirituosen angeboten.



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 9. August, bis Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen.

Sonnabend, 9. August, 10 Uhr, Friedhof, an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. Ab 15 Uhr, Hotel Kaiserring 1: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 10. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82: Evangelischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützen-

haus zu Wesel, An der Tent 9: Hauptkreistreffen. Es wird Mittagessen geben. 14.30 Uhr: Musikeinführung, Blasmusik Lackhausen, Begrüßung durch Hubertus Hilgendorf, gemeinsames Singen, Ansprachen von Heinrich Friedrich Hesselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel. 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung

Wesel – Sonntag, 10. August, 11.30 Uhr, Gaststätte Bürger-Schützen-Haus zu Wesel, An der Tent 9, unweit des Haupteingangs der Niederrheinhalle, mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2026, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2025/26, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 3. August einzureichen. Autos können auf dem Parkplatz an der Rundsporthalle kostenlos geparkt werden. Fragen beantwortet die Geschäftsstelle Rastenburg telefonisch unter (0281) 26950.

Hubertus Hilgendorf

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Mitspielerinnen und Mitspieler für mittelalterliches Schauspiel sowie Requisiten gesucht. Demnächst beginnen an der Elms-horner „Dittchenbühne“ die Proben für das mittelalterliche Schauspiel „Heinrich von Plauen“.

Wer Lust hat, bei diesem Mittelalter-Stück mitzumachen, kann sich gern bei der Dittchenbühne melden. Sehr will-

kommen sind auch Gewandungen, Rüstungen und Waffen, die mittelalterlichen Originalen nachempfunden sind.

Nähere Informationen und Terminvereinbarung im Büro des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elms-horn Telefon (04121) 89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de, Internet: www.dittchenbuehne.de



Ki-generiert sieht der Ritter schon sehr authentisch aus. Die Dittchenbühne sucht Mitspieler und Requisiten Bild: Dittchenbühne

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Bis 24. August: **Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912-1976)**, Kabinetausstellung. Die Motive der Kurischen Nehrung bildeten die Grundlage des künstlerischen Schaffens des in Memel geborenen Künstlers Walter Mamat. Vor allem in seinem frühen Werk steht die Landschaft im Mittelpunkt, sie zeigt in dynamischer Malweise viele Kurenkähne und die Küste der Nehrung. Folgerichtig suchte er nach seinem Abschluss als Dekorations- und Kirchenmaler die Nähe zum Umfeld der Künstlerkolonie Nidden und zu Carl Knaf, als dessen Schüler und Assistent er sich auch später bezeichnete. Vor seiner Flucht aus Ostpreußen hielt er noch das zerstörte Memel im Bild fest. Mamat wurde anschließend, im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit ostpreußischer Künstler, im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands bzw. der späteren DDR tätig. Nach seinem Studium an der Kunsthochschule in Weimar konnte er sich als Maler in Wittenberg etablieren. Neben den typisch sozialistischen Bildmotiven der arbeitenden Bevölkerung widmete er sich auch auf seinen Auslandsaufenthalten in der Sowjetunion, in Albanien, Bulgarien oder Georgien weiterhin der Landschaftsmalerei. Aber auch Stilleben, Porträts, Stadtansichten und Genreszenen gehörten zu seinem Repertoire.

Die in Kooperation mit privaten Sammlern konzipierte Ausstellung spürt den Lebensweg des Künstlers nach, der ihn von Memel nach Wittenberg führte.

Bis 31. August: **Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland**, Sonderausstellung. Eine Sonderausstellung von estnischen Künstlern und Künstlerinnen der Kunsthochschule Pallas aus Tartu: Jaanus Eensalu, Andrus Kannel, Margus Meinart, Aet Ollisaar, Kadi Pajupuu, Sirje Petersen, Tuuli Puhvel, Anne Rudanovski und Heli Tuksam.

Wie kann man all die Dinge visuell interpretieren, an die wir nur vage denken können? Die Zukunft beginnt mit der Vergangenheit – ein solides Fundament gibt den Mut, weiter zu schauen, als das Auge sehen kann. Diese Metapher regt auch zum Nachdenken über den zeitlichen Horizont des eigenen Lebens an, der sich wie etwas Begrenztes anfühlt, obwohl viele glauben, dass es über den Horizont hinaus noch mehr gibt. Es gibt immer etwas mehr. Ist das beängstigend oder tröstlich? Der Horizont ist ein Versprechen von Weite und Offenheit, die horizontale Unendlichkeit umarmt den ganzen Globus. Können oder sollen wir vorhersagen können, was hinter dem Horizont liegt? Die Künstler und zugleich Lehrenden an der Kunsthochschule Pallas zeigen ihre Interpretationen. Ausgestellt werden ihre neuesten

Werke. Damit möchten sie eine Diskussion über die Bedeutung und Relevanz der Kunst für die Zukunft anregen. Die Ausstellung zeigt zum Teil auch widersprüchliche Ansätze, die das Thema durch die persönlichen Zugänge der Künstler erweitern.

In der Ausstellung wird eine Vielzahl von Medien der Bildenden Kunst präsentiert – Malerei, Skulptur, Fotografie, Textilkunst, Objekte. Kuratiert wurde sie von Aet Ollisaar und Heli Tuksam. Das Ausstellungsdesign stammt von Madis Liplap. Unterstützt wird die Ausstellung von der Pallas University of Applied Sciences in Tartu. „Depicting the Future. Variations“ ist die Fortsetzung des langjährigen Austauschs zwischen Künstlern aus den zwei Partnerstädten Tartu und Lüneburg.

Veranstaltungen

Mittwoch, 23. Juli, 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Künstlerischer Ferientag.** Sommerferientage für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Jenke Eichhorn. Im Ostpreußischen Landesmuseum erwartet die Kinder eine große Anzahl an Kunstwerken, die meisten aus den letzten 200 Jahren mit ganz unterschiedlichen Malstilen und Kunstrichtungen. In der Dauerausstellung, in der Kabinetausstellung „Auferstanden aus Ruinen – der Maler Walter Mamat (1912-1976)“ und in der Sonderausstellung „Depicting the Future. Variations – Neue Kunst aus Estland“

können vielfältige Eindrücke von historischen und ganz aktuellen künstlerischen Positionen gemeldet werden, um im praktischen Teil selbst kreativ zu werden und verschiedene Malstile auszuprobieren oder sogar eine eigene neue Kunstrichtung zu erschaffen. Eichhorn ist Studentin der bildenden Kunst an der Hochschule für bildende Künste Braunschweig und bietet am Mittwoch, 6. August, ebenfalls von 14 bis 17 Uhr einen weiteren künstlerischen Ferientag an. Die Ferientage bauen nicht aufeinander auf und können einzeln oder zusammen gebucht werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 24. Juli, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Kopernikus und das Universum. Kinderclub mit Johanna Margner.** In diesem spannenden Kinderclub erfahren die Kinder, wie Nikolaus Kopernikus das Universum und die Planeten erforscht hat. Gemeinsam erkundet die Gruppe das Sonnensystem und lernt, warum sich die Erde um die Sonne dreht und nicht umgekehrt. Im praktischen Teil können die eigenen Sternzeichen gedruckt werden und Weltraum-Bilder gestaltet werden. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon

(04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 30. Juli, 14 bis 17 Uhr, Kosten 8,- Euro inklusive Material: **Die Trakehner Pferde und ihr berühmtes Gestüt.** Sommerferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Katja Eichhorn. Hier dreht sich alles um die majestätischen Trakehner Pferde und das historische Gestüt. Gemeinsam entdecken die Kinder die faszinierende Welt dieser edlen Pferderasse, erfahren, wie die Trakehner gezüchtet werden, und lernen die Geschichte und Bedeutung des Gestüts kennen. Im kreativen Teil des Workshops können die Kinder die eigenen Pferde aus Knetmasse modellieren und/oder ein Pferde-Medaillon bemalen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Sonntag, 3. August, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Museumseintritt: **„Siehe das Wunder!“ – aus der Religionsgeschichte Ostpreußens. Führung durch die Dauerausstellung mit Dr. Jörn Barfod.** „Siehe das Wunder! Im vollen Lauf, mit ausgespannten Segeln, eilt das Evangelium nach Preußen“, schrieb Martin Luther 1525. Vor 500 Jahren entstand die evangelisch-lutherische Kirche in verfasster Form. 1525 wurde das Herzogtum Preußen der erste evangelische Staat weltweit. Albrecht von Brandenburg wandelte

den Deutschordensstaat in ein weltliches Herzogtum um als Lehen des polnischen Königs. Zugleich führte er nach Hinweisen Luthers das evangelische Bekenntnis ein. Die vielgestaltige Kirchengeschichte Ostpreußens wird anhand der Ausstellungsstücke im Museum erläutert. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 5. August, 14.30 Uhr, Eintritt: 7,- Euro inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Thomas Mann in Nidden. Vortrag von Manfred Schekahn in der Reihe „Museum Erleben“.** Thomas Mann – vor 150 Jahren geboren, Literaturnobelpreisträger und Weltbürger – verbrachte zwischen 1930 und 1932 die Sommermonate mit seiner Familie im litauischen Nidden. Über dem Haff ließ er sich ein Sommerhaus errichten, das ihm zugleich Aussichtspunkt, Rückzugsort und Inspirationsquelle war. Die Eindrücke jener Jahre schilderte er im Vortrag „Mein Sommerhaus“, den er 1931 bei den Rotariern in München gehalten hat. Manfred Schekahn, gebürtiger Nidderner, Fischersohn und Pastor, erzählt vom Leben des Schriftstellers und seiner Familie in Nidden und lässt die Atmosphäre jener Sommer lebendig werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.



KÖNIGSBERG

Das östliche Tor zur Welt

Trotz Trennung vom Deutschen Reich behauptete sich das Juwel Ostpreußens als Industrie- und Handelsmetropole – bis heute

VON WOLFGANG KAUFMANN

Mit dem Versailler Diktat wurde Ostpreußen durch die Schaffung des „Polnischen Korridors“ vom übrigen Deutschen Reich rücksichtslos und eiskalt abgetrennt. Das führte aber nicht, wie zuerst befürchtet, zu einem wirtschaftlichen Niedergang. Denn die große Agrarprovinz im Osten stand weiter im regen Austausch mit dem industriellen Westen Deutschlands. Eine Schlüsselrolle nahm dabei Ostpreußens Hauptstadt Königsberg ein. Hier liefen zum einen nahezu sämtliche Fäden der landwirtschaftlichen Provinzialorganisation zusammen, zum anderen diente Königsberg aber auch als östliches Tor zur Welt.

Der neue, zwischen 1920 und 1924 errichtete, Hafen entlang des Pregel-Unterlaufes ermöglichte eine Steigerung des Güterumschlages auf das Zehnfache der Menge von 1900. Gleichzeitig war Königsberg der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt im deutschen Osten. Seine Anlagen wurden nach dem Ersten Weltkrieg systematisch ausgebaut. Im Jahr 1927 erreichte das Frachtaufkommen im nationalen und internationalen Güterverkehr auf der Schiene, der über Königsberg lief, einen Umfang von fast drei Millionen Tonnen. Das resultierte aus den vielfältigen Verbindungen – nicht nur nach Westen durch den Danziger Korridor, sondern auch nach Süden bis hinunter ans Schwarze Meer und nach Osten, wo sich das Riesengebiet der Sowjetunion erstreckte. Außerdem bildete der schon 1921 eingeweihte zivile Flughafen Königsberg-Devau eine wichtige Drehscheibe für den Luftverkehr, wobei die Abwicklung der Passagier- und Frachtflüge ab 1922 durch die Deutsch-Russische Luftverkehrs A. G. (Deruluft) erfolgte.

Zum Ende der sogenannten „Goldenen Zwanziger Jahre“ existierten im Industrie- und Handelskammerbezirk Kö-



Die an der Pregel gelegene Börse von Königsberg im Jahr 1924 handelte mit über 50 Werten und war eines der finanztechnischen Mittelpunkte der östlichen Handels- und Industriemetropole

Bild: ullstein bild/Haeckel Archiv

nigsberg 1428 Unternehmen, die mit Maschinen, Holz, landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art, Futter- und Düngemitteln, Brennstoffen, Textilien, Möbeln, Tabak- und Kolonialwaren, Wein, Bier sowie Spirituosen handelten. Dazu kamen 92 Expeditionen und acht Reedereien. Letztere wiederum besaßen 16 Seeschiffe, vier Eisbrecher und Schlepper, 67 Binnenschiffe sowie 48 Schuten oder Prähme.

Bedeutsam mit eigener Börse

Zur Finanzierung des Wirtschaftslebens in Ostpreußen stand in Königsberg mehr als ein Dutzend Banken bereit. Dabei handelte es sich vornehmlich um Kreditbanken wie die Ostbank für Handel und Ge-

werbe, öffentlich-rechtliche Banken wie die Bank der Ostpreußischen Landschaft sowie private und genossenschaftliche Banken wie die örtliche Niederlassung der Raiffeisenbank. Ebenso verfügte Königsberg über eine eigene Börse unter Aufsicht der Industrie- und Handelskammer, an der bis zu 50 Werte gehandelt wurden, die sich vor allem aus der Getreide-, Saatgut- und Futtermittelbranche sowie aus dem Fracht-, Lager- und Versicherungsgeschäft zusammensetzten.

Königsberg war außerdem ein wichtiger Industriestandort. Mit an erster Stelle rangierte hier in den 1920er Jahren die Sägeindustrie. Diese lieferte entsprechend zugeschnittenes Holz für den

Hoch- und Tiefbau in ganz Ostpreußen und darüber hinaus ebenso in West- und Mitteldeutschland. Parallel dazu gab es etliche Werke, welche Holz zu Fenstern und Türen verarbeiteten, die sogar aufgrund ihrer bestechenden Qualität bei Material und Verarbeitung in Übersee beachtlichen Absatz fanden. Gleichfalls eine große Rolle spielte die Zellstoffindustrie. Die Koholyt AG betrieb in den 1920er Jahren die weltweit modernste Anlage zur Zellulose-Herstellung.

Zur metallverarbeitenden Industrie zählten die Waggonfabrik L. Steinfurt und der Union-Gießerei. Aus der ersteren kamen vor allem Eisenbahn- und Straßenbahnwagen, während die letztere als Lo-

komotivfabrik und Schiffswerft fungierte. Dazu existierten jede Menge Mittel- und Kleinbetriebe, die meist Landmaschinen, aber teilweise auch sehr spezielle Produkte wie Geldschränke herstellten.

Aufgrund der vielen Baumaßnahmen in den 1920er Jahren florierten natürlich sämtliche Hoch- und Tiefbau-Unternehmen sowie das Teerwerk Preußen, eine Niederlassung der Vereinigten Dachpappen AG in Berlin.

Die Textilindustrie wiederum war ebenfalls durch so manche Spezialbetriebe vertreten, darunter die Ostpreußische Dampfollwäscherei AG, die Wolle für die Spinnereien im In- und Ausland aufbereitete. Ähnlich große Bedeutung besaß die chemische Industrie. Dabei dominierten in Königsberg Unternehmen für die Verarbeitung von Ölen und Fetten sowie die Seifenfabrik L. Gamm & Sohn und die Färberei von Caillé & Lebelt.

Und zu guter Letzt prosperierte auch die Nahrungs- und Genussmittel-Branche, unter anderem vertreten durch etliche Brauereien und Likörfabriken, Hersteller von Konfitüren und Fischkonserven sowie die Königsberger Kühlhaus- und Kristall-Eisfabrik A. G. Von enormer Bedeutung waren darüber hinaus die mit finanzieller Unterstützung des Reiches gegründeten Ostpreußischen Fleischwerke. Außerdem gab es zwei Mühlen-Großbetriebe: Die Walzmühle von Gustav Karow sowie die Schälmmühle der Königsberger Mühlenwerke A. G., die Erbsen-, Hafer- und Gerstenprodukte lieferte.

Selbst heute, wo Königsberg als russische Exklave von Deutschland abgetrennt ist, steht Ostpreußens Hauptstadt immer noch wirtschaftlich besser da, als es anhand der isolierten Lage zu vermuten wäre. Das resultiert primär aus der vor einem Jahrhundert vom deutschen Steuerzahler und deutschen Unternehmern finanzierten kommunalen und sonstigen Infrastruktur, von der Königsberg bis heute noch zehrt.

NACHRUUF

Dr. Christean Wagner – ein Königsberger Leben

Sein Glaube an den Menschen statt an Ideologie zeichneten sein großes Engagement und berufliches Leben aus

Am 4. Juli verstarb der frühere hessische Minister Dr. Christean Wagner mit 82 Jahren. Die Meldung löste auch in heimatlichen Kreisen Bestürzung aus. Dr. Wagner wurde am 12. März 1943 im ostpreußischen Königsberg geboren. Bei der Taufe entstand ein Missverständnis. „Wie Christian Goerdeler mit „e“!“, sagten die Eltern unter Verweis auf den Sohn von Carl Friedrich Goerdeler (1884–1945). Doch gemeint war mit dem „e“ nicht der Vorname, sondern die Schreibweise seines Familiennamens. Jedoch der im Königsberger Dom gegebene Taufname wurde „Christean“.

Nach dem Krieg kam die Familie über das nordhessische Alsfeld nach Bremen, wo der Sohn 1962 sein Abitur ablegte. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Marburg/Lahn und Heidelberg promovierte er 1972. Es zog Dr. Wagner in die Politik. 1987 wurde er hessischer Kultusminister im Kabinett Wallmann. 1999 übernahm er das Justizministerium. Daneben wirkte er in der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU. Hier hatte er bereits sein natürliches Talent entwickelt, im Streit den Wesenskern zu erfassen und zugleich Anschlusspunkte bei den Kontrahenten zu verknüpfen. Das

Credo der Debattenkultur im „Königsberger Jahrhundert“ (dem 18. Jhd.), wo es nur um die Sache ging und eine Ächtung von Diskutanten unvorstellbar war, schien auch in ihm zu wirken. Ab 2014 zog sich Dr. Wagner aus der aktiven Politik zurück. Er widmete sich fortan unter anderem der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) e.V. und stellte sein brillantes Fachwissen einer Kanzlei in Berlin zur Verfügung.

Engagement mit Herz und Seele

In der Politik hatte er immer wieder für eine Rückbesinnung zu christlich-sozialen, wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Wurzeln geworben. Er sah hierin nicht nur eine profane Möglichkeit, die zahlreichen ehemaligen Wähler der Union zurückzugewinnen. Ihm ging es um mehr: um ein festes Wertefundament; Evolution statt Revolution, und als Rahmen die Nation als Garant von Sicherheit und Prosperität. Der Konservative stelle sich offen den Problemen auf Basis der historischen Erfahrung, der Wirklichkeit und der konkreten Praxis. Er orientierte sich am Menschen und nicht an einer Ideologie.

2018 übernahm Dr. Wagner die Leitung des im Jahre 2000 gegründeten



Der Königsberger Dr. Christean Wagner kam durch ein Kuriosum bei der Taufe zu seinem eher ungewöhnlichen wie einzigartigen Vornamen

Bild: Jörn Pekrul

„Zentrums gegen Vertreibungen“ (ZgV). Es dokumentiert Vertreibungswissen, insbesondere in Europa. Nach anfänglicher Skepsis würdigten Kritiker und Publikum die sachliche Ausgewogenheit dieser Stiftung (Anm. d. Red.: Das ZgV ist nicht zu verwechseln mit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in Berlin). Mit der Verleihung des „Franz-Werfel-Men-

schenrechtspreises“ – benannt nach dem Autor von „Die vierzig Tage des Musa Dagh“ über den Völkermord an den Armeniern – in der Frankfurter Paulskirche würdigt das ZgV Persönlichkeiten, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten aktiv einsetzen.

Doch auch im Sozialbereich war Dr. Wagner tätig. In langen Nächten, wenn

die Einsamkeit die Verzweifelten und Hoffnungslosen heimsucht, widmete er sich ehrenamtlich der anonymen Telefonseelsorge in Hessen. Sein Einfühlungsvermögen ließ ihn stets die richtigen Fragen im richtigen Ton stellen. Hiermit und mit dem Timbre seiner Stimme schaffte er es, dass sich der Mensch am anderen Ende der Telefonleitung beruhigte, wieder Halt spürte und eine Perspektive fand. Dr. Wagner übte diese Tätigkeit jahrelang und fernab der Öffentlichkeit aus.

Als Politiker sah er sich stets als Diener des Souveräns, und nicht als dessen Erzieher. Er hatte das Vertrauen in den Menschen. Niemals hört man seinen Namen in Verbindung mit gebrochenen Wahlversprechen, mit einer Relativierung von Missständen, mit einer Verschwendung von Steuergeldern oder der Kultivierung von Eitelkeiten und Empfindlichkeiten. Ihm ging es darum, die komplexen Strukturen eines Staatswesens und eines Menschen nicht nur zu verstehen, sondern auch sorgsam und weise mit beidem umzugehen.

Ein Königsberger Leben, gelebt bis zum Ende, und ein Vorbild, das bleibt. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie und seinen Freunden.

Jörn Pekrul

HEIMAT

Von Pommern nach Pommern

Viel Historie und die wundervolle abwechslungsreiche Landschaft Hinterpommerns begeisterte

VON MANFRED SCHUKAT

Vom 4. bis 7. Juli unternahmen 65 Pommern und Freunde der Heimat aus Anklam und Umgebung eine Busfahrt nach Hinterpommern in das Stolper Land. Erste Station waren das Bismarck-Schloss in Varzin – heute Forsthochschule – und das neugotische Rathaus in Stolp mit Ratssaal und Turm – dem schönsten von ganz Pommern.

Ein Wiedersehen folgte nach sieben Jahren bei Kaffee, Kuchen und gemeinsamem Singen in der Fischerstraße mit der deutschen Minderheit, dem „Stolper Bund der Bevölkerung deutscher Abstammung“. Deren langjähriger Vorsitzender Detlef Rach stand der Reisegruppe sehr kompetent Rede und Antwort über die Nachkriegsjahre, die Zeit in der Volksrepublik Polen und die Wendezeit.

Danach ging es zum Hotel „Jantar“ in Stolpmünde, unweit des herrlich breiten Ostseestrandes gelegen. Das Programm am zweiten Tag begann in der Kirche Alt-Kolzizglov, Kreis Rummelsburg, in der sich am 28. Juli 1847 Otto von Bismarck und Johanna von Puttkamer das Ja-Wort



Immer ein Besuch wert: Das Bismarckschloss in Varzin. Vor dem prächtigen Kamin mit der Büste Kaiser Wilhelm I. stehen Manfred Schukat, Detlef Rach und Friedhelm Schülke (v. l.)
Bilder (2): Ute Hartter

Klinkerbauten auf wie das Landratsamt und die Stolper Straße. Nicht umsonst heißt es: Vorpommern wurde aus Ueckerländer Klinkern erbaut, Hinterpommern aus Lauenburger Klinkern.

Besonders beeindruckte danach das heimelige Dorf Schwolow bei Stolp mit seiner erhaltenen und restaurierten pommerschen Fachwerk-Architektur. Es ist heute ein Flächendenkmal und wird als „stolica krajny w krąte“ bezeichnet – „Hauptort der karierten Gegend“. Als Höhepunkt der Reise konnte die Lontzke-Düne bei Leba gelten, die am dritten Reisetag besucht wurde. Es ist die gleiche Küstenformation wie auf der Kurischen Nehrung in Ostpreußen, nur dass man hier die gewaltige Düne besteigen

darf. Das Wetter war fantastisch, und die Kameras und Smartphones knipsten ohne Ende. Zurück ging es über das entlegene Klucken am Leba-See, wo sich die kaschubische Sprache in Pommern am längsten erhalten hat. Das Museumsdorf ist sehenswert, alles ist auch gut in Deutsch ausgeschildert. An der offenen Kirche in Schmolsin, zu Füßen des Revekol, wurde noch kurz Station gemacht.

Historie überall

Die Rückreise am letzten Tag führte nach Rügenwaldermünde zur Mole, die man über eine wohl einmalige Schiebebrücke an der Wippermündung erreicht. In Rügenwalde ist in der Langen Straße eine Gedenktafel für die berühmte „Rügen-

walder Teewurst“ zu sehen. An der Marienkirche hat die Heimatgruppe Rügenwalde in den 1990er Jahren ein eindrucksvolles Lapidarium aus alten deutschen Grabsteinen errichtet. Hier legte die Reisegruppe aus Anklam ein Gebinde im Gedenken an 80 Jahre Kriegsende, Flucht und Vertreibung nieder und sprach gemeinsam das Vaterunser.

Letzte Station war Kolberg mit seinem gewaltigen Dom und einigen geretteten Schätzen wie dem Siebenarmigen Leuchter, dem Taufbecken und der Schlieffen-Krone. Über die neue Autobahn kam man schließlich wohlbehalten und voller Eindrücke aus Hinterpommern wieder im vorpommerschen Anklam an. Pommern war auch 2025 allemal eine Reise wert.

KÜNSTLER

Der Maler von Misdroy

August Wilhelm Amberg – seine Liebe und Inspiration galt dem Seebad auf der Insel Wollin

Jede Insel hat ihre Künstler, die erst mit der Schaffung eines Abbildes ihrer Schönheit dem Eiland im 19. Jahrhundert zur Bekanntheit verhelfen. Ist mit der Insel Rügen der Maler Caspar David Friedrich verbunden, so fällt für die Insel Wollin ein Name: August Wilhelm Amberg (1822–1899). Sein Vater war Bankier in Berlin, die Mutter, Tochter eines Postkommisars, stammte aus Stargard.

Amberg, der mit einer Ausbildung zum Bildnismaler in Berlin bei Wilhelm Herbig und Carl Joseph Begas auch seine künstlerische Laufbahn begann, was ihm, dem Wunsch seiner Eltern folgend, eine solide Grundlage gab, ließ sich in den 1850er Jahren in Berlin nieder – zunächst als Porträt- und Genremaler.

Doch zuvor war er während seines Aufenthaltes in Paris von französischen Malern wie Rousseau, Millet oder Dupré auch auf die Landschaftsmalerei mit einem direkten Einfluss der Natur gelenkt worden. Dem Aufenthalt in Paris folgte eine ausgedehnte Italienreise, die ihn

nach Rom, Venedig und Neapel führte, um sich schließlich in Berlin niederzulassen. Zunächst bevorzugte er mythologische Motive und Porträts. Seiner Zuneigung zur landschaftlichen Darstellung folgte er ab 1856 im Fischerdorf Misdroy und der Umgebung auf der Insel Wollin.

Die Auftragsarbeiten, die er während der kalten Monate in Berlin durchführte, dienten dem Lebensunterhalt, doch während der Sommeraufenthalte auf der Insel Wollin ging er seiner Passion nach und begründete so nicht nur seinen späteren Ruf als Maler, sondern auch sein zweites wirtschaftliches Standbein.

Von diesen durchaus unterschiedlichen Seiten des Künstlerdaseins, welches Kompromisse forderte, ließ sich Amberg jedoch nicht entmutigen. Mit dem Ergebnis, dass seine Arbeiten zum Broterwerb nach seinem Tod bald vergessen waren, kam es jedoch zur „Entdeckung“ seiner Landschaftsmotive. Ob Misdroy, die Wäldungen des Kaffeeberges, das Ufer des Jordansees, Vietzig oder Kalkofen – zahl-

reiche Bilder, die unter Ambergs Pinsel entstanden und getrieben waren von der Leidenschaft und Inspiration, zeichneten



Die Signatur mit Datum 14/8. (18)82: „Sommerlicher Garten in Misdroy“, Öl auf Malpappe, 41,5 mal 33 Zentimeter

sich durch „harmonische Farbgebung, Innigkeit der Empfindung und dichterischen Reiz aus“, denn so wurden seine Bilder von Kunstkennern beschrieben. Der Maler hielt sogar einige seiner Werke auf Stein fest.

In den 42 Jahren seines saisonalen Schaffens in Misdroy sah Amberg die Entwicklung des Ortes vom Fischerdorf mit vorherrschend rohrgedeckten Fischerkaten zum Seebad mit Villen. Er war hier nicht nur Gast, sondern besaß zwischen 1856 und 1863 ein Haus in dem aufstrebenden Seebad. Viele Sommerfrischler, die dem inzwischen fast großstädtischen Treiben der Seebäder Heringsdorf und Swinemünde entfliehen wollten, suchten vermehrt Ruhe und Erholung in dem trotz allem ruhigeren Misdroy. Diese sich verändernde Welt in seinem Sommer-Domizil hielt er in seinen Werken fest.

Amberg wurde vielfach ausgezeichnet und war ab 1886 Mitglied des Senats der Preußischen Akademie der Künste in Berlin.
Torsten Seegert

MELDUNGEN

Verbot, Orden und Flaschenpost

Stettin – Vorsicht! In Stettin und jenseits der Oder gilt seit 2025 ein umfassendes Fotografierverbot für militärisch und strategisch wichtige Einrichtungen, Objekte und Banken. Diese sind meist gekennzeichnet. Bei Verstoß drohen Beschlagnahmen sowie Geld- oder Haftstrafen. TS

Ziegenort – Marek Luczak und Freiwillige des Pommerschen Geschichtsvereins haben im südlichen Teil des Friedhofs Grabsteine, Sockel und Fragmente alter deutscher Gräber freigelegt und dokumentiert. Sie sind nun Teil eines Lapidariums, welches an die Bewohner erinnern soll. TS

Born – Noch bis zum 29. August laden die Darß-Festsche zum Besuch ihres neuen Stücks „Die Heiden von Kummerow – wie alles begann“, von Ehm Welk, ein. Der pommersche NDR-Radiomoderator Leif Tennemann merkt dazu an: „Schöne Regieeffekte, ungeheure Spiellust, mit so viel Herzblut und viel Engagement.“ TS

Greifswald – Für den 18. Juli steht in der Hansestadt ein wichtiger Termin auf dem Programm: Der pommersche Fußballweltmeister Toni Kroos, der sich mit seiner Stiftung für Kinder einsetzt, soll im Volkssportstadion mit dem Verdienstorden des Landes Mecklenburg-Vorpommern ausgezeichnet werden. TS



Toni Kroos setzt sich mit seiner Stiftung dafür ein, schwerkranken Kindern Wünsche zu erfüllen und hilft ihren Familien in Notsituationen

Bütow – Am 5. Juli fand in Schönwalde der 26. Weltkongress der Kaschuben statt. Neben Reden und einer Messe gab es zahlreiche Stände zur Kulturarbeit und musikalische Beiträge. Es spielten 505 Musiker gemeinsam auf „Teufelsgeigen“. 2027 ist das Treffen in Rummelsburg geplant. TS

Anklam – Kurz vor der Eröffnung des regionalen Informations- und Tourismuszentrums am 23. Juli mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) kündigte Bürgermeister Galander nun Änderungen in der Innenstadt an. Der Autoverkehr soll wegen des Ikareums – Lilienthal Flight Museum eingeschränkt werden. TS

Stolp – Neben Philipp von Zitzewitz und Peter Birk nahmen auch das Stolper Künstlerpaar „Tankpetrol und Oluczka“ an der diesjährigen Flensburger NORD:SYD Outdoor Gallery teil, die Ende Juni in der Stadt an der Förde stattfand. Das Paar gestaltete bereits in Stolp das Bildnis der 1701 als Hexe verbrannten Kathrin Zimmermann. TS

Heringsdorf – Manchmal braucht „Urlaubspost“ ein wenig länger. Ein Heringsdorfer Ehepaar hatte während der Überfahrt des Atlantiks 2015 eine Flaschenpost „versendet“. Nach 6000 Kilometern wurde sie nun von einem Amerikaner auf einer unbewohnten Insel der Bahamas gefunden. TS

OSTFRIESLAND

Vermehrte Juxanfälle im Mordwesten

Deutschlands nordwestlichste Ecke mal ganz heiter betrachtet – Vorausgesetzt, es lauert nichts Toderntes hinterm Deich

VON MANFRED LÄDTKE

Ich habe mich totgelacht“, bemerkt eine Touristin, „und ihr?“ „Hatten einen Mordsspaß“, antwortet ihr Gegenüber. In Ostfriesland liegen Klamauk, Kurioses, Klangvolles und Kriminelles oft eng beieinander.

Fußball im Watt, Schlickschlittenrennen oder Besenwurf-Wettkampf kündigt der Veranstaltungskalender im westlichsten Ostfrieslandzipfel Krummhörn an. Und im Örtchen Upleward dürfen sich Badegäste ausgerechnet auf der dem Meer abgewandten Seite vor dem Deich an einem „Trockenstrand“ sonnen. Man könnte meinen, die spinnen, die Ostfriesen. Von wegen. Das Unterhaltungspotpourri zwischen Norden-Norddeich, Greetiel und Leer amüsiert und schaudert Touristen und Einheimische gleichermaßen.

Aufgepasst! Nahe der wuchtigen Kreuzkirche im friedlichen Warfendorf Pilsum steht ein „Sehr kleines Haus“. Ein Bühnensaal bietet Platz für 54 Besucher. Hausherr beziehungsweise Kommandant ist „Ausbilder Schmidt“ alias Holger Müller. Kurvte der Comedian einst seine Gäste bei launigen Landpartien in einem Lachbus durchs platte Land, lässt er jetzt auf der Hinterhaus-Wiese oder bei Schietwetter im Theatersaal zur „Lachbustour ohne Bus“ antreten. Statt Landrundfahrt gibt es zum Finale einen Dorfrundgang.

„Stillgesessen“, pfeift der in einen Panzer verliebte Krieger mit Barrett, Nahkampfhose und mit Sonnenbrille im Saal seine Gäste an. Er komme zwar ohne Waffe, aber mit dem Spezialauftrag, seinem Publikum mit Lachsälven einzuheizen. Im Foyer macht der Befehl „Abmarsch“ die Runde. Schluss mit lustig? Denkste! Beim Dorfspaziergang kursieren Witze wie: Was macht ein Ostfrieser mit einem Messer auf dem Deich? Er will in See stechen.

Wenn schon Witze, dann mit einer Prise Witzelogie, also urkundlicher Ahnenforschung, meint ein Teilnehmer. Dass Ostfriesen den Ostfriesenwitz ganz alleine erfunden haben, sei jedenfalls ein Witz. Ostfriesische und Oldenburger



Watt'n hier los?: Einmal im Jahr findet im westlichsten Zipfel Ostfrieslands, der Krummhörn, ein Schlickschlittenrennen statt

Gymnasiasten waren es, die 1968 bei einem Schulausflug in einer West-Berliner Herberge dem Alkohol frönten und gegenseitig ihre Herkunftsregionen durch den Kakao zogen. Je voller die Gläser, umso doller die Zoten: Warum zieht ein Ostfrieser ein Seil von Emden nach Oldenburg? Antwort: Schieben geht nicht.

Ottifanten grunzen zur Begrüßung

Zurück im oldenburgischen Ammerland veröffentlichte der spätere Professor und Angstforscher Borwin Bandelow die Sprüche im Schülerblatt und karikierte den „Homo ostfriesiensis“ als trottelligen Hinterwäldler. Mit Hilfe des selbstironischen ostfriesischen Blödelbarden Otto Waalkes zahlte sich der Nonsens Jahre später vor allem für den Tourismus und damit verbundene Grundstückspreise aus. Die

„dösigem“ Friesen müssen fortan nicht mehr jeden Pfennig auf die Parkbank legen, um etwas Geld „auf der Bank“ zu haben.

Wenige Otto-Waalkes-Hüpfer vom Anleger entfernt verspricht „Dat Otto-Huus“ in Emden ein Stimmungshoch. Wer beim Betreten des Museums dem „Ottifanten“ zu nahe auf die Pelle rückt, muss sich zur Begrüßung von dem elefantösen Türwächter ein kehliges Grunzen und einen „gekotzten“ Wasserschwall in eine Schüssel gefallen lassen.

Keht der Besucher dann Kostümen aus dem Film „Catweazle“, Ottos Kinderstube oder Requisiten aus Jugendjahren den Rücken, kommt er vom Schmunzelkabinett ins Jux-Kino des Blödelbarden. Bei einem plötzlichen Juxausfall werden Sauerstoffmasken gereicht, denn sauer

macht lustig, teilt der Komiker in der „Hausordnung“ mit.

An der Küste und der Binnenstadt Leer hört der Spaß auf. Krimiautoren wie Klaus-Peter Wolf und Peter Gerdes haben die Provinz in eine Welle von Blut und Gewalt getaucht, was im November zum ersten Mal in den „Krimi- & Gruseltagen“ mündet. Weil nirgends literarisch so fantasiereich gemeuchelt wird wie in Deutschlands Krimi-Hochburg, haben Wolf und der Tourismus-Service in Norden-Norddeich einen Raum für das „Kriminelle“ geschaffen. Im ersten Ostfriesischen Krimimuseum sind sogar die ständigen Original-Kulissen des Polizeikommissariats aus ZDF-Verfilmungen der Wolfschen Bestseller ausgestellt.

Eine Koje ist Gerdes gewidmet. In Leer wartet der Autor mit seiner Frau Hei-

ke am Anleger des Grachtenboots „Koralle“. Vorsicht: Mord an Bord! Als das Schiff zur kriminellen Hafenrundfahrt über das Flüsschen Leda gleitet, liest das Autorenduo abwechselnd aus ihren Thrillern. Zwischen Verrat, Inselmord, Ebbe und Blut kommen Passagiere nicht nur wegen der hochstehenden Sonne ins Schwitzen.

„Heel veel Spaaß“ im Meta

Wem nun Frieslands Mordwesten zu schaurig ist, trifft im Norddeicher Musikschuppen Meta auf gute Laune. Im rustikalen Ambiente der Kneipe hatte Ostfrieslands Jugend von 1960 bis Mitte der 1970er Jahre „heel veel Spaaß“. Lokalpatrioten vergleichen Meta sogar mit dem legendären Hamburger Star-Club, in dem die Karriere der Beatles begann. Immerhin schaffte es die Fischerstochter Meta Rogall aus dem Dorfkrug den für viele heißesten Jugendschuppen zwischen Hamburg und Amsterdam zu machen.

Unmittelbar hinterm Deich, wo nur wenige Meter weiter Nordseewellen an die Ufer klatschten, spielten Musikgruppen aus London und Holland. Die deutsche Band Scorpions, Birth Control und The Twilights sammelten hier erste Bühnenerfahrungen. Howard Carpendale gab als Teenager den Elvis und der ebenfalls noch unbekannt Otto trat mit seiner Band The Rustlers auf.

Im Alter von erst 59 Jahren starb die als „Mutter Courage der ostfriesischen Rockgeschichte“ gefeierte Pionierin. Selbst wenn schon ein paar Spinnweben an den Erinnerungen hängen – jede Sonnabendnacht geht es immer noch rund, dreht sich immer noch der Plattenteller bei Meta. Zwar ist die rustikale 70er-Jahre-Diskotheek mit Fischernetzen und alten Ledersofas längst keine lukrative Club-Immobilie mehr, dennoch führt Sohn Sven am Plattenregler das Erbe seiner Mutter fleißig weiter. Wie lange noch, ist so ungewiss wie der Ausgang eines nicht zu Ende gelesenen Krimis. Noch jedenfalls haben Gäste und der Chef in dem wie aus der Welt gefallenen Musikschuppen einen Mordsspaß.

EMSLAND

Mit dem Mammut durchs Moor

Vom Armenhaus zur Wohlstandsregion – Vor 75 Jahre sollte der Emslandplan die Gegend wirtschaftlich auf die Beine bringen

Wenn im Wald der Ginster blüht, in den Gärten üppige Rhododendron-Hecken leuchten und das Wollgras mit seinen weißen Fruchtbländen – fälschlich als Blüten bezeichnet – die Moorflächen überzieht, präsentiert sich das Emsland von seiner schönsten Seite. Villenartige Wohnhäuser, penibel gepflegte Gärten und saubere Dörfer vervollständigen das Wohlstandsbild der Gegend, die über Jahrhunderte als Armenhaus galt.

Noch vor 75 Jahren war das Leben an Ems und Hase im äußersten Westen von Niedersachsen ein anderes. Die Region bestand aus weiten Mooren, dünenartigen Versandungen und unabsehbaren Heideflächen, die kärgliche Landwirtschaft wurde unter größten Mühen fast ohne Maschinen bewältigt.

Als am 5. Mai 1950 der Deutsche Bundestag den Antrag zur „Erschließung der Ödländereien des Emslandes“ einstimmig annahm, war der „Emslandplan“ geboren. Dank des Marshallplans konnte das 2,1-Milliarden-D-Mark-Projekt umgesetzt werden. Die Ansiedlung und Versorgung von Flüchtlingen und Heimatver-

triebenen aus dem deutschen Osten spielte dabei eine Schlüsselrolle.

Die Mammutaufgabe wurde mit Mammut-Maschinen bewältigt. Ihr Symbol ist das von Ottomeyer aus Bad Pyrmont entwickelte „Mammut“, der größte Tiefpflug der Welt. Zusammen mit zwei leistungsfähigen Zugmaschinen, Lokomobilen, ist

er das spektakuläre Vorzeigebild des Emsland Moormuseums bei Groß-Hesepe inmitten des deutsch-niederländischen Naturparks Bourtanger Moor-Bargeveen, kurz Moor-Veenland.

Als inzwischen größtes europäisches Moormuseum informiert es in Text und Bild zur Moorentstehung, -entwicklung

und -kultivierung, Besiedlung, Torfgewinnung und -verarbeitung, zum Moorschutz, zu Fragen der Renaturierung und Neuregulierung des Wasserhaushaltes unter dem Einfluss des Klimawandels. Dazu rumpelt eine alte Feldbahn durch das Außengelände mit Hochmoorfläche und Siedlerhof. Nur Moorleichen findet man nicht. Der „Rote Franz“, die einzige hier auf deutscher Seite gefundene, ist im Landesmuseum Hannover ausgestellt. Sie war vor 1700 Jahren im Bourtanger Moor versenkt worden.

Der Emslandplan schloss bis zu seinem Ende 1989 auch die Industrie- und Gewerbe-Erschließung mit ein. Mit Erfolg, sodass die Abwanderung im Gegensatz zu anderen ländlichen Regionen gering ist und die Arbeitslosenquote von drei Prozent klar unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

Unabhängig davon nicken selbst in Vorgärten fast wie in Texas allerorten Pferdekopf-Ölpumpen vor sich hin. Weithin unbekannt ist, dass die Landkreise Emsland und Grafschaft Bentheim sowie die niederländische Provinz Drenthe be-

deutende Förderregionen für Erdöl und Erdgas sind, worüber das Erdöl-Erdgas-Museum Twist umfassend informiert.

Inzwischen wurden erneut Millionen, jetzt Euro, in den Naturschutz und die touristische Infrastruktur der heutigen Kulturlandschaft mit ihren Moor-Inseln und Wäldern investiert, insbesondere für Rad- und Wanderwege sowie eine wachsende Zahl an Infotafeln. Die Flora und Fauna dankt es. So wird man auf dem Libellen-Pfad im Dalum-Wietmarscher Moor von dem Insekt umschwärmt. Die Nähe von sehr gutem Reproduktionsgewässer und idealem Jagd- und Ruhehabitat bietet auch ihm hier ideale Lebensbedingungen.

Helga Schnehagen



Schaubild im Emsland Moormuseum: Ein Ottomeyer-Pflug vom Typ „Mammut“



● Benjamin van der Linde u. a. (Hrsg.): **75 Jahre Emslandplan**, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, 372 Seiten, 113 zum Teil farbige Abbildungen, 20 Euro

● FÜR SIE GELESEN

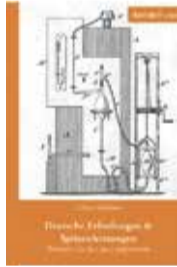
Eine kleine Spitzenleistung

„Deutsche Erfindungen & Spitzenleistungen. Warum alle bei uns spionieren“ – dieser Buchtitel weckt Neugier, deutet er doch die These an, dass auffällig viele und über die letzten Jahrhunderte hinweg die meisten technischen und wissenschaftlichen Erfindungen, Entdeckungen, mathematischen Fortschritte und musikalische Schöpfungen aus dem deutschen Sprach- und Kulturraum stammen.

Der freiberufliche Allrounder Tobias Mindner kann tatsächlich mit seinem unterhaltsamen Parforceritt durch die Spitzenleistungen kluger deutscher Köpfe eindrucksvoll belegen, dass das meiste, was wir in unserer Alltagswelt gebrauchen, was uns nützt und hilft, von unseren Vorfahren in den deutschsprachigen Ländern (D-A-CH) erfunden oder auf den Weg gebracht wurde: Angefangen von Buchdruck, Augenspiegel, Brennstoffzelle, Dynamit, Insulin und Fahrzeugen, um nur einige Beispiele zu nennen, bis zu Volkslied, Taschenuhr, Radio, Waschmaschine und vieles mehr.

„Das deutsche Jahrhundert“ ist die zugespitzte Benennung des Zeitraums ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. In seinem Vorwort beschäftigt sich der Autor prägnant und bündig mit den Ursachen des nicht mehr ganz so glorreichen Fortgangs nach den Weltkriegen. Dabei werden die Folgen der Reparationsleistungen, geraubte Patente und die Globalisierung genannt. In dieser Form ist das Büchlein ebenfalls eine Spitzenleistung. *Dagmar Jestrzemska*

Tobias Mindner: „Deutsche Erfindungen & Spitzenleistungen. Warum alle bei uns spionieren“, Eckartschiff 258, Hg. Österreichische Landsmannschaft, Wien 2024, broschiert, 112 Seiten, 11,50 Euro



Die Kraft der Wörter

Bruno Labastide ist ein Abenteurer, ein Schuft, der es versteht, Menschen um den Finger zu wickeln und zu betrügen. Nebenbei sammelt er kuriose Geschichten wie die vom jugendlichen Wörterschmuggler, die dem Roman den Titel gab. Da das Sprechen verboten ist, findet dieser Wege, um seiner Angebeteten seine Liebe zu gestehen. Oder die eines Sportmoderators, der die Fußballspiele nicht moderiert, wie sie sind, und seine Arbeit verliert. Die Geschichte einer Japanerin, die ihre Liebhaber nur für eine Nacht gegen schöne Verse empfängt, zieht den Romanhelden besonders in den Bann.

Die Begegnungen in Venedig, Paris, Buenos Aires oder Schanghai sind magisch. Sie handeln von Liebe, Einsamkeit und der Kraft der Wörter. Natalio Gruesos Romanheld ist sympathisch, das Buch als kurzweilige Urlaubslektüre geeignet. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Natalio Grueso: „Der Wörterschmuggler“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2025, gebunden, 251 Seiten, 24 Euro

RATGEBER DER WOCHE

Liebe und Inspiration

Jenseits der abgenutzten Pfade ruft der Künstler und Heilpraktiker Thomas Lambert Schöberl dazu auf, die Liebe aus einer neuen Perspektive zu betrachten

BILD: SHUTTERSTOCK



Schritte zur Lebensbejahung möchte Thomas Lambert Schöberl mit seinem Buch „50 Wörter für Liebe“ anstoßen. Mit berührenden Anekdoten, Essays, Gedichten, aber auch eigenen kreativen Wortschöpfungen

regt er dazu an, ein neues Verhältnis zur Liebe zu gewinnen. Ergänzt wird das bibliophil gestaltete Buch durch eine Playlist des Autors, die über einen QR-Code abrufbar ist. *MRK*

Thomas Lambert Schöberl: „50 Wörter für Liebe. Inspirationen, die das Herz erfüllen“, Mankau Verlag, Unterammergau 2025, gebunden, 222 Seiten, 18,50 Euro

GESCHICHTE

Wie Menschen vor dem NS-Regime ins Ausland flohen

Wolfgang Benz liefert mit „Exil. Geschichte einer Vertreibung 1933–1945“ eine wichtige Gesamtdarstellung des Themas – Der Verfolgung von Juden, Intellektuellen und Oppositionellen widmet er besondere Aufmerksamkeit

VON KARLHEINZ LAU

Wolfgang Benz ist ein bekannter Zeithistoriker. Er leitete an der TU Berlin das Zentrum für Antisemitismusforschung und machte sich einen Namen als großer Kenner des Widerstandes gegen das NS-System.

Wie die Jahreszahlen zeigen, behandelt das Buch „Exil. Geschichte einer Vertreibung 1933–1945“ nicht die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ostdeutschen Provinzen, sondern die gesamte Widerstandsbewegung in der deutschen Bevölkerung gegen das nationalsozialistische System in allen Facetten, wobei die jüdische Bevölkerung die größte Gruppe bildet.

Benz gliedert sein Buch in neun Kapitel, die jeweils in einzelne Abschnitte unterteilt sind. Das erste Kapitel lautet „Politische Emigration im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik“; weitere behandeln „Vertreibung durch Diskriminierung. Jüdische Auswanderung 1933–1938“ und „Orte des Exils“ sowie „Kindertransporte“ und „Rückkehr aus dem Exil“. Der inhaltliche Aufbau ist also chronologisch von den ersten Zeichen im Kaiserreich bis in unsere Gegenwart.

Wenn auch das Schicksal der Juden im Mittelpunkt steht, werden andere Bevölkerungsgruppen wie Wissenschaftler, Literaten, Naturwissenschaftler, Journalisten und auch die einfachen Leute entsprechend berücksichtigt. Die Zahl der Namen der Prominenten und weniger Prominenten, der Mediziner und Naturwissen-

schaftler, der Journalisten und Literaten sowie der demokratischen Politiker ist erstaunlich hoch. Es ist das „Who is who“ der geistigen Elite Deutschlands.

Benz nennt eine Fülle an bekannten Namen wie Thomas Mann, Nelly Sachs, Hannah Arendt oder Willy Brandt, Bruno Kreisky, Herbert Wehner, Bertolt Brecht, Albert Einstein, Sigmund Freud und viele mehr. Der Autor gibt die Zahl der Juden, die Deutschland bis 1941 verlassen haben, mit 27.800 Menschen an. Danach begann die systematische Ermordung in den Vernichtungslagern.

Hohe Fachkompetenz

Alle Kapitel zeugen von hoher Fachkompetenz in Auswahl und Interpretation der zahlreichen Quellen. Benz zitiert aus den Dokumenten, er lässt Zeugen selbst sprechen und formuliert seine eigenen Interpretationen als Denkanstoß. Die Klarheit und Verständlichkeit seiner Sprache wird ergänzt und verstärkt durch authentische Fotos von behandelten Personen.

Der Leser erfährt wichtige Details, die zum Verständnis des gesamten Themas unentbehrlich sind: Etwa, dass Exil nicht Emigration ist, sondern Exil bedeutet Verlassen des Heimatgebietes aus verschiedenen, auch politischen Gründen, um wieder zurückzukehren; das beste Beispiel für Deutschland ist Thomas Mann. Emigration hingegen ist ein endgültiges Verlassen der Heimat, um eine neue zu finden, wie die Emigration von Hunderttausenden Deutscher in die USA im 19. Jahrhundert. Die Flucht aus Deutschland seit Beginn der NS-Herrschaft war kein

einfaches Unterfangen und die Ankunft in den gewünschten Zielen nicht einfach, oft mit erheblichen Umwegen verbunden.

Hauptziel für die jüdischen Flüchtlinge war Palästina als die historische Heimat des jüdischen Volkes. Es waren neben den jüdischen Mitbürgern vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten, Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle. Von 1933 bis 1939 verließen mehr als 80.000 Menschen Deutschland aus politischen Gründen. Die „Reichskristallnacht“ zeigte vornehmlich den deutschen Juden die Unmöglichkeit eines weiteren Lebens in Deutschland.

Benz zeichnet das Schicksal zahlreicher Prominenter und sogenannter einfacher Leute auf ihren schwierigen und oft verschlungenen Wegen nach, es sind häufig erschütternde Schicksale, besonders eindrucksvoll ist die Schilderung über die Kindertransporte nach England.

Das Thema des Buches ist eine wichtige Gesamtdarstellung dieses Teils der Geschichte des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges. Es gehört in jede öffentliche Bücherei und Schulbibliothek. Politisch interessierte Bürger, gleichviel welchen Alters, sollten dieses Thema als Teil unserer Geschichte zur Kenntnis nehmen.



Wolfgang Benz: „Exil. Geschichte einer Vertreibung 1933–1945“, Verlag C.H. Beck, München 2025, gebunden, 407 Seiten, 36 Euro

● FÜR SIE GELESEN

Gelungenes Krimi-Debüt

An einem nebligen Tag wird im Hamburger Hafen die Leiche des jungen Barkassenführers Lutteroth aufgefunden. Er ist an einer Schädelverletzung gestorben. Neben der Kriminalist auch die Wasserschutzpolizei (WSP) bei der Klärung des Mordes involviert. Tom Bendixen von eben dieser WSP ist besorgt, denn die Kriminalität im Hafen hat extrem zugenommen. Er kennt den Hafen durch seine jahrzehntelange Arbeit in- und auswendig. Mit seinen Kenntnissen kann er Kriminalhauptkommissarin Jonna Jacobi bei der Klärung dieses komplizierten Falles kompetent zur Seite stehen.

Der Krimi „Tod an den Landungsbrücken“ ist interessant für Hamburger oder diejenigen, die mehr über Hamburg wissen wollen. Durch viele maritime Begriffe und die liebevollen Beschreibungen der Elbe, der Schifffahrt, den Traditionen und der Personen, die dort arbeiten, wird das Flair eines großen und betriebsamen Hafens gut vermittelt. Dieser lesenswerte Roman ist der erste einer neuen Krimireihe über die WSP in Hamburg.

Andreas Kästner hat von 1992 bis 2023 als Hauptkommissar der Wasserschutzpolizei im Hamburger Hafen gearbeitet. So kann er mit Insiderkenntnissen diesem Roman eine fundierte Basis geben. Angélique Kästner wurde in Hamburg geboren. Sie ist promovierte Psychotherapeutin und engagiert sich ehrenamtlich im Kriseninterventionsteam des DRK. *Angela Selke*



Angélique und Andreas Kästner: „Tod an den Landungsbrücken“, Knauer Verlag, München 2024, Taschenbuch, 308 Seiten, 12,99 Euro

PROVOKANT

„80 Jahre Stettin“

Fröhliche Feierlichkeiten der pommerschen Hauptstadt mit bitterem Beigeschmack

VON RALF LOOCK

Mit einem mehrtägigen Fest feierte man am ersten Juli-Wochenende in Stettin den 80. Jahrestag der pommerschen Stadt Stettin. 80 Jahre? Diese Stadt ist um einiges älter, wieso also 80 Jahre? Weil Stettin seit 80 Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges unter polnischer Verwaltung steht und die Republik Polen die Ostseemetropole seit 80 Jahren als Teil von sich betrachtet.

Politische Spitzfindigkeiten hin oder her – mit Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen und Schauspiel beging man das Jubiläum – und wird es in den kommenden Wochen weiter feiern; die Aktionen dauern bis in den Oktober. Schon seit Monaten hatten Medien die Einwohner auf dieses Datum eingestimmt. Viel wurde dabei an den 5. Juli 1945 erinnert – jenem Tag, an dem die sowjetische Militäradministration die Herrschaft über die Ostseemetropole offiziell den Polen unter ihrem Kommandeur Piotr Zaremba (1910–1993) übertrug, welcher der spätere erste polnische Stadtpräsident Stettins wurde.

So wurde das Datum ebenso am Denkmal zelebriert, mit Feierlichkeiten, an denen Vertreter des Stadtparlaments, der Verwaltung sowie der Kirchen teilnahmen. Am Vormittag des Sonnabends erklangen vor dem „Denkmal für die Taten der Polen“ die Hymne und das Signalhorn der Stadt. Der vorgebliche Geburtstag der Stadt, der 5. Juli, ist zugleich der Tag der Stettiner Pioniere. Gastgeber der Feierlichkeiten war Präsident Piotr Krzystek.

„Wir kennen die Geschichte unserer Stadt und wir wissen, wie schwer diese Zeit war. Im April 1945 erobert, war sie – man könnte sagen – eine Geisterstadt. Genau hierher kam Präsident Piotr Zaremba und schuf zusammen mit seinen Mitarbeitern den Grundstein für den Anschluss dieser schönen, aber zerstörten Stadt. Pioniere, die ersten Siedler, kamen:



Die Feierlichkeiten wurden sowohl von offiziellen Vertretern als auch von Tanzgruppen begleitet Bilder: Screenshots Ralf Loock

mit Hoffnungen und Kriegserfahrungen. Sie suchten ihren Platz in Stettin. Sie bauten wieder auf und schufen ihre eigene kleine Heimat: freundlich zu allen.“

Der Präsident erinnerte daran, welche große Chance sich Stettin durch die Europäischen Union geboten habe. „Dank EU-Mitteln ist es uns gelungen, viele Probleme zu lösen, mit denen Stettin seit Jahren zu kämpfen hat: Wir haben die Philharmonie, das Pogodno-Stadion, die Oper im Schloss und viele andere kulturelle Einrichtungen“, betonte er.

Man schaffe einen Wirtschaftsraum, der den Herausforderungen der Zeit gerecht wird. „Stettin entwickelt sich zu einem immer moderneren Hafen und zu einem wichtigen Ort für die Entwicklung Erneuerbarer Energien. All diese Heraus-

forderungen bieten eine große Chance, Stettin zu einem immer lebenswerteren Ort zu machen. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, denn wir möchten, dass es auch für unsere Kinder und Enkel eine Heimat bleibt.“

Pommern lässt grüßen

Glückwünsche für Stettin wurden auch von Minister Arkadiusz Marchewka im Namen der polnischen Regierung in Warschau und Bogdan Jaroszewicz, Mitglied des Woiwodschaftsrates Westpommern, vorgetragen. Er verlas einen Brief von Marschall Olgierd Geblewicz: „Die heutigen Feierlichkeiten sind nicht nur Ausdruck der Erinnerung an die Vergangenheit, sondern auch der Sorge um die Entwicklung der Stadt und den Aufbau einer

starken, bewussten Gemeinschaft. Im Namen des Woiwodschaftsrates Westpommern wünsche ich den kommenden Jahren eine erfolgreiche Entwicklung, gegenseitige Unterstützung und Erfolg in allen Bereichen sowie viel Wohlstand.“

„Wenn wir uns ansehen, wie Stettin vor 80 Jahren aussah, als alles in Trümmern lag, zollen wir denjenigen, die diese Stadt wieder aufgebaut haben und in den darauffolgenden Jahren Stettin so lebenswert gemacht haben, große Ehre und Respekt“, sagte Marchewka.

Der offizielle Teil der Feierlichkeiten endete mit einer Blumenniederlegung vor dem Denkmal. Mittags wurde auf dem Platz bei Jasne Blonia die Fotoausstellung „80 Jahre Stettin“ eröffnet – 36 Fotos zeigen, wie sich die Stadt im Laufe der Jahre

verändert hat. Nachmittags erwarteten die Stettiner zwei riesige Geburtstagstorten – je 80 Kilogramm schwer –, ein interaktiver Spiel- und Unterhaltungsbereich für Kinder, Konzerte und eine Party. Abends gab es auf dem Armii-Krajowej-Platz vor dem Rathaus ein historisches Schauspiel mit dem Titel „80 Jahre Stettin“. Beachtenswert ist bei den aktuellen Feierlichkeiten aber auch, dass man an fast alle Beteiligten gedacht hat. An die ersten Kommandeure, an das Militär, die Neusiedler – eine Veranstaltung wurde sogar den Schaffnern und Straßenbahnfahrern dieser Jahre gewidmet.

Ohne deutsche Beteiligung

Nur an eine Gruppe wurde nicht gedacht: An die tausenden deutschen Familien, die Stettin in dieser Zeit verlassen mussten. Menschen, die den Ruf der Stadt als Ostseemetropole mit Schönheit und architektonischer Einzigartigkeit überhaupt erst erbaut, geprägt und damit geschaffen haben. Es waren die deutschen Bewohner, allen voran die Pommern, die aus einer Stadt das wahre Stettin schufen. Doch bei den Jubiläumsfeierlichkeiten gab es kein einziges Wort des Mitleids, der Anteilnahme – diese deutschen Familien wurden schlicht überhaupt nicht erwähnt. Beachtenswert ist ferner auch, dass die Polen unter sich feierten – ohne eine deutsche Beteiligung, ohne eine Abordnung der vertriebenen Stettiner. Sicher auch ein Resultat der polnischen Politik der letzten Jahre. Da war es vor rund 30 Jahren erheblich entspannter; als 1993 die große 750-Jahr-Feier der Stadt Stettin anstand, hatte die polnische Verwaltung nämlich auch Vertreter der Pommerschen Landsmannschaft eingeladen und ihnen ein Grußwort eingeräumt. Das nennt man Völkerverständigung, statt das Aufreißen alter Wunden. Aber in solchen Momenten heißt es, Größe zu zeigen, und daher mit ebenso erhobenem Haupt als mit viel Herz: Herzlichen Glückwunsch, Stettin.

AUFERSTANDEN

Stettin – ein Blick zurück

Der Ära, als erst die Russen und dann die Polen kamen

Nach schweren Kämpfen verließ die Wehrmacht Ende April 1945 Stettin, am 26. April rückte die Sowjetarmee in die Stadt ein. Mit dabei waren auch polnische Kommandeure. Die polnische Armee kam am 28. April in Stettin an. An diesem Tag erschien auch Piotr Zaremba in der Stadt.

Am 3. Mai ernannte der sowjetische Stadtkommandant den deutschen Kommunisten Erich Spiegel (1919–1984) zum Oberbürgermeister. Allerdings wurde er bereits am 26. Mai durch Erich Wiesner (1897–1968) ersetzt, während Spiegel nun Landrat von Groß-Stettin wurde, ein Amt, das er bis August 1945 ausübte.

Gleichzeitig begann aber schon ab 30. April 1945 Zaremba (1910–1993) mit dem Aufbau einer polnischen Verwaltung und war am 6. Mai sogar von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Stadtpräsidenten von Stettin ernannt worden.

Doch die sowjetischen Offiziere in Stettin mussten auch beachten, was im weit entfernten Moskau Stalin zu diesem Thema sagte. Und der grausame Diktator schaute auf die Landkarte, betrachtete die große Zahl seiner Truppen auf dem Gebiet der späteren SBZ und dachte an den Nachschub zur Versorgung seiner Einheiten –

genau dafür brauchte man den Hafen Stettin. Also erschienen Stalin die Aktivitäten von Zaremba in Stettin als gefährlich, womit die Weisung aus Moskau erging, dass er verschwinden müsse.

So kam Ende Mai 1945 die Order, Zaremba müsse die Stadt wieder verlassen. Der zog sich daraufhin nach Stargard zurück, wo er am 20. Mai seine Gruppe auflöste. Diesmal dauerte es bis zum 6. Juni, als ein neuer sowjetischer Befehl erging, nach welchem sich Polen erneut in Stettin niederlassen dürften. Doch es sollte noch weitere vier Wochen dauern, bis die Sowjets die deutsche Stadtverwaltung für abgesetzt erklärten und die Stadt am 5. Juli 1945 offiziell den Polen übergaben.

Eine Zeit der Gewalt

Die ersten Monate in den Jahren 1945 und 1946 waren für die polnischen Siedler in Stettin eher schwierig, denn polnische Marodeure, Plünderer und Banditen waren unterwegs – sie beraubten nicht nur deutsche Familien, sondern auch polnische. Diese Verbrecher nahmen alles, was ihnen vor die Flinte kam. In Stettin herrschte daher das Gesetz der Faust – die polnischen Neusiedler mussten das, was



Ein Blick auf die 1945 zerstörte Stadt Stettin mit der Kathedrale St. Jakob (l.)

sie hatten, oft mit der Faust und dem Revolver gegen Angreifer verteidigen.

„80 Jahre sind sehr wenig in der Geschichte einer Stadt. Wir sollten all jene Menschen bewundern, die hier die Grundlagen der Verwaltung geschaffen haben. Gleichzeitig handelten sie unter Bedingungen begrenzter Souveränität, da sich

das Land in der sowjetischen Einfluss-sphäre befand“, sagte der Direktor des Stettiner Staatsarchivs, Krzysztof Kowalczyk. Er erinnert daran, dass Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Nationalitäten nach Stettin kamen. „Die Verwaltung wurde sowohl von Nationalisten als auch von Sozialisten geschaffen. Alle

wollten das polnische Stettin. Genau wie die Siedler, die aus Großpolen, Klempolen, Pommern und Zentralpolen kamen. Rückkehrer aus dem Westen, Vertriebene aus den östlichen Grenzgebieten, Soldaten der Heimatarmee kamen“, berichtete er.

Zusammen etwas schaffen

„Das ist eine sehr schwierige Geschichte, auch weil sie von Leuten geschrieben wurde, die mit sehr belasteten Biographien nach Stettin kamen. Zuerst durch den Krieg, dann durch das kommunistische System, das sie nicht tolerierten. Aber sie haben es geschafft. Ich bewundere immer Zeugen der Geschichte, die ihr Leben mit einem Lächeln aufbauen können, obwohl sie so schreckliche Erinnerungen haben. Sie haben es geschafft, eine einzigartige Stadt auf der Landkarte Polens zu schaffen“, fügte Agnieszka Kuchcińska-Kurcz, Direktorin des Dialogzentrums Upheavals, hinzu.

Und der Hafen? Nun das junge polnische Stettin war anfangs eine Stadt ohne Hafen, dieser blieb eine Exklave unter sowjetischer Hoheit. Erst 1955, also nach Stalins Tod, übergaben die Sowjets den Hafen an die Polen. R.L.

● AUFGESCHNAPPT

Der Kanzleramtsneubau in Berlin wird 400 Büros beherbergen. Natürlich: Wenn man Bürokratie abbauen will, braucht man vor allem mehr Büros. Logisch, oder?

Doch der wahre Geniestreich kommt jetzt: In jedem dieser 400 Räume ist ein Faxanschluss fest eingeplant. Ja, richtig gelesen. Fax! Dieses piepsende Museumsstück, das im modernen IT-Zeitalter irgendwo zwischen Diskette und Telex verstaubt. Während Estland seine Verwaltung vollständig digitalisiert und man in Dänemark mit einem Klick alle Behördengänge erledigt, rüstet sich unsere Regierung eher für das 19. Jahrhundert.

Ein Neubau als Hightech-Tempel und innen rauscht das Thermopapier. Digitalisierung? Nur solange der Toner reicht. Wer braucht Glasfaser, wenn man dafür auf Knopfdruck einen halben Wald an Formularen durch ein Modem pusten kann? So sieht also der „digitale Aufbruch“ aus: modern verpackt, analog gedacht. Während die Welt längst mit Lichtgeschwindigkeit funkt – bleibt man in Berlin lieber auf Empfang. Per Fax. J.E.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Schriftstellerin Monika Maron schaut in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (5. Juli) resigniert auf die aktuelle Flüchtlingspolitik:

„Es geht alles so weiter. Ich sehe nicht, wie man das korrigieren kann. Die jetzt da sind, sind zum großen Teil die Falschen, also nicht alle, aber sehr viele. Und der Zustrom ist nicht beendet. Zudem haben wir es mit der EU zu tun. Selbst wenn Deutschland etwas anders machen wollte, ginge das nicht. Und selbst wenn man die EU-Gesetze irgendwie umgehen könnte, kommt die SPD und sagt: Aber das ist gegen die EU. Und man fragt sich: Was wollen die? Dass das Land vor die Hunde geht?“

Nach der Generaldebatte im Bundestag kommt „Bild“-Politikchef Jan W. Schäfer am 9. Juli zu einem für Bundeskanzler Friedrich Merz ernüchternden Urteil:

„Dass ausgerechnet die Grünen Merz an die Schuldenbremse erinnern mussten, zeigt: Der Kanzler der Schwarzen ist mittlerweile ganz schön rot eingefärbt ...!“

Ulf Poschardt, Herausgeber der „Welt“, sieht am 10. Juli in der Nominierung der umstrittenen Juristin Frauke Brosius-Gersdorf zur Bundesverfassungsrichterin eine klare Steuerungsabsicht der Links-Grünen:

„Wenn eine kleine, ideologisch orientierte Gruppe über den Hebel der Richterwahl die Richtung der Verfassungsrechtsprechung systematisch verändert, obwohl sie politisch nicht mehrheitsfähig ist, ist das kein demokratischer Normalfall, sondern ein institutioneller Umsturz mit System.“

Bei Tichys Einblick steht für Thomas Kolbe nach dem knapp überstandenen Misstrauensvotum von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10. Juli fest:

„Als Präsidentin der EU-Kommission treibt sie den sogenannten Green Deal mit missionarischem Eifer voran – eine Transformationspolitik mit fatalen Konsequenzen: Deindustrialisierung, Energieverknappung, Verarmung breiter Bevölkerungsschichten – von der Leyen steht für eine Politik, die ökonomisch verbrannte Erde hinterlässt.“

Für Marc Felix Serrano steht am 11. Juli in der „NZZ“ in seinem Kommentar fest, dass die Abgeordneten der Union den Ruf des Bundesverfassungsgerichts retteten:

„Karlsruhe wurde vor einem massiven Vertrauensverlust bewahrt. Der Dank dafür gebührt nicht dem konfliktscheuen Kanzler und seinem taktierenden Fraktionschef, sondern den Hinterbänklern von CDU und CSU. Sie haben den Kulturkampf, den die Linke bei jedem Thema und jeder Personalie betreibt, gerade noch rechtzeitig angenommen, angetrieben von empörten Wählern und Parteimitgliedern. Man kann der Führung der Union nur wünschen, dass sie künftig häufiger auf die Basis hört!“

● WORT DER WOCHE

„Es braucht Mut zur Wahrheit. Und ein ganz klares: Nein danke – wir sind hier nicht in Teheran. Noch nicht.“

Zeinab Herz weiß auf „apollo-news.net“, dass die neue Scharia-Kultur inklusive Geschlechtertrennung kein Zufall ist – sie ist politisch gemacht und daher ein neuer islamischer Exportschlager

DER WOCHENRÜCKBLICK

Der Kulturkampf fängt gerade erst an

Wie ein längst abgewählter Zeitgeist noch immer die Politik der Gegenwart prägt

VON REINHARD MOHR

Manchmal kommen wahre Worte ja auch aus der sogenannten Provinz. So resümierte der CDU-Fraktionschef im Thüringer Landtag, Andreas Bühl, letzte Woche die politische Großwetterlage: „Über Jahre hat sich in Deutschland eine politische Kultur etabliert, in der konservative Positionen nicht mehr argumentativ widerlegt, sondern kategorisch delegitimiert wurden. Migration, Identitätspolitik, Gender-Fragen und Umweltpolitik entwickelten sich von Feldern demokratischer Auseinandersetzung zu quasi-religiösen Glaubenssätzen einer links-grünen Meinungshegemonie. Kritische Fragen wurden reflexhaft als ‚rechts‘ markiert, Skepsis als moralisches Versagen gedeutet, abweichende Meinungen nicht kritisch reflektiert, sondern ungehört abgelehnt.“

Der Shitstorm kam pünktlich

Zuweilen ist aber auch der Blick in ein befreundetes Nachbarland hilfreich, um Zustände bei uns zu verstehen – zum Beispiel in die Schweiz. Ein Freibad, auf Helvetisch ein „Badi“, im kleinen Ort Pruntrut im westschweizerischen Kanton Jura hat jüngst für große Aufregung gesorgt, weil es für Juli und August allen ausländischen Gästen den Eintritt untersagte; es sei denn, sie hätten eine Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis. Der praktische Effekt dieser gewiss harten Maßnahme war überwältigend: Das schöne Freibad wurde wieder zur Oase von Ruhe und Erholung, so, wie es sein soll. Bis dahin hatte es ganz anders ausgesehen: Weibliche Badegäste wurden belästigt, junge Männer stiegen über Zäune, und es herrschte insgesamt eine aggressive Stimmung. Die Männer kamen aus wenige Kilometer entfernten ostfranzösischen Städten und waren meist nordafrikanischer Herkunft.

SVP-Nationalrat Benjamin Fischer sagte dazu: „Das Problem existiert nicht nur im Jura, sondern auch an ganz vielen anderen Orten in der Schweiz. Die Freibäder sind zu freien Jagdgebieten für junge Männer geworden, die eine andere kulturelle Prägung haben und nicht gewohnt sind, dass junge Frauen sich ganz normal im Bikini in der Badi aufhalten.“

Es war natürlich unvermeidlich, dass sich auch in der Schweiz sogleich die üblichen Verdächtigen aus dem links-rot-grünen Milieu meldeten und vor „Rassismus“, „Ausgrenzung“ und „Diskriminierung“ warnten. Das

übliche Ablenkungsprogramm, das den Kern der Sache ignoriert. Es kann nicht sein, was nicht sein darf. Die Augen fest verschlossen, bloß nicht darüber reden, aber die anderen moralisch abqualifizieren, wenn sie darüber sprechen wollen. Die Schweigespirale unterm Regenbogen trägt religiöse Züge.

Ginge es nur um Tatsachen, könnte man einfach den Artikel der renommierten Pariser Tageszeitung „Le Monde“ zur Kenntnis nehmen, der vergangene Woche über eine Umfrage des marokkanischen „Zentrums für Bürgerrechte“ berichtet hat. Diese ergab, dass fast 75 Prozent der rund tausend Befragten die sexuelle Belästigung von Frauen als größtes Problem in Marokko ansehen. Nur eine Sache schien der großen Mehrheit – 80 Prozent – noch schlimmer: der Dreck auf den Straßen. Hintergrund: 2030 findet dort, zusammen mit Spanien und Portugal, die Fußballweltmeisterschaft statt.

Dabei geht es ja gar nicht um Hautfarbe oder ethnische Herkunft der Täter, ob im Freibad, auf der Straße, im ICE, in der Schule oder sonst wo, sondern um ihr konkretes Benehmen, ihre eigenen rassistischen und sexistischen Stereotype, etwa gegenüber weißen Frauen, sowie ihr respektloses Machoverhalten, das allerdings aus der durch und durch patriarchalisch geprägten Kultur ihrer Herkunftsländer, genauer: ihrer Gesellschaften kommt, die allesamt islamisch dominiert sind. Weibliche Sexualität wird in der Öffentlichkeit komplett tabuisiert, bildlich gesprochen „verschleiert“. So ist auch die männliche Sexualität weithin unterdrückt, deformiert, in zwanghafte Bahnen gelenkt.

Das Schweigen des Bürgertums

Es ist eine islamisch-patriarchale Kultur, die in direktem Widerspruch zur westeuropäischen „Zivilgesellschaft“ steht, die so stolz ist auf ihre „Buntheit“ im Modus des Regenbogens, auf Toleranz, sexuelle Selbstbestimmung und die Freiheit, sich sogar das eigene Geschlecht selbst aussuchen zu dürfen.

Warum also bestreitet sogar die alerte christdemokratische Bildungssenatorin in Berlin, Katharina Günther-Wünsch, dass es zu gravierenden Konflikten in Schulen kommen kann, wenn der Anteil dieser problematischen Macho-Klientel zu groß wird? In der „rbb24-Abendschau“ schob sie letzte Woche das Thema „Obergrenze“ blitzschnell beiseite – sie, die im Fall des von muslimischen Schülern drangsalierten schwulen Lehrers einer Berli-

Die Augen fest verschlossen, bloß nicht darüber reden, aber die anderen moralisch abqualifizieren, wenn sie darüber sprechen wollen. Die Schweigespirale unterm Regenbogen trägt religiöse Züge

ner Grundschule sehr lange untätig blieb und sich später entschuldigen musste.

Woher kommt also diese ideologische, zugleich angsterfüllte Selbstimmunisierung gegen offensichtliche Probleme, Konflikte und Gefahren, die den sonst so phrasenhaft herbeizitierten „Zusammenhalt“ der Gesellschaft akut bedrohen? Warum lösen „Reichsbürger“ im fortgeschrittenen Rentneralter umfangreiche Polizeirazzien, Inhaftierungen und Strafprozesse aus, nicht aber Tausende islamistische Demonstranten, die die Hamas feiern und ein Kalifat, also ein islamisches Terror-Regime in Deutschland fordern? Warum wird man nicht unruhig angesichts der Tatsache, dass, wie vergangene Woche herauskam, in Berlin der „Einbürgerungs-Turbo“ angeworfen worden ist und der deutsche Pass quasi per Mausklick online gebucht werden kann, auch wenn man erst ein paar Jahre im Land ist, nur gebrochen Deutsch spricht und erst beim Abholen des begehrten Dokuments im Amt persönlich erscheinen muss?

Rot-grüne Zitadellen

Eine triftige Antwort fällt schwer. Am ehesten könnte man es als das Syndrom einer moralisierenden Weltsicht identifizieren, die dem entspricht, was der Soziologe Max Weber einst „Gesinnungsethik“ genannt hat. Ihr Antipode ist jene Verantwortungsethik, die stets die Folgen dessen bedenkt, was schön, gut und wünschbar erscheint.

Und so liegt über den ersten zwei Monaten der Kanzlerschaft von Friedrich Merz und seiner schwarz-roten, aus der puren Not geborenen Koalition immer noch der Firmis des rot-grünen Zeitgeists, dessen Zitadellen in Medien, Kultur, NGOs und akademisch-universitären Milieus nach wie vor wie unverrückbar in der politischen Landschaft stehen. Der Koalitionsstreit über die Wahl neuer Bundesverfassungsrichter zeigt, dass der Kulturkampf zwischen Links-rot-grün und Liberal-konservativ gerade erst begonnen hat.

● Reinhard Mohr ist freier Autor und schreibt unter anderem für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. Vor Kurzem erschien die Fortsetzung seines mit Henryk M. Broder geschriebenen Bestsellers „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (2023) unter dem Titel „Good Morning Germanistan! Wird jetzt alles besser?“ (beide Europa Verlag). www.europa-verlag.com



Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de